

Lebendige Ortsmitte

Die Ortskernvitalisierung steht ganz oben auf der Agenda des 4. Bayerischen InfrastrukturForums der Bayerischen Gemeindezeitung am 15. März 2019 in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. in München. Anmeldung und Infos: www.bayerisches-infrastrukturforum.de



Landshuter Umweltmesse™
im Messepark
Eintritt frei!
täglich von 10 bis 18 Uhr
29. - 31. März 2019
Bauen & Wohnen
Natur & Technik
Energie & Mobilität
Gesundheit & Ernährung
www.Umweltmesse.LA

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Prof. Dr. Ulrich Reuter, Josef Mederer, Dr. Klemens Gsell, Bernd Sibler, Stefan Rößle, Jörg Kunstmann und Christoph Göbel.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Standorte stärken, Profil schärfen

Diskussion mit Wissenschaftsminister Bernd Sibler, MdL

Bei der konstituierenden Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München stand ein Überblick von Staatsminister Bernd Sibler, MdL, u.a. zu den Themen Wissenschaft und Bildung im Mittelpunkt. Landespolitisch will Sibler nach einer Phase des Ausbaus den Hochschulstandort Bayern weiter stärken: „Konsolidieren statt expandieren“ lautet sein strategisches Ziel.

Gerade in den Großstädten muss Sibler zufolge deutlich werden, dass die CSU in den Bereichen Kultur und Wissenschaft als Gestalter auftritt und an einem ergebnisoffenen Prozess orientiert ist. Für die Bürger müsse erkennbar sein, dass Lifestyle- und Wohlfühlthemen nicht nur bei den Grünen zu finden sind, sondern insbesondere auch bei der CSU.

sind nach Sblers Ausführungen weltweit an der Spitze angesiedelt. In nächster Zeit werde es jedoch keine neuen Großinvestitionen geben, da zunächst alle bereits zugesicherten Projekte abgeschlossen und finanziert werden müssen. „Wir müssen den großen Megatrends wie Digitale Revolution, Mobilität der Zu-

kunft, Demographie, Pflege, Gesundheit und Nachhaltige Infrastruktur von Energie bis Bau begegnen“, stellte der Minister fest.

Forschung und Lehre auch in den Regionen stärken

Deshalb will er Forschung und Lehre in den Regionen wie in den Ballungszentren stärken. Als Beispiele nannte er die geplante Technische Universität Nürnberg, die Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie der TUM in Ottobrunn/Taufkirchen, das Universitätsklinikum Augs-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Direkte Ansprechpartner

Der Minister sprach sich zudem für den Einsatz eines eigenen Kulturbeauftragten in jeder Kommune aus. Da gerade Kommunen häufig kulturelle Projekte unterstützen, sei es sinnvoll, einen direkten Ansprechpartner vor Ort zu haben. Als neues Projekt wird das Format „Denkräume“ entwickelt, in dem ergebnisoffen spezielle Themen von der Lebensmittelforschung bis zur Digitalisierung erörtert werden.

Ob Universitäten, Opern oder Museen: Die bayerischen Wissenschafts- und Kulturstätten

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die **Bayerische GemeindeZeitung** als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayerischer Städtetag:

Freistaat in der Pflicht

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und kein Ende: Die Diskussionen um die Ausschlussfrist zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen für Altanlagen reißen nicht ab und sorgen für Verunsicherung. Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, bei einer Pressekonferenz in München hervorhob, sorgten insbesondere Äußerungen einzelner Abgeordneter des Bayerischen Landtags für Irritationen. Danach stehe die Erhebung von Beiträgen im freien Ermessen von Gemeinden.

Vielfach lassen nach Ansicht des Verbandes Äußerungen den Verdacht entstehen, dass Kommunen die Grundstückseigentümer grundlos und teilweise willkürlich „abkassieren“ würden. Zudem würden hohe Erwartungen geweckt, wonach Anlieger generell nicht mehr zu Beiträgen herangezogen werden. Diese könnten freilich wegen der enormen Kosten weder von einer Kommune noch vom Freistaat erfüllt werden, betonte Gribl.

Verpflichtung zur Erhebung

Zur Rechtslage bei der Abrechnung von Beiträgen zur Ersterschließung von Altanlagen erwarteten Bürgermeister und Kämmerer eine Klarstellung durch die Staatsregierung, fuhr der Städtetagsvorsitzende fort. Äußerungen von Landespolitikern über eine vermeintliche Freiwilligkeit der Erhebung von Erschließungsbeiträgen widersprächen den Vorgaben des Erschließungsbeitragsrechts und des Haushaltsrechts, wonach

regelmäßig eine Verpflichtung besteht, diese Beiträge zu erheben. Städte und Gemeinden könnten nicht ohne weiteres auf mögliche Einnahmen verzichten. Eng verknüpft mit dieser Frage seien haftungs- und strafrechtliche Risiken, falls Beiträge nicht erhoben werden. Diese Fragen dürften nicht auf dem Rücken der Bürgermeister ausgetragen werden. Wenn Land-

tag und Staatsregierung den Wunsch haben, dass die Kommunen auf die Erhebung von Beiträgen für Altanlagen verzichten sollen, müsse das Kommunalabgabengesetz entsprechend geändert und ein vollständiger Ausgleich der entstehenden Einnahmeausfälle durch den Freistaat Bayern gewährleistet werden.

Fehlende Richtlinien

Darüber hinaus verwies Gribl darauf, dass es nach Ansicht vieler Bürgermeister für den Ausbau der digitalen Klassenzimmer nicht ausreicht, wenn sich der Freistaat bei der Finanzierung der IT-Ausstattung an

(Fortsetzung auf Seite 4)



Bernd Buckenhofer und Dr. Kurt Gribl.



Kommunikation am Runden Tisch: „Der Wille, miteinander zu reden statt übereinander, ist bei allen Beteiligten vorhanden.“ Bild: StK

„Runder Tisch“ zum Volksbegehren für Artenschutz:

Einigt Euch!

Gemeindetag appelliert: Konsens statt Konflikt!

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte appellieren an die Bayerische Staatsregierung und an die Initiatoren des Volksbegehrens „Rettet die Bienen!“ zum Erhalt der Artenvielfalt, sich beim morgigen „Runden Tisch“ in der Bayerischen Staatskanzlei auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf zu einigen.

„Konsens ist immer besser als Konflikt.“ so Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. „In der Zielsetzung sind sich alle einig: die Artenvielfalt in Bayern muss erhalten bleiben. Niemandem ist gedient, wenn nach und nach die Lebewesen verschwinden und die Natur leidet. Es empfiehlt sich, die für alle so wichtige Thematik sachlich und ideologiefrei zu diskutieren. Zielführend wäre es, den Bürgerinnen und Bürgern einen gemeinsamen Gesetzentwurf von Staatsregierung und Artenschützern

vorzulegen statt zwei Entwürfe, die nur in Nuancen voneinander abweichen und für die Abstimmung nur Verwirrung schaffen.“, so sein Appell.

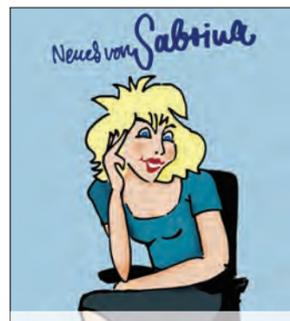
Konsens ist immer besser

Brandl rief dazu auf, vorgesehene Verbote genau zu analysieren, ob sie wirklich zwingend notwendig sind oder ob nicht auf der Basis freiwilliger Vereinbarungen der Erhalt der Arten möglich ist. „Verbote führen meist zu Konflikten und ge-

genseitigen Schuldzuweisungen. Das führt in der Sache nicht weiter. Außerdem führen sie zu mehr Bürokratie, weil ihre Einhaltung kontrolliert werden muss. Konsensuale Lösungen sind immer besser.“

Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber bezeichnete die erste Sitzung des Runden Tisches für mehr Artenschutz als „gelungenen Start für einen gesamtgesellschaftlichen Dialog. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen kann, im Konsens eine Lösung zu finden“, sagte sie. Das Gespräch habe in einer sehr guten, konstruktiven Atmosphäre stattgefunden. „Der Wille, miteinander zu reden statt übereinander, ist bei allen Beteiligten vorhanden.“ Die Staatsregierung habe den Auftrag angenommen, den die Bürger der Gesellschaft erteilt haben. Dass über 1,7 Millionen Menschen für das Volksbegehren unterschrieben haben, zei-

ge wie sehr den Bürgerinnen und Bürgern das Thema am Herzen liege. Viele Anregungen und Ideen seien bereits Bestand der Agrarpolitik und des landwirtschaftlichen Arbeitens. Das könne nun weiterentwickelt werden. „Wir sind offen für alle gute Vorschläge“, so Kaniber.



„Der Antisemitismus ist die Furcht vor dem Menschsein.“ Mit dem Sartre-Zitat warnt der Bürgermeister vor dem Aufleben längst überwundener Stereotypen und schließt sich Manfred Webers Forderung nach einem EU-Pakt gegen Antisemitismus an. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Schlüsselzuweisungen auf Rekordniveau	2
Terrorismus und Extremismus erfolgreich bekämpfen	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Europa betrifft uns alle	3
Rekordzahlen im Bayerntourismus	3
Kommunen – die verkannten Zukunftsgestalter	3
Handwerkliche Dienstleistungen	5
Kommunale Energiethemen	6-11
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	12
Kommunalfahrzeuge • Winterdienst • GaLaBau	13-15
Aus den bayerischen Kommunen.	16-20

Über 3,9 Millionen Euro im Jahr 2019:

Schlüsselzuweisungen auf Rekordniveau

„Dieses Jahr steigen die Schlüsselzuweisungen auf ein neues Rekordniveau von über 3,9 Milliarden Euro an“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Bekanntgabe der Schlüsselzuweisungen an die bayerischen Kommunen mit. Dies ist ein Plus von über 240 Millionen Euro bzw. 6,6 Prozent gegenüber 2018. Die kreisfreien Städte erhalten 921 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 1,58 Milliarden Euro und die Landkreise 1,41 Milliarden Euro.

Die Schlüsselzuweisungen sind die größte Einzelposition und Kernleistung im kommunalen Finanzhaushalt. Sie stärken die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen und mildern Unterschiede in der Steuerkraft ab. Gemeinden mit geringeren eigenen Steuereinnahmen erhalten höhere Schlüsselzuweisungen als finanzstärkere Gemeinden. „Damit tragen die Schlüsselzuweisungen zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern bei“, erläuterte Füracker. Die Gemeinden und Landkreise können über die Verwendung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen ihrer Aufgaben eigenverantwortlich und frei entscheiden.

Mittelfranken an der Spitze

Die Gemeinden und Landkreise in Mittelfranken erhalten 2019 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 675 Millionen Euro. Dies ist ein Plus von über 37 Millionen Euro gegenüber 2018. Nürnberg erhält mit 229 Millionen Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern. Fürth bekommt 2019 Schlüsselzuweisungen in Höhe von rund 66 Millionen Euro, Erlangen über 23 Millionen Euro. Für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken gibt es 2019 insgesamt 168,5 Millionen Euro, was ein Plus von 7,6 Prozent und damit den höchsten Zuwachs in ganz Bayern bedeutet. Die Landkreise in Mittelfranken erhalten 2019 insgesamt über 155 Millionen Euro. Mit einem Plus von 11,8 Prozent ist dies die höch-

ste Steigerungsrate im Vergleich mit den Landkreisen in den anderen bayerischen Regierungsbezirken.

Unterfranken

In Unterfranken erhalten die Gemeinden und Landkreise heuer Schlüsselzuweisungen in Höhe von 507 Millionen Euro – ein Plus von über 17,6 Millionen Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen bekommen Würzburg mit über 52 Millionen Euro, Aschaffenburg mit über 22 Millionen Euro und Schweinfurt mit rund 9,7 Millionen Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Unterfranken erhalten insgesamt rund 243 Millionen Euro. Mit 228 Euro je Einwohner erhalten sie um 33 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Für die Landkreise in Unterfranken gibt es 2019 insgesamt 180 Millionen Euro. Mit 169 Euro je Einwohner erhalten sie 10 Prozent mehr als der bayerische Durchschnitt.

Oberbayern

Mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 800 Millionen Euro werden die Gemeinden und Landkreise in Oberbayern ausgestattet – ein Plus von über 120 Millionen Euro. Die Landeshauptstadt München, die im maßgeblichen Zeitraum 2017 entgegen dem positiven Bayerntrend eine rückläufige Steuerkraft hatte, erhält 2019 rund 47 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen. In den vier Jahren davor hatte die Landeshauptstadt

keine Schlüsselzuweisungen bekommen. Für Ingolstadt gibt es rund 35 Millionen Euro und für Rosenheim 25 Millionen Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Oberbayern können sich über ein Plus von insgesamt 7,4 Prozent und damit die zweithöchste Steigerung in ganz Bayern freuen. Sie erhalten insgesamt rund 322 Millionen Euro. Die Schlüsselzuweisungen an die oberbayerischen Landkreise belaufen sich 2019 auf insgesamt 372 Millionen Euro.

Schwaben

Für die Gemeinden und Landkreise in Schwaben stehen Schlüsselzuweisungen in Höhe von 635 Millionen Euro zur Verfügung – ein Plus von rund 23 Millionen Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen in Schwaben erhalten 2019 Augsburg mit 149,6 Millionen Euro, Kempten (Allgäu) mit 25,4 Millionen Euro und Kaufbeuren mit 23,8 Millionen Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Schwaben bekommen insgesamt 209 Millionen Euro und damit mehr als 2018. Die Landkreise in Schwaben werden mit insgesamt rund 221 Millionen Euro bedacht, was ein Plus von 7,9 Prozent und damit einen deutlich überdurchschnittlichen Zuwachs bedeutet.

Niederbayern

Über Schlüsselzuweisungen in Höhe von 448 Millionen Euro können sich die Gemeinden und Landkreise in Niederbayern freuen. Dies ist ein Plus von über 13 Millionen Euro gegenüber 2018. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 22 Millionen Euro nach Landshut, mit 19,6 Millionen Euro nach Passau und mit 19,2 Millionen Euro nach Straubing. Die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern erhalten insgesamt 219 Millionen Euro. Mit 207 Euro je Einwohner bekommen sie um 20 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Die Schlüsselzuweisungen an die niederbayerischen Landkreise betragen insgesamt 168 Millionen Euro. Mit 159 Euro je Einwohner liegen sie

ebenfalls über dem bayerischen Durchschnitt.

Oberfranken

In Oberfranken werden die Gemeinden und Landkreise mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von rund 438 Millionen Euro bedacht – ein Plus von rund 3,4 Millionen Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhalten 2019 Hof mit 30,5 Millionen Euro und Bamberg mit 29,5 Millionen Euro. Danach folgen Bayreuth mit rund 8 Millionen Euro, Forchheim mit rund 6,5 Millionen Euro und Lichtenfels mit rund 5,3 Millionen Euro. Für die kreisangehörigen Gemeinden in Oberfranken gibt es 2019 insgesamt über 213 Millionen Euro. Mit 258 Euro je Einwohner bekommen sie um 50 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die höchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in ganz Bayern. Die Landkreise in Oberfranken werden mit insgesamt über 156 Millionen Euro ausgestattet. Mit 189 Euro je Einwohner erhalten sie 23 Prozent mehr als der bayerische Durchschnitt. Auch dies ist der Spitzenwert in Bayern.

Oberpfalz

Die Gemeinden und Landkreise in der Oberpfalz erhalten schließlich Schlüsselzuweisungen in Höhe von rund 406 Millionen Euro – ein Plus von 25,7 Millionen Euro gegenüber 2018 und mit 6,8 Prozent die zweithöchste Steigerung in ganz Bayern. Die höchsten Schlüsselzuweisungen in der Oberpfalz bekommen Weiden i.d.Opf. mit 21 Millionen Euro und Amberg mit rund 17 Millionen Euro. Danach folgen Schwandorf mit rund 8,8 Millionen Euro, Regensburg mit rund 7,5 Millionen Euro und Sulzbach-Rosenberg mit über 6 Millionen Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in der Oberpfalz werden insgesamt mit über 203 Millionen Euro bedacht. Mit 234 Euro je Einwohner erhalten sie um 36 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in ganz Bayern. Die Landkreise in der Oberpfalz werden 2019 insgesamt mit rund 157 Millionen Euro ausgestattet. Dies bedeutet ein Plus von über 10 Prozent und damit die zweithöchste Steigerung im Vergleich mit den Landkreisen in den anderen Regierungsbezirken. **DK**

Bayerischer Bezirktag:

BÜWA und Krisendienst

Mit dem Bundesteilhabegesetz können seit Beginn 2018 erwerbsunfähige Menschen mit Behinderung ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis aufnehmen. In diesem Fall haben sie Anspruch auf Assistenzleistungen am Arbeitsplatz durch besonders geschultes Personal; die Arbeitgeber erhalten Lohnkostenzuschüsse. Laut Bezirktagspräsident Franz Löffler haben jedoch bislang erst zehn Menschen mit Behinderung von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Deshalb appellierte er an die Arbeitgeber, Berührungspunkte abzubauen und dieses Angebot weiter auszubauen.

Als großen Erfolg wertet Löffler das Projekt BÜWA (Begleiteter Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt), das es im Freistaat seit Dezember 2014 gibt. Rund 250 Werkstattbeschäftigte hätten bislang daran teilgenommen. Davon konnten fast 80 Personen erfolgreich ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis begründen. „Die Bezirke wenden für die Qualifizierungs- und Vermittlungsmaßnahmen pro Teilnehmendem zwischen 17.000 und fast 27.000 Euro auf. Hinzu kommt ein Anteil an Lohnkostenzuschüssen, die die Arbeitgeber erhalten, sowie Vermittlungsprämien“, erklärte der Präsident. Er verwies darauf, dass sich diese Ausgaben nicht nur wegen der eingesparten Werkstattkosten rechnen, sondern vorrangig wegen der gelungenen Inklusionsleistung im Arbeitsleben. Deshalb würde er „eine Fortführung dieses erfolgreichen Projektes“, das es Menschen ermöglicht, unabhängig von Leistungen der Eingliederungshilfe am Arbeitsleben teilzuhaben, sehr begrüßen.

Stichwort Krisendienst

Wer heute in den Flächenstaaten der Bundesrepublik Deutschland eine psychische Krise erleidet, wird zur Diagnose und Behandlung häufig in eine psychiatrische Klinik stationär eingewiesen. Die niederschweligen Angebote eines Krisendienstes, der im Notfall tagtäglich auch in den Abend- und Nachtstunden erreichbar und einsatzbereit ist, gibt es bislang nur in den Bezirken Oberbayern und Mittelfranken.

Nach Löfflers Worten werden gemäß den Vorgaben des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes bis zum 1. Juli 2021 alle sieben

Bezirke Krisendienste mit zentralen Leitstellen und mobilen Teams aufbauen. Berücksichtigung finden sollen dabei die regionalen Strukturen, zum Beispiel die Bevölkerungszahlen oder bestehende Versorgungsangebote im ambulanten und stationären Bereich. Ziel sei es, „eine gemeinsame Landesrahmenempfehlung für den Aufbau der Krisendienste zu erarbeiten“.

Fest steht bereits, dass die Bezirke die Organisation und den Aufbau des Dienstes bis Mitte 2021 übernehmen und die Hälfte der anfallenden Kosten vom Freistaat Bayern erhalten. Dieser übernimmt die Kosten für die sieben Leitstellen, die derzeit auf rund 7,7 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt sind. Die Bezirke werden für die Finanzierung der mobilen Einsatzteams und alle sonstigen Kosten wie z.B. für den Aufbau von Netzwerken verantwortlich zeichnen.

Schließung der Versorgungslücke zum Wohle der Betroffenen im Vordergrund

Löffler zufolge lässt sich derzeit noch nicht beziffern, welche finanziellen Belastungen auf die Bezirke konkret zukommen werden. Für ihn sei es vielmehr wichtig, „diese Lücke im psychiatrischen Versorgungssystem in Bayern zum Wohle der betroffenen Menschen in den kommenden drei Jahren zu schließen“. Für den Bezirktagspräsidenten ist die Etablierung von Krisendiensten auch ein wichtiger Beitrag zur weiteren Entstigmatisierung psychisch kranker Menschen und der Psychiatrie. „Wir haben eine Vorreiterrolle in Deutschland bei der Schaffung dieses überaus wichtigen Angebotes übernommen“, so Löffler. **DK**

Glauber zum Lärmschutz:

Bayernweite Aktionsplanung

Bürger und Gemeinden können einen Monat lang mitwirken

Das Bayerische Umweltministerium erarbeitet derzeit eine zentrale Lärmaktionsplanung für ganz Bayern. Dabei werden die Hauptverkehrsstraßen außerhalb von Ballungsräumen und die Bundesautobahnen in Ballungsräumen im Freistaat in den Blick genommen. Alle Bürger und Gemeinden haben die Möglichkeit, sich über eine Befragung im Internet daran zu beteiligen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu heute in München: „Der Schutz vor Lärm ist ein hohes Gut und sichert unsere Lebensqualität. Wir haben eine umfassende Lärmaktionsplanung für den Freistaat in Angriff genommen. Dabei beteiligen wir zur Optimierung des Lärmschutzes die Öffentlichkeit. Ziel ist es, ein hohes Schutzniveau zu erreichen. Jeder kann aktiv dazu beitragen, die Informationen vor Ort genauer zu erfassen.“

In einem zweistufigen Verfahren wird die Öffentlichkeit an der Erstellung des Lärmaktionsplans beteiligt: Vom 28. Februar bis zum 28. März 2019 können Bürger und Gemeinden auf der Internetseite www.umgebungsaerm.bayern.de zielgerichtete Fragen zur Bestandsaufnahme beantworten. Die Antworten werden anschließend ausgewertet und analysiert. Die Ergebnisse und der Entwurf des Lärmaktionsplans können in einer zweiten Stufe der Öffentlichkeitsbeteiligung eingesehen und bewertet werden. Diese Rückmeldungen fließen in die Lärmaktionsplanung mit ein. Die Kommunen können zusätzlich eigene detaillierte Pläne erstellen und konkrete Maßnahmen zur Lärmreduktion vor Ort ergreifen.

Mit der Lärmaktionsplanung wird eine EU-Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von so genanntem Umgebungslärm umgesetzt. Infos: www.stmuv.bayern.de/themen/laermschutz/index.htm

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Nefele
82281 Egenhofen
am 10.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Dorsch
97342 Seinsheim
am 4.3.

Bürgermeister Emil Kötzel
91605 Gallmersheim
am 11.3.

Bürgermeister
Silvester Enzinger
83454 Anger
am 13.3.

Bürgermeister Friedrich Amler
91790 Burgsalach
am 14.3.

Bürgermeister
Karlheinz Albert
97788 Neuendorf
am 17.3.

Bürgermeister Josef Demar
97633 Großbardorf
am 18.3.

Bürgermeister
Matthias Luxem
63820 Eisenfeld
am 18.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudi Jantke
83224 Grassau
am 1.3.

Bürgermeister Leopold Ritzinger
94579 Zenting
am 2.3.

Bürgermeister Josef Gilch
92263 Ebermannsdorf
am 3.3.

Bürgermeister Josef Reindl
92253 Schnaittenbach
am 3.3.

Bürgermeister Georg Duscher
86480 Aletshausen
am 11.3.

Bürgermeister Markus Mahl
91161 Hilpoltstein
am 17.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Gerhard Amon
91365 Weilersbach
am 8.3.

Landrat Stefan Rößle
86609 Donauwörth
am 16.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Wolfgang Lampe
97215 Uffenheim
am 17.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Harald Wich
95515 Plankenfels
am 9.3.

Bürgermeister Ralf Beyer
91180 Heideck
am 28.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Terrorismus und Extremismus erfolgreich bekämpfen

Zentralstelle wird personell ausgebaut

Den Aktionsplan des Justizministeriums zur Bekämpfung von Extremismus, Salafismus und Terrorismus hat der Ministerrat nochmals bekräftigt. Damit der Rechtsstaat bei den zentralen sicherheitspolitischen Themen stark bleibt, fordert die Kabinettsmitglieder vom Bund, erforderliche Anpassungen im Strafrecht vorzunehmen, um Strafbarkeitslücken u.a. im Bereich der Sympathiewerbung zu schließen.

Bayern hat mit der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München bereits ein bayernweites Kompetenzzentrum geschaffen. Die erfolgreiche Arbeit der ZET soll nun weiter ausgebaut werden, damit diese auch bei steigenden Fallzahlen ihre Aufgaben weiterhin effektiv erfüllen kann. Im Kampf gegen Delikte mit antisemitischem Bezug hat die bayerische Justiz im letzten Jahr bei allen drei Generalstaatsanwaltschaften Antisemitismusbeauftragte installiert. Auch im bayerischen Justizvollzug werden die Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention mit bewährten Programmen wie dem bayerischen Vorreiterprojekt „ReStart – Frei-

heit beginnt im Kopf“ sowie mit neuen Maßnahmen wie der „Task Force Extremismus“ weiter vorangetrieben.

Appell an den Bundesgesetzgeber

Gleichzeitig appelliert die Staatsregierung auch an den Bundesgesetzgeber, Lücken im Strafrecht, etwa bei der Volksverhetzung aus dem Ausland, der Unterstützung terroristischer Vereinigungen und bei der Sympathiewerbung zu schließen. Besonders das nach derzeitiger Rechtslage straflose Werben auf bayerischen Straßen und Plätzen für Ziele terroristischer Gruppen ist aus Sicht der Staatsregierung nicht akzeptabel. **□**

Jahrespressekonferenz Tourismus:

Rekordzahlen für Bayern

Zum neunten Mal in Folge kann Bayern neue Höchststände bei Gästeankünften und Übernachtungen vorweisen. Wie Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger bei der Jahrespressekonferenz Tourismus in München mitteilte, konnte 2018 mit 98,7 Millionen Übernachtungen der Vorjahreswert um nochmals 4,6 Prozent gesteigert werden. Bei den Gästeankünften war es sogar ein Plus von 4,9 Prozent auf 39,1 Millionen.

Im Inländerreiseverkehr nahm die Zahl der Gästeankünfte um 4,6 Prozent auf 29,2 Millionen zu (Übernachtungen: +3,9 Prozent auf 78,2 Millionen). Im Ausländerreiseverkehr erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte um 5,9 Prozent auf gut 9,9 Millionen (Übernachtungen: +7,1 Prozent auf 20,5 Millionen).

Camping ist Trend

Was sich bei der Betrachtung der Betriebsarten im Jahresverlauf bereits angedeutet hatte, wurde nunmehr bestätigt: Die Campingplätze gehen klar als Gewinner hervor. Sie verzeichneten ein Plus von 12,9 Prozent bei den Gästeankünften und von 9,9 Prozent bei den Übernachtungen. Ebenso konnten sich Hotels garni (Gästeankünfte: +6,1 Prozent; Übernachtungen: +7,0 Prozent) und Hotels (Gästeankünfte: +6,0 Prozent; Übernachtungen: +6,2 Prozent) an die Spitze der Betriebsarten setzen.

Bezirke Mittelfranken und Oberbayern

Eine ebenfalls anhaltend erfreuliche Entwicklung zeigte sich bei den sieben bayerischen Regierungsbezirken im Jahr 2018, die alle gestiegene Gäste- und Übernachtungszahlen auswiesen. Dabei hatten Mittelfranken (Gästeankünfte: +6,7 Prozent; Übernachtungen: +6,6 Prozent) und Oberbayern (Gästeankünfte: +5,7 Prozent; Übernachtungen: +6,3 Prozent) die höchsten Zuwächse.

Folgende acht bayerische Gemeinden zählten im Jahr 2018 über eine Million Übernachtungen: Die Landeshauptstadt München (17,1 Millionen), Nürnberg (3,6 Millionen), Bad Füssing (2,3 Millionen), Oberstdorf (2,0 Millionen), Bad Kissingen (1,5 Millionen), Füssen (1,3 Millionen), Garmisch-Partenkirchen (1,2 Millionen) und Regensburg (1,1 Millionen).

Im Dezember 2018 stieg die Zahl der Gästeankünfte in den 11.262 geöffneten Beherbergungsbetrieben in Bayern gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,7 Prozent auf 2,6 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 3,6 Prozent auf 6,4 Millionen.

Weiteres Potenzial heben

Aiwanger zufolge unternehmen die bayerischen Tourismusbetriebe ständig Anstrengungen, den gestiegenen Ansprüchen an Komfort und Qualität immer einen Schritt voraus zu sein – mit Erfolg, wie die aktuellen Zahlen beweisen. Dennoch zeigte er sich überzeugt, dass im Tourismus noch weiteres Potenzial steckt. „Dieses zu heben, ist und bleibt unser Ziel. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, damit die positive Entwicklung anhält. Denn der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er sichert Arbeit und Einkommen für bis zu 600.000 Menschen – insbesondere auch in den ländlichen Regionen“, so der Minister.

Wirtschaftskultur stärken

Deutlich ausweiten will Aiwanger die Unterstützung für die Branche. Die Ausgaben von derzeit 64 Millionen Euro jährlich sollen um etwa 30 Prozent

steigen. Das Augenmerk des Ministers gilt insbesondere dem weiteren Ausbau der Tourismuswerbung und der Forcierung der Digitalisierung. Darüber hinaus will er das Hotel- und Gaststättengewerbe bei seinen Investitionen finanziell unterstützen und den schleichenden Niedergang der Dorfwirtschaften mit einem Gaststätten-Modernisierungsprogramm, das bereits in den Startlöchern steht, beenden. Allein hierfür werden jährlich 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Schließlich sei bayerische Wirtschaftskultur ein Aushängeschild des Freistaats und ein Magnet für den Tourismus, weshalb das Geld gut angelegt sei. Mit einem Fördersatz von bis zu 40 Prozent sollen kleinere Gasthäuser außerhalb von Großstädten (unter 100.000 Einwohner) bei ihren Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen unterstützt werden.

Da Aiwanger vor allem den ländlichen Raum stärken will, setzt er auf Urlaub im Freistaat. Bayern stehe für unverbrauchten Natururlaub. Nicht nur für Einheimische gebe es noch viel zu entdecken, auch der Anteil an Besuchern aus dem Ausland sei ausbaufähig. „Ich will, dass die Menschen nicht in den Flieger steigen müssen, sondern in Bayern Urlaub machen. Da finden sie alles!“

Hotel- und Gaststättenverband fordert Entbürokratisierung

Laut der Präsidentin des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Landesverband Bayern), Angela Inselkammer, verdeutlichen die aktuellen Zahlen, wie wichtig Hotellerie und Gastronomie für den Tourismus sind. „Ohne uns hätten Touristen kein Bett zum Schlafen. Ohne uns hätten Ausflügler keine Wirtschaft zum Einkehren. Ohne uns gäbe es keine Tagungen, Messen und Kongresse.“

So meistern Kommunen die Herausforderungen der Zukunft:

Gestalter vor Ort

Digitale Infrastruktur, Integration, Klima- und Umweltschutz: In Zeiten des rapiden gesellschaftlichen Wandels und der Globalisierung werden Kommunen zu kreativen Gestaltern der Zukunft. Wie können sie urbane Räume und Dörfer lebenswert machen, neue Bürger integrieren und nicht zuletzt die Bevölkerung zur Mitarbeit motivieren? Über Antworten auf diese Fragen haben Kommunalpolitiker und Wissenschaftler auf der Tagung „Kommunen – Die verkannten Zukunftsgestalter“ diskutiert. Die Veranstaltung war der Auftakt zu einer Projektreihe der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, in der die zentrale Rolle der Kommunen für die Zukunftsgestaltung verdeutlicht wird.

Die Tatsache, dass im Bierzelt gern über Kommunalpolitik geredet wird, war die Geburtshelferin für diese Tagung. Auf dem Oktoberfest beklagte Erlangens Alt-Oberbürgermeister Siegfried Balleis gegenüber Akademie-Direktorin Ursula Münch, dass es zu wenige hochwertige wissenschaftliche Analysen zur Kommunalpolitik gebe. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (blz) wollen sie das ändern. „Die Kommune ist deshalb so wichtig, weil ihre Entscheidungen die Bürger am unmittelbarsten treffen“, sagte Rupert Gröbl, bei seinem ersten Auftritt als blz-Leiter in Tutzing.

Kommunen als „kleine Machtzentren“

Die Tagung ist der erste

Wichtig ist für Inselkammer deshalb auch eine Entbürokratisierung im Hotel- und Gastgewerbe. Es gelte, die kleinen Betriebe besonders zu schützen. Einem familiengeführten Unternehmen mit nur wenigen Mitarbeitern dürften nicht dieselben bürokratischen Hürden auferlegt werden, wie einem Betrieb mit mehreren hundert Mitarbeitern oder gar einer Kette. Hier sei eine Differenzierung unumgänglich, so Inselkammer.

„Urlaub dahoam“

Nach den Worten von Barbara Radomski, Geschäftsführerin der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH (by.TM), ist der „Urlaub dahoam“ wieder modern. Wald und Natur hätten sich in den vergangenen Jahren zu einem Trendthema für alle Zielgruppen entwickelt, das sich auch im Tourismus wiederfindet. Als Natururlaubsland Nummer 1 der Deutschen habe der Freistaat in diesem Bereich die absolute Kompetenz, führte Radomski aus.

Der Wald als Lehrmeister, kulinarischer Schatz und Kur- und Heilwald

Aus diesem Grund wird die by.TM 2019 mit einer breit angelegten Kampagne das Sehnsuchtsziel Wald in den Mittelpunkt der Vermarktung des Reiselands Bayern setzen. Gemeinsam mit touristischen Partnern aus ganz Bayern und weiteren Waldbotschaftern soll der Facettenreichtum des Waldes „als riesiger Abenteuerspielplatz, als Lehrmeister des Lebens und als kulinarische Schatzkammer für Einheimische und Gäste“ wiedergespiegelt werden.

Das Thema Wald und Gesundheit wird auch für den Bayerischen Heilbäderverband einen Schwerpunkt bilden. Nach Angaben seines Vorsitzenden Klaus Holetschek ist geplant, die natürliche Ressource Wald zu nutzen und in Bayern, begleitet von wissenschaftlicher Erforschung, Kur- und Heilwälder zu entwickeln.

In Bayern gibt es 2,6 Millionen Hektar Wald – ein wahrer

Liebe Leserinnen und Leser,

am 26. Mai ist es wieder soweit: Wir werden einmal mehr an die Wahlurne gerufen. Diesmal aber nicht, um Stadt- oder Gemeinderat, den Kreis-, Land- oder Bundestag zu wählen. Bei dem Urnengang in wenigen Wochen stimmen wir über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ab. Von der Möglichkeit, hierauf Einfluss zu nehmen, sollten wir unbedingt Gebrauch machen.

Ob Verordnungen, Richtlinien oder Beschlüsse: Europapolitik betrifft nicht nur Länder, Unternehmen oder Verbraucher, sondern insbesondere auch die lokale Politik. Inzwischen nehmen rund 70 bis 80 Prozent der Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, Einfluss auf die Kommunen. Dies

Europa betrifft uns alle

betrifft sämtliche Daseinsvorsorgedienstleistungen, das öffentliche Auftragswesen und die Gewährung von Beihilfen auf kommunaler Ebene, etwa durch EU-Vorgaben im Umwelt-, Gesundheits-, Planungs-, Verkehrs- oder Sozialbereich. Auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs wirkt sich auf lokale Belange aus.

Europa begegnet uns überall – allein im Landkreis München kommen 40.000 unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der Europäischen Union, viele der im Landkreis ansässigen Unternehmen agieren international und unsere Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sind ohne länderübergreifende Zusam-

Schatz für die Entwicklung neuer Therapie- und Präventionsangebote. Das Makroklima und die Geländestruktur des Waldes eignen sich als Therapieort bei zahlreichen Indikationen wie bei Erkrankungen der Atemwege und des Bewegungsapparates sowie bei neurologischen und psychischen Erkrankungen. Dabei machte Holetschek deutlich, dass dieses Projekt nur im Einklang mit der Natur und im Einvernehmen aller Beteiligten, d.h. mit den Waldbesitzern und den Bayerischen Staatsforsten, verwirklicht werden kann. **DK**

gulation durch Bund und Land, beispielsweise durch finanzielle Zuwendungen und die damit verbundene Kontrolle. Paradoxerweise könne auch Bürgerbeteiligung Kommunen schwächen – nämlich dann, wenn sich Bürger aus der Vielzahl von politischen Angeboten nicht die Kommunalpolitik, sondern beispielsweise zivilgesellschaftliche Organisationen aussuchen.

Politischen Nachwuchs früh einbinden

Wie Stadt- und Gemeinderäte Bürger zur Mitarbeit motivieren können, war auch Thema einer Podiumsdiskussion. Bianka Poschenrieder, Zweite Bürgermeisterin von Zorneding, empfiehlt ihren Kolleginnen und Kollegen, dort zu werben, wo Menschen sich bereits engagieren – also in Vereinen und Bürgerinitiativen. „Ich erzähle von unseren Erfolgen als Gemeinderat und biete Interessenten Hilfe und Fortbildungen an“, sagt sie. Der Münchner Landrat Christoph Göbel sieht in Jugendparlamenten eine Chance für mehr politischen Nachwuchs: „Junge Leute müssen ja nicht gleich Bürgermeister werden, aber man sollte sie früh einbinden.“ Genau diesen Weg schlug Julia Hacker ein, die für den Jugendrat Lauf mitdiskutierte. „Viele

GZ KOLUMNE
Christoph Göbel



menarbeit nicht denkbar. Europa ist so viel mehr als ein Staatenverbund, Europa ist die Basis für ein reibungsloses Miteinander, in welchem jeder Einzelne seine Identität bewahren kann.

Spielerische Auseinandersetzung mit Europapolitik

Um die Bedeutung der Europäischen Union und die Folgen ihrer Entscheidungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in der Praxis zu veranschaulichen, hat der Landkreis München das Planspiel „Europa im Rathaus“ initiiert. Bei dem Projekt schlüpfen die Teilnehmenden in die Positionen von Entscheidungsträgern und setzen sich in diesen Rollen mit europapolitischen Vorstellungen auseinander. Die spielerische Annäherung soll es den Menschen erleichtern, sich dem Thema Europa anzunähern und ihnen Entscheidungsprozesse und Zusammenhänge in der Europäischen Union zu verdeutlichen.

Wir möchten damit die Bedeutung des europäischen Gedankens und die unentbehrbare Verflechtung der Europäischen Union mit dem kommunalen Leben vor Ort und den täglichen Entscheidungen unterstreichen. Das Planspiel bietet Bürgerinnen und Bürgern eine niedrigschwellige Möglichkeit, sich intensiv mit aktuellen Fragen der Europapolitik auseinanderzusetzen und ein Gefühl für die sensible Thematik der Zusammenführung der Vorstellungen vieler einzelner Länder und Kulturen zu gewinnen.

Wir hoffen, mit diesem Angebot „Europa“ ein wenig greifbarer zu machen und zu zeigen, dass wir durch unsere Stimme die Zukunft Europas mitgestalten können.

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Kommunen nehmen Jugendliche nicht ernst. Unser Jugendrat hat ein eigenes Budget und ein Antragsrecht im Stadtrat. Damit konnten wir bereits einen Bikepark, Busverbindungen und Laternen für einen sicheren Heimweg schaffen“, erzählt sie. Diese Erfolge helfen wiederum, neue Mitglieder für das Gremium zu finden.

Herausforderung Wahlbeteiligung

Bestehen bleibt jedoch das Problem der niedrigen Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen. In Bayern lag sie 2014 bei 55 Prozent. Angelika Vetter, Professorin am Institut für Sozialwissenschaften in Stuttgart, erklärt dieses Phänomen vor allem mit dem Wertewandel seit den 90er Jahren: „Früher ging man einfach zur Wahl. Heute wird diese Norm als weniger stark empfunden, vor allem von jungen Menschen.“ Außerdem sei das mediale Interesse an Kommunalpolitik geringer geworden, wodurch wiederum Bürger weniger mit lokalpolitischen Themen konfrontiert werden.

Gegen diesen Trend stellen sich Okan Bellikli und seine Klasse der Deutschen Journalistenschule. Für ihr Abschlussprojekt reisten die Nachwuchsjournalisten durch ganz Deutschland und besuchten Kommunalpolitiker in acht Bundesländern, in denen 2019 gewählt wird. Die Ergebnisse sind auf dem Instagram-Profil total_kommunal und auf einer Website zu lesen, sehen und hören.

Brennpunkte der Kommunalpolitik: „Ausbaden, was der Bund versäumt“

Über Brennpunkte der Kommunalpolitik sprachen die Vertreter der Spitzenverbände. Auch in dieser Runde spielte die Entfremdung zwischen Bürger und Kommunalpolitik eine Rolle. Christian Bernreiter, Land-

rat in Deggendorf und Präsident des Bayerischen Landkreistages, warnte vor Gebietsreformen wie in anderen Bundesländern. „Ich bin jeden Abend unterwegs, um unsere Politik zu erklären. Dieser Kontakt fällt weg, wenn wir wie in Nordrhein-Westfalen Kreise mit 500.000 Einwohnern bekommen“, argumentierte er. Rainer Schneider, Vize-Präsident des Bayerischen Bezirktages beklagte hingegen, dass die Regierungsbezirke im Gegensatz zu Landkreisen kaum wahrgenommen werden, obwohl sie wichtige Aufgaben wie medizinische Versorgung verantworten. Wie einige seiner Kollegen fordert er regelmäßige Schulbesuche von gewählten Vertretern, um früh den Kontakt zum Bürger herzustellen. „Mich stört vor allem, dass die Kommunen ausbaden müssen, was die Bundespolitik in der Digitalisierung versäumt hat. Die Bürger regen sich bei uns auf, dass sie ins Rathaus kommen müssen, um einen neuen Pass zu beantragen. Dabei ist der Bund dafür verantwortlich“, sagt Thomas Jung, Oberbürgermeister von Fürth und Erster stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Ähnliches beobachtet der Abensberger Bürgermeister, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Uwe Brandl bei der Schaffung von Betreuungsplätzen für Grundschüler: „Die Bundespolitik verschließt sich vor unserer Argumentation. Das ist kein faires Spiel.“ Dennoch hält er Kommunalpolitik für „die geilste Sache der Welt für Leute die Diskussionen lieben und keine Scheu haben, ab und zu mal eine kalte Dusche zu kassieren“. Diese Begeisterung hat ihn zu seinem ersten Kinderbuch „Die kleine Mäusegemeinde“ inspiriert, mit dem er Grundschulkindern die Kommunalpolitik näher bringen will – anhand von Mäusen, die sich (Fortsetzung auf Seite 4)

Standorte stärken...

(Fortsetzung von Seite 1)
burg, den beispielgebenden Medizincampus Oberfranken sowie die zahlreichen Technologietransferzentren von Spiegellau bis Weißenburg.

Differenzen beim Schulbedarf

In punkto Schulpolitik zeigte sich Sibler erfreut, dass zahlreiche Standortdiskussionen für die nächste Zeit aufgrund steigender Geburtenzahlen vertagt werden können. Dennoch gebe es große Differenzen beim Schulbedarf. Während in Großstädten wie München ständig neue Schulen, ob Grundschulen oder Gymnasien, gebaut werden müssen, hätten ländliche Regionen wie Wunsiedel enorme Probleme, Schüler zu finden.

Auch das Thema Mittelschulverbände berge ein beträchtliches Diskussionspotenzial, führte Sibler weiter aus. Aktuell setzen sich große Schulen durch, die kleinen Partner im Verband sollen sich anschließen. Je nach den Gegebenheiten vor Ort ist es aus Sicht des Ministers allerdings nicht verkehrt, mit dem Verlassen des Verbandes zu warnen, denn auch große Schulen könnten sich ggf. einer kleinen Schule anschließen.

Mit Blick auf Neubauten und neue Standards im Schulgebäudebereich sei es wichtig, die Kosten in einem sinnvollen Maß zu halten. Hier hat nach Sblers Auffassung auch der jeweilige Sachaufwandsträger, d.h. der Landkreis, die Aufgabe, den Direktoren bewusst zu machen, dass es bei einem Umbau auch ein finanzielles Maximum gibt.

Stärken, bündeln und vernetzen

Bundespolitisch will sich Sibler bei den Verhandlungen des neuen Hochschulpaktes, eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung wesentlicher Herausforderungen in der Hochschullandschaft, besonders dafür einsetzen, dass die zukünftigen Parameter lang-

fristig tragen und gleichzeitig gut zur bayerischen Hochschullandschaft passen.

Hinsichtlich des Wettbewerbs um Exzellenz wünscht sich der Wissenschaftsminister noch mehr Kooperation zwischen den Einrichtungen der Spitzenforschung im universitären, aber auch im außeruniversitären Bereich. „Unser Ziel muss es sein, die vorhandene Exzellenz zu stärken und gleichzeitig Exzellenz weiter zu bündeln und zu vernetzen!“, betonte Sibler. Die bereits bestehende Unterstützung der Universitäten solle weiter verstärkt werden.

Ergebnisse der Finanzausgleichsverhandlungen

In seinem Bericht ging KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle unter anderem auf die Ergebnisse der Finanzausgleichsverhandlungen ein. Zentrale Forderungen der KPV seien erfüllt worden, was auch die hohe Wertschätzung der KPV und der Kommunen insgesamt bei den Entscheidern zeigt.

Dazu zählten eine höhere Investitionsförderung nach Art. 10 FAG für den kommunalen Hochbau (Steigerung um 50 Mio. Euro auf 550 Mio. Euro), die Erhöhung der Finanzausgleichsverordnungen nach Art. 7 FAG (Pro-Kopf-Beträge) und Art. 9 sowie deutlich mehr staatliche Stellen (Aufstockung des Art. 7 FAG um 15 Mio. Euro auf 483,5 Mio. Euro; Erhöhung beim Art. 9 FAG um 5 Mio. Euro auf 65,5 Mio. Euro; 70 neue Stellen im Jahr 2019 und weitere Verbesserungen bei der Stellenausstattung und bei Stellenhebungen), die Beibehaltung der Rechtslage zum Wegfall der Gewerbesteuerumlage (Bayern fordert für den im Jahr 2020 eintretenden Wegfall der bundesgesetzlich geregelten erhöhten Gewerbesteuerumlage dauerhaft keine Kompensation; kommunale Entlastung ab 2020 um rund 800 Mio. Euro) sowie höhere Schlüsselzuweisungen (Steigerung um 240 Mio. Euro auf 3.903 Mio. Euro).

Freude besteht Rößle zufolge auch über die im Koalitionsvertrag vorgesehenen 20 Mio. Euro pro Jahr für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder. Damit sei die langjährige KPV-Forderung teilerfüllt und ein Einstieg in die Förderung durch den Freistaat geschafft worden. Gleichwohl werde die Praxis zeigen, dass dies nur der Anfang sein kann, so der KPV-Vorsitzende, denn der Sanierungsbedarf liege in Bayern bei über 500 Mio. Euro. Positiv sei allerdings, dass ein Teil der Bädersanierungen auch über das FAG besser unterstützt werden soll.

1000 Schulen für unsere Welt

Eine höchst erfreuliche Entwicklung nimmt nach Rößles Worten auch die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“, die auf eine Idee der KPV Bayern und von ihm persönlich zurückgeht. Mithilfe intensiver Überzeugungsarbeit sei es gelungen, dieses Projekt als große Gemeinschaftsinitiative der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund) zu installieren. Beim letztjährigen Bundes-KPV-Jubiläum in Koblenz wurde dem Projekt ein ansprechendes Forum geboten – „eine große Ehre“, wie Rößle bemerkte. Als Schirmherr konnte Bundesminister Dr. Gerd Müller, MdB gewonnen werden, der die Idee aus voller Überzeugung proaktiv begleitet.

Mit Rainer Meusch, dem Gründer der Stiftung „Fly and Help“, wurde ein starker Partner mit ins Boot genommen. Er achtet darauf, dass die Schulprojekte nach strengen Regularien umgesetzt werden. So muss beispielsweise der Grund, auf dem die Schulen stehen in der Hand der Gemeinden stehen und diese müssen sich verpflichten, den Unterhalt zu sichern. Zudem muss der Staat des Schwellenlandes qualifizierte Lehrer entsenden und diese bezahlen. Gemeinsam mit „Fly and Help“ sind bundesweit bereits 45 Projekte in der Umsetzung, weitere werden folgen.

Die Rolle der Kommunen in Europa

Über die Stellung der Kommunen und ihr Engagement in Europa diskutierten vergangenes Jahr rund 300 Landräte und Oberbürgermeister aus dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas, dessen Präsident bis vor kurzem Mühldorfs Landrat Georg Huber war. Die Delegierten der deutschen RGR-Sektion verabschiedeten die „Münchner Erklärung“, in der sie eine stärkere Einbindung der Kommunen in die Europaarbeit und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 sowie eine den örtlichen Gegebenheiten angepasste EU-Förderpolitik ab 2020 fordern. Die Einbindung der kommunalen Ebene sollte über Konsultationen vor und während der Vorlage von Gesetzesvorschlägen durch die EU-Kommission und durch Anhörungsrechte bei dem Europäischen Parlament institutionalisiert werden.

Zugleich mahnten die Delegierten die EU, „ihrer Selbstverpflichtung zur Wahrung der Subsidiarität und Achtung der kommunalen Selbstverwaltung aufrechtzuerhalten“. Bürgermeister Andreas Galster aus Baidersdorf bat die KPV per Schreiben um Unterstützung der Erklärung. Der Landesvorstand mit Hauptausschuss stimmte geschlossen zu.

Kommunalwahlen 2020

Am 15. März 2020 finden die Kommunalwahlen in Bayern, die mit einigen Besonderheiten verbunden sind, statt. Rößle zufol-

Freistaat...

(Fortsetzung von Seite 1)

Schulen nur mit einer befristeten Anschubfinanzierung beteiligt. Erfahrungsgemäß stünden zu wenig Fördermittel für Investitionen, den laufenden Betrieb und die Systembetreuung zur Verfügung. Bei der Umsetzung von Förderprogrammen herrsche Ungewissheit, da klare Richtlinien für die digitale Ausstattung fehlen. Die Hoffnungen der Rathauschefs richteten sich nunmehr darauf, dass die Staatsregierung eine dauerhafte Förderung des digitalen Klassenzimmers und insbesondere für die Systembetreuung auf den Weg bringt.

Einheitliche Standards gefordert

Wie der Verbandsvorsitzende erläuterte, dürfe die Ausstattung eines digitalen Klassenzimmers nicht von der Finanzkraft einer Kommune abhängen, wären doch dann Schüler in strukturschwachen Regionen benachteiligt. Erforderlich seien einheitliche Standards für das digitale Klassenzimmer und ein pädagogisches Gesamtkonzept für IT-Ausstattung und IT-Anwendung. Dabei müssten Laptops, Tablets und interaktive Whiteboards im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden.

Der Bayerische Städtetag erwartet, dass der im Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern angekündigte Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden über Konzepte für Wartung und Pflege der IT-Infrastruktur an Schulen endlich in Gang kommt. Gribl zufolge ist ein befristetes Anschubprogramm zur Digitalisierung von Klassenzimmern lediglich ein erster Schritt, da die Ausstattung wegen des technologischen Fortschritts und der begrenzten Lebensdauer der Geräte ebenso eine Daueraufgabe ist wie die Systembetreuung.

Gemeinschaftsaufgabe Schulausstattung

Die Finanzierung dieser Zukunftsaufgabe dürfe nicht allein den Kommunen auferlegt werden. Die Kommunen warteten auf die angekündigten Bundesmilliarden zur Digitalisierung der Schulen. Notwendig sei hierfür eine Einigung von Bund und Ländern. Die Ausstattung der Schulen mit Informationstechnologie stelle eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen dar.

Wie der Städtetagschef bemerkte, stehe der Freistaat besonders in der Pflicht. Die Pädagogik entwickle sich mit den digitalen Möglichkeiten weiter. Entsprechend müsse das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz aus der analogen Kreidezeit an die Rahmenbedingungen des digitalen Computerzeitalters angepasst werden. **DK**

ge wird nach der Änderung des Kommunalwahlrechts die Junge Union vielerorts mit eigenen Listen auftreten. Auch bei der Frauen Union gibt es erste Anzeichen für entsprechende Aktivitäten. Anders als bei den früheren Kommunalwahlkämpfen wird der Bereich Social Media zu einem mitwahlscheidenden Faktor. Darauf sollten sich die Kandidaten frühzeitig einstellen, erklärte der KPV-Landesvorsitzende.

Bei der inhaltlichen Ausgestaltung des CSU-Kommunalwahlprogramms soll die KPV eine tragende Rolle spielen. Daher bat Rößle darum, übergeordnete Ideen für das Programm in den nächsten Wochen an die KPV-Landesgeschäftsstelle zu übermitteln. **DK**

Kommunalwahl am 15.3.2020

Auf Vorschlag von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann beschloss die Bayerische Staatsregierung, die nächsten allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen am 15. März 2020 durchzuführen.

Der Innenminister hatte hierfür Stellungnahmen sämtlicher kommunaler Spitzenverbände – Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Gemeindetag – eingeholt.

Bei den allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen werden in den 71 Landkreisen und 2.056 Städten, Märkten und Gemeinden in Bayern nicht nur die Kreistage, Stadt-, Markt- und Gemeinderäte für sechs Jahre neu gewählt, sondern auch die meisten Landräte, Oberbürgermeister und Ersten Bürgermeister. Da die letzten allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen im März 2014 stattfanden und die Wahlperiode sechs Jahre beträgt, sind die nächsten Wahlen im März 2020 durchzuführen. Den genauen Termin bestimmt nach dem Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz die Staatsregierung.

Wie Herrmann erläuterte, soll der Wahltermin nach langjährig bewährter Staatspraxis auf einen Tag gelegt werden, der den Interessen der Parteien und Wählergruppen entgegenkommt, den Aufwand für Gemeinden und Landkreise für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen berücksichtigt und den Bürgerinnen und Bürgern schließlich eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erlaubt. Insbesondere sollen daher weder wesentliche Teile der Wahlvorbereitung, noch der Wahltermin selbst oder darauffolgende Stichwahlen in die Zeit von Schulferien fallen. Das Innenministerium wird den Wahltermin nun in den kommenden Tagen amtlich bekannt machen. **□**

Gestalter vor Ort...

(Fortsetzung von Seite 3)

auf dem Dachboden des Schulhauses organisieren – inklusive Bürgermeister und Kämmerer.

Heimat als Herausforderung einer globalisierten Welt

Mit den zukünftigen Herausforderungen der Kommunalpolitik befasste sich unter anderem Norbert Göttler, Bezirksheimatpfleger von Oberbayern, der sich mit dem Heimatbegriff beschäftigt. „Das Problem ist, dass jeder eine andere Vorstellung von Heimat hat“, erklärt er. Vor allem bei jungen Menschen sei Heimat weniger topographisch, sondern utopisch: Heimat als Netzwerk von Menschen, die nicht zwingend am gleichen Ort aufgewachsen sind. Politiker müssten deshalb einen inklusiven Heimatbegriff verteidigen. Dazu zählen Vielfalt statt Monokultur und nicht Ästhetik als Standortfaktor, um Menschen an einen Ort zu binden.

Stadt- und Dorfwentwicklung durch Bauprojekte

Dem stimmt Norbert Gebbeken, Bauingenieur und Professor an der Universität der Bundeswehr München, zu. Eine attraktive Stadt der Zukunft müsse ökologisch, digital und terrordischer sein, so seine These. Er empfiehlt Räume zur Begegnung zu schaffen, wie Parks oder offen gestaltete Busstationen, Urban Farming zu fördern und gleichzeitig Angststräume wie dunkle Unterführungen umzugestalten. Eines der aktuellsten Themen der zukünftigen Stadtentwicklung hatte Tagungsinitiator Siegfried Balleis selbst mitgebracht. Der Erlanger Alt-Oberbürgermeister ist Sonderbeauftragter des Sofortprogramms „Saubere Luft 2017-2020“ der Bundesregierung. Die kurzfristige Verbesserung der Luftqualität in deutschen Städten hält er für ein „Schulbeispiel für Politikverschränkung“, denn der Bund stellte die Finanzierung zur Verfügung und die Kommunen sollten Projektideen liefern – eine Chance, die laut Balleis nur noch mehrfacher Aufforderung wahrzunehmen wurde. Dennoch bewarben sich mehr als 60 Städte um Förderungen unter anderem zur Digitalisierung des Verkehrs, der urbanen Logistik und der Radverkehrsförderung. Unter dem Motto „Green City“ seien so viele kreative Masterpläne zur urbanen Mobilität gemeldet worden wie nie zuvor.

Jörg Bierwagen vom Ingenieurbüro Chistofori und Partner im fränkischen Roßtal hat sich intensiv mit der Entwicklung ländlicher Kommunen beschäftigt. Als größte Probleme sieht er neben Überalterung und fehlender Mobilitätsangebote Leerstände und Brachflächen im Ortskern. „Die Bürgermeister müssen sich aktiv mit ihren Dörfern beschäftigen. Das Motto muss sein: Innen vor Außen“, sagt er. Konkret: Bevor ein neues Baugebiet am Ortsrand erschlossen wird, sollten sie prüfen, warum Freiflächen im Zentrum bisher nicht bebaut wurden oder ob alte Höfe wiederbelebt werden können.

Digitalisierung in Stadt und Land

Diane Ahrens leitet den Technologie Campus Grafenau der TH Deggendorf und stellte das vielschichtige Teamprojekt „Das digitale Dorf“ vor. In mehreren Modelldörfern wird eine Fülle digitaler Anwendungen erprobt: von Mobilitätslösungen bis zur Echtzeitübertragung von Gottesdiensten aus der Dorfkirche. In der Gesamtsicht lasse sich sagen: „20 Prozent der Umsetzung digitaler Projekte haben mit IT zu tun, 80 Prozent mit Menschen“. Wolfgang Glock arbeitet bei der Landeshauptstadt an Lösungen, um München zu „Smart City“ zu machen. Zu dem Konzept gehören unter anderem intelligente Lichtmasten, die nicht nur Licht spenden, sondern auch Umweltwerte erfassen. Interessant sei, dass es unterschiedliche Smart City-Kulturen, etwa in den USA, Asien und Europa, gebe – zum Beispiel mit Blick auf den Datenschutz, der in Europa sehr ausgeprägt ist.

Integration kann nur vor Ort stattfinden

Seit 2015 ist auch das Thema Integration auf kommunaler Ebene präsent wie nie. Hubertus Schröder vom Institut – Interkulturelle Qualitätsentwicklung München betonte, dass Integration nur dort stattfinden könne, wo Menschen zusammenleben und -arbeiten. Er betrachtet Migration als Konstante in einer globalisierten Welt und rät Kommunalpolitikern, diese als unumkehrbar anzuerkennen und bei der Integration Führungsverantwortung zu übernehmen. Dazu zähle Visionen, Leitlinien und Ziele zu formulieren und deren Erreichung zu überprüfen ebenso, wie die Bürger zu beteiligen. **□**

Erschließungsbeitragsrecht und Altanlagenregelung:

KPV fordert rechtliche Klarstellung

Im Rahmen der KPV-Sitzung wurde von etlichen anwesenden Bürgermeistern wahrnehmbare Kritik an der Staatsregierung hinsichtlich des Umganges mit dem Erschließungsbeitragsrecht bzw. der Altanlagenregelung in Art. 5a Abs. 7 Satz 2 KAG geübt. In einem Brief an Innenminister Joachim Herrmann bittet deshalb KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle um eine rechtliche Klarstellung des Sachverhaltes.

Laut Rößle „bildet den Hintergrund zum einen ein Schreiben aus dem bayerischen Innenministerium von Anfang November 2018. Darin wird relativiert, was für lange Zeit unumgänglich galt: dass Altstraßen bis 31. März 2021 fertiggestellt und abgerechnet werden müssten. Sollten Kommunen dies nicht tun, könnten Bürgermeister und auch Gemeinderäte für die Einnahmeausfälle haftbar gemacht werden. So traten die Bürgermeister nach außen auch auf und erklärten die Sache für unvermeidlich.“

„Doch in dem Schreiben, das in vielen Rathäusern Unverständnis und auch Ärger ausgelöst hat, hieß es, die Gemeinden seien eben nicht verpflichtet, „zwingend technische Straßenbaumaßnahmen durchzuführen“, so Rößle weiter. Vielmehr gebe es „mehrere Handlungsmöglichkeiten“, je nachdem ob eine technische Fertigstellung bis 1. April 2021 zeitlich möglich, wirtschaftlich sinnvoll und vertretbar sei. Gegebenfalls seien „Prioritäten“ zu setzen. Näher ausgeführt wird das nicht.“

Auch der Bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, MdL, habe öffentlich bekannt gegeben, dass überhaupt keine Erschließungsbeiträge mehr erhoben werden dürften – auch für laufende Maßnahmen nicht. Das verunsichere Kommunen und Anwohner. Die Staatsregierung sollte nach Auffassung der anwesenden kommunalen Mandatsträger eine verbindliche Stellungnahme dazu abgeben, um Klarheit in die laufenden Vorgänge zu bringen.

Besonderes Unbehagen verursachten Rößle zufolge Aussagen von Aiwanger, der in einem Interview heftige Kritik an der kommunalpolitischen Praxis zur Altanlagenregelung übe und hierbei sogar von einer „Vergiftung des Klimas“ von Seiten der Kämmerer sprach. „Dies wollen und können wir als KPV so nicht hinnehmen“, machte der Landesvorsitzende deutlich. **DK**

Richtig bauen mit der Internationalen Handwerksmesse

Klug und sinnvoll planen, Fehler vermeiden, Alternativen kennenlernen und die eigenen Vorhaben mit den richtigen Partnern umsetzen: Die Internationale Handwerksmesse vom 13. bis 17. März 2019 auf dem Messegelände München will dafür sorgen, dass Bauherren richtig entscheiden und die perfekten Unternehmen für das Umsetzen ihrer Bau-, Ausbau- und Modernisierungsprojekte finden.

An den fünf Messetagen baut sie deshalb selbst ein Haus in Halle C3. Besucher können hautnah bei dessen Entstehung dabei sein, sich im dazugehörigen Vortragsforum informieren und finden im Umfeld jede Menge Aussteller mit den passenden Angeboten.

Betretten der Baustelle ausdrücklich erwünscht

„Die Themenfläche ist ein neuer Messe-Erlebnisbereich in Halle C3. Durch die Live-Baustelle sehen Besucher, wie verschiedene Teile eines Gebäudes entstehen und jeden Tag weiterwachsen“, sagt Cornelia Lutz, Projektleiterin der Internationalen Handwerksmesse in München. Dabei zeigen Handwerker und Planer, was es beim Bauen, Modernisieren und Sanieren zu berücksichtigen gilt und welche unterschiedlichen Möglichkeiten es gibt. Beteiligt am Bau sind Zimmerer, Maurer, Dachdecker, Schreiner und Gerüstbauer sowie ein Architekt für die Bauzeitplanung.

Wie arbeiten die Gewerke zusammen, wie stimmen sie sich untereinander ab, was muss unbedingt beachtet werden, welche Möglichkeiten gibt es beim Bauen? Diese und weitere Fragen werden auf der rund 1.000 Quadratmeter großen Fläche umfassend beantwortet. Das Betreten der Baustelle ist dabei üb-

rigens ausdrücklich erwünscht. Den ganzen Tag über finden dort Führungen statt – und von einem Aussichtsturm lassen sich die Arbeiten sogar von oben beobachten. Im Beratungsbereich informieren Experten über Themen wie Baufinanzierung und Bauplanung und die am Bau beteiligten Gewerke beantworten allgemeine und individuelle Fragen rund um den Hausbau oder Hausanbau und das, was auf der Baustelle geschieht.

Vom Baukindergeld bis Wohnen im Alter: Expertenvorträge im Forum

Darüber hinaus gibt es auf der Fläche ein Forum mit täglich wechselnden Vorträgen, vom altersgerechten Wohnen und Wohnen im Alter über das Vermeiden und Trocknen von feuchten Kellern bis zum Baubiologischen Leitfaden für Bauherren. „Preiswert bauen – Gute Architektur muss nicht teuer sein“ lautet beispielsweise der Titel des Vortrags von Gunnar Brand, Architekt, Tischler und Ressortleiter Bauen & Renovieren der Zeitschrift „Das Haus“ am Samstag, 16. März, um 11 und 14 Uhr. Jeder Bauherr, so Brand, sollte sich vorher gut überlegen, wie viele Quadratmeter tatsächlich gebraucht werden, denn die Wohnfläche sei der größte Hebel, um Budget zu sparen. Das ist al-

erdings nicht der einzige Trick, wie sich beim Bauen Geld sparen lässt. Welche weiteren es gibt, verrät der Experte auf der Messe.

Um Finanzierung und Baukindergeld geht es am Freitag, 15. März, um 11 und 14 Uhr im Vortrag von LBS-Finanzexperte Peter Zeiler und Noelani Waldenmaier, Ressortleiterin Baufinanzierung, Geld und Recht bei der Zeitschrift „Das Haus“. Wohnräume, so Zeiler, scheiterten oft weniger am Preis als am fehlenden Eigenkapital. Wer clever ist, nutzt staatliche Hilfen wie Wohn-Riester-Zulagen und das neue Baukindergeld. In seinem Vortrag zeigt er, wie Vermögensbildung mit staatlichen Förderprogrammen gelingen kann und warnt vor folgeschweren Fehlern beim Immobilienerwerb.

Die richtigen Experten für die eigenen vier Wände

Rund um das Haus können sich die Besucher in der gesamten Halle C3 und der Halle C4 auf die Suche nach den richtigen Partnern für ihr eigenes Hausbau-, Hausanbau- oder Modernisierungsprojekt machen, sich informieren und Angebote vergleichen. Denn dort präsentieren sich Aussteller für Bauen, Modernisieren und Sanieren und Themen wie Haustechnik und Energie, Innen- und Außenausbau. Zu sehen sind Lösungen aus den Bereichen Fenster, Türen, Garagentore, Holzböden und Parkett, Fliesen, Kamine und Öfen, Dachbeschichtungen, Dämmung, Haustechnik, Heizungs- und Solaranlagen sowie Fertighäuser. □



Eines der vorgestellten Projekte: Die Grundschule Langenpreising. „GEPLANT“ von hirner & riehl architekten und stadtplaner bda partg mbb in München, „AUSGEFÜHRT“ von der Städtischen Berufsfachschule für das Holzbildhauerhandwerk in München.

Bild: Julia Schambeck, München

Ausstellung „GEPLANT + AUSGEFÜHRT“

Inspiration für kommunale Bauherren

Sie soll Bauherren inspirieren und ist Sinnbild für das geniale Teamwork von Handwerkern und Architekten/Innenarchitekten: Die Ausstellung „GEPLANT+AUSGEFÜHRT“ auf der Internationalen Handwerksmesse stellt 30 bemerkenswerte Bauprojekte aus Deutschland und darüber hinaus vor. Präsentiert werden sie vom 13. bis 17. März 2019 in Halle C3 auf dem Messegelände München. Die besten Projekte werden auf der Messe mit GEPLANT+AUSGEFÜHRT-Preisen ausgezeichnet.

Eine Kirche, die fast skulpturale Kraft entfaltet, ein Holzbau auf einem schwierig zu bebauenden Grundstück, eine Villa mit zwei Gesichtern und ein altes Handwerkerhaus, dem neues Leben eingehaucht wurde: Vier Beispiele aus der Ausstellung GEPLANT+AUSGEFÜHRT, die verdeutlichen, was möglich ist, wenn sich Architekten/Innenarchitekten und Handwerker bei Planung und Ausführung perfekt ergänzen. Auf Schautafeln werden in Halle C3 der Internationalen Handwerksmesse 30 besonde-

re Projekte in Bildern und Skizzen vorgestellt, die für Bauherren aus dem privaten, kommunalen und gewerblichen Bereich Inspiration und Ideengeber sind.

Hofhaus und Haus am See am Bodensee

Eines der vorgestellten Projekte ist ein Gebäude mit zwei Gesichtern am Bodensee. Gemeint damit sind das Hofhaus und das Haus am See. Erdgeschoss und Obergeschoss wurden neu auf dem Altbestand, Keller und Hal-

lenbad, errichtet. Umfunktionierte zum Freibad ist das ehemalige Hallenbad heute Blickfang auf der Nord-Terrasse. Diejenige im Süden gibt den Blick auf den Bodensee frei. Die erstklassige Lage am See hat die Architekten dazu inspiriert, das Element Wasser in nahezu jeder Ecke des Hauses erlebbar zu machen. Für einen tollen Kontrast und eine perfekte Verschmelzung der Gebäudeteile sorgt eine edle Holzfassade.

Handwerkerhaus in Utting

Das im Jahr 1835 entstandene Handwerkerhaus in Utting am Ammersee hatte seine beste Zeit eigentlich schon hinter sich. Doch es bestach durch seine sehr gute Lage im alten Ortskern und einen handgehauenen Dachstuhl im Originalzustand. Deshalb wurde das Gebäude kernsaniert – unter der Vorgabe, die Grundmauern zu erhalten und den historischen Dachstuhl zu sichern. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, vor allem das großzügige Loft mit Blick auf den Dachstuhl.

Kirchenzentrum in Poing

Die Kirche Seliger Pater Rupert Mayer in Poing bei München ist echter Blickfang und wird ebenfalls als bemerkenswertes Teamwork-Projekt auf der Internationalen Handwerksmesse vorgestellt. Als Solitär konzipiert, erhebt sie sich mit ihrer mit weißen Keramikschalen bekleideten Dachlandschaft über dem massiven Sockel aus Nagelfluh und entfaltet so fast skulpturale Kraft. Die weiße Dachkonstruktion und der steinerne Boden- und Wandsockel symbolisieren die Vorstellung von Himmel und Erde. Mit dem Licht spielend wird die Dachlandschaft zur kristallinen „Stadtkrone“ der Gemeinde. □

Machen Sie Ihr Handwerksunternehmen fit für die Zukunft.

Digitalisierung, Technologie, Nachwuchsfrage? Auf der IHM 2019 finden Sie Antworten auf die entscheidenden Fragen der Zukunft – dieses Jahr erstmals im Rahmen einer Halle mit 10.000 m² nur für Fachbesucher.

13. – 17. März 2019
Mittwoch – Sonntag
Messegelände München
www.ihm.de

**INTERNATIONALE
HANDWERKSMESS**

Ihr Treffpunkt des Handwerks.

Erneuerbare Energien in Bayern:

Unter einem gemeinsamen Dach

Hubert Aiwanger und Ilse Aigner beim Gründungsfest

Mit dieser Resonanz hatten die Organisatoren nicht gerechnet: Knapp 200 Teilnehmer waren der Einladung zur Gründungsversammlung der Landesvertretung Bayern des Bundesverbandes Erneuerbare Energien – kurz LEE Bayern (www.ee-bayern.de) – in den Bayerischen Landtag gefolgt. Insgesamt neun Spartenverbände haben im Anschluss an die Redebeiträge die Gründungsurkunde unterschrieben.

Raimund Kamm eröffnete als einer der Sprecher der LEE Bayern die Veranstaltung mit dem Hinweis, dass allein in der bayerischen EE-Branche mehr Menschen beschäftigt seien als in der gesamten Kohleindustrie in Deutschland. Bis vor 200 Jahren seien die regenerativen Energien die einzige Energiequelle in Bayern gewesen – „und in 30 oder 40 Jahren werden wir wieder dort angelangt sein“, gab sich Kamm zuversichtlich. Man dürfe sich allerdings nicht der Illusion hingeben, dass dies ohne Veränderungen in der Landschaft möglich sei. Nichtsdestotrotz sei der Wandel notwendig und unumkehrbar.

Bündelung der Kräfte

Die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, begrüßte die Bündelung der einzelnen Kräfte der EE-Branche. Grundsätzlich sei sie ein Freund der Erneuerbaren. „Im Ziel sind wir uns meistens einig – nur auf dem Weg dorthin und bei der Umsetzung nicht immer“, erklärte Aigner und verwies darauf, dass der Landtag die Interessen aller Bürger vertreten müsse.

Auch Staatsminister Hubert Aiwanger freute sich sehr über die Gründung der LEE und die damit einhergehenden sparten-

brecht Klarheit für den Anwender, er muss wissen was kommt“, unterstrich Aiwanger, „die Politik muss ehrlich an der Seite der EE-Branche stehen und Planungssicherheit geben.“

Die Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energien Simone Peter freute sich über die „vielen engagierten Menschen im Flächenland Bayern“. Ihre Betrachtung der Energiewende ging über die Grenzen des Freistaats hinaus: mit dem Beschluss der Kohlekommission habe man nun zumindest einen Fahrplan, wenn auch mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner; aber immerhin seien alle mit im Boot.

Gute Aussichten

Im finalen „Duett“ brachten es Dr. Petra Hutner vom Windverband und Hermann Steinmaß als Vertreter der Wasserkraftverbände noch mal auf den Punkt: „Erneuerbare Energien in Bayern sind unterschiedlich, innovativ, motivierend, günstig, traditionell, verlässlich, stetig, grundlastfähig und selbstbewusst – viele Akteure mit noch viel mehr Potenzial.“ Es sei aber auch der Aspekt der Versorgungssicherheit zu beachten, für die vor allem die Netzbetreiber verantwortlich sind. Jede Branche und jede Re-

Energiegipfel Bayern:

Startschuss für die Arbeitsgruppen

Aiwanger: „Wir brauchen eine Energiewende in Bayern mit möglichst viel Wertschöpfung vor Ort!“

Im Dezember kündigte Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger den Neustart der Energiewende in Bayern an. Ende März starten nun die angekündigten Arbeitsgruppen. Aiwanger: „Jetzt beginnt die Arbeit! Das Ziel ist klar: Wir wollen ein Gesamtkonzept für die Energiewende, mit sauberer und erneuerbarer Energie, die dezentral in Bayern erzeugt wird und damit Wertschöpfung vor Ort schafft.“

Neben einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien befasst, wird eine Gruppe Lösungen erarbeiten, den Energieverbrauch zu minimieren. Eine weitere Arbeitsgruppe wird Möglichkeiten analysieren, den schwankenden Strom aus erneuerbaren Energien zu glätten und schließlich geht es um die Optimierung der Stromnetze.

Intelligente Netzlösungen nutzen

„Wir wollen systemdienliches Verhalten fördern, uns für Marktchancen für Speicher und Gaskraftwerke einsetzen und intelligente Netzlösungen nutzen. Damit bringen wir nicht nur Angebot und Nachfrage in Einklang, sondern senken auch die Kosten und reduzieren den Netzausbaubedarf“, so Aiwanger weiter. Konkret handelt es sich um folgende vier Arbeitsgruppen:

- AG 1: Erneuerbare Energien-Ausbau in Bayern
- AG 2: Energieeffizienz und Energieeinsparung
- AG 3: Nachfrage- und Angebotsflexibilitäten, insbesondere Speicher
- AG 4: Stromnetzarchitektur, Versorgungssicherheit, Digitalisierung

Sitzungen bis Ende Juni 2019

Die Sitzungen der Arbeitsgruppen werden von Ende März bis Ende Juni 2019 stattfinden. Im Sommer 2019 werden die Ergebnisse der Sitzungen in einer Abschlussveranstaltung präsentiert. In der Folge werden weitere Energiegipfel stattfinden, um Ziele und Fortschritte kontinuierlich zu überprüfen. Selbstverständlich laufen auch jenseits der Arbeitsgruppen viele Aktivitäten des Wirtschaftsministeriums, um die Energiewende voranzutreiben. □

Gemeinschaftsprojekt für den Klimaschutz

Seit 2016 gibt es das Solarpotenzialkataster im Landkreis Ebersberg, seit Sommer 2018 auch im Landkreis München. Mit wenigen Klicks kann jeder das solare Potenzial seines Hausdaches analysieren und erfährt mögliche Erträge, Baukosten und die Wirtschaftlichkeit, wahlweise auch mit einem Batteriespeicher. Eine integrierte Handwerkerbörse listet Fachbetriebe in der Region.

Dass es gemeinsam besser geht, beweist die Aktion „PV-Nachfragebündelung“, die die Energieagentur im Markt Glonn durchgeführt hat. Angefangen hat alles bei einem Fachgespräch Energiewende im März 2018, gefolgt von einer Informationsveranstaltung mit umfassender Beratung.

Die Zahl interessierter Bürger, die ihren eigenen Strom produzieren wollten, übertraf alle Erwartungen. Nun begann die Vorarbeit der Energieagentur: Veronika Bohmann, Energieberaterin mit Schwerpunkt PV, nahm alle Dächer und die zur Installation relevanten Informationen auf und konfigurierte in Abstimmung mit den Teilnehmern die Anlagen. Anschließend wurden für insgesamt 35 Anlagen Angebote eingeholt und bewertet.

Bei einer weiteren Versammlung im Juli entschieden sich die Teilnehmer mehrheitlich für einen Anbieter. Schließlich nahmen 28 Interessierte das Angebot an und beauftragten ihre individuelle PV-Anlage. Knapp Dreiviertel kombinieren ihre neue Solarstromanlage mit einem passenden Batteriespeicher.

Hinter der Aktion, die vor allem eine gute Beratung, Sicherheit bei der Umsetzung und natürlich auch einen Preisvorteil gebracht hat, stehen beeindruckende Zahlen: Insgesamt wurden 250 Kilowatt (Peak) bei einer durchschnittlichen Anlagengröße von fast 9 Kilowatt zugebaut. Damit können jedes Jahr über 100 Tonnen CO₂ vermie-

den werden. Jeder Teilnehmer gleicht damit etwa ein Drittel seines jährlichen CO₂-Ausstoßes aus. Und für die Region bedeutet es überdies eine große Wertschöpfung.

Die nächsten Gemeinden haben bereits ihr Interesse an einer eigenen Nachfragebündelung angemeldet: Als nächstes sind im Frühjahr die Kirchseeoner Bürger eingeladen, gemeinsam die Energiewende ein gutes Stück voranzubringen. □

Mehr Geothermie, weniger Kohle!

Der durch die Bundesregierung beschlossene Kohleausstieg ist durch den Ausbau von Geothermie in den betroffenen Regionen zu begleiten. Geothermie nutzt die vorhandene Fernwärme-Infrastruktur, ist platzsparend und reduziert den Kohlenstoffdioxidausstoß erheblich.

Der Bundesverband Geothermie begrüßt den Plan zum Kohleausstieg. Um Bürgerinnen und Bürger weiterhin mit Wärme zu versorgen, kann die Erdwärme einen maßgeblichen Anteil der Wärmeversorgung übernehmen. Denn weite Teile der derzeit durch Kohleenergie versorgten Regionen liegen im Norddeutschen Becken und in tief unter der Kohle liegenden Carbonatschichten in Nordrhein-Westfalen, die für geothermische Nutzung äußerst geeignet sind.

Insbesondere in Nordrhein-Westfalen mit seiner hervorragenden Fernwärme-Infrastruktur können geothermische Heizwerke nahtlos die Wärmezeugung übernehmen, ohne dass teurer auf andere Energie- und Wärmever sorgungsarten umgestellt

Klima schützen, Kosten sparen

Bundesumweltministerium fördert energieeffiziente LED-Leuchten in Metten, Plattling und Landshut

Die Umstellung von herkömmlicher auf LED-Beleuchtung ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz vor Ort. Metten, Plattling und Landshut gehen hier mit gutem Beispiel voran. Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, übergab den Bürgermeisterinnen der drei niederbayerischen Gemeinden Klimaschutz-Zertifikate über die Treibhausgasersparungen der neuen LED-Beleuchtung. Die Umstellung wurde durch die Kommunalrichtlinie im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums mit insgesamt rund 104.000 Euro gefördert.

Florian Pronold: „Energieeffiziente, moderne Technologien wie die hocheffiziente LED-Beleuchtung schützen nicht nur das Klima, sondern helfen auch dabei, die Gemeindekasse zu entlasten. Das ist eine klare Win-Win-Situation. Ich freue mich sehr, dass Metten, Plattling und Landshut dieses Potenzial erkannt haben und mit gutem Beispiel im Klimaschutz vorangehen.“

Neue Innenbeleuchtung des Rathauses

In der Marktgemeinde Metten hat das Bundesumweltministerium die Umstellung der Innenbeleuchtung des Rathauses auf LED-Lampen mit rund 17.000 Euro gefördert. Von Juni 2017 bis Juli 2018 wurden 88 Lichtpunkte im Rathaus in Metten auf hocheffiziente LED-Beleuchtung umgerüstet. Da die neuen Leuchten ca. 90 Prozent weniger Strom als die Altanlagen verbrauchen, werden dadurch rund 278 Tonnen CO₂ in den nächsten 20 Jahren eingespart. Parlamentarischer Staatssekretär Florian Pronold überreichte die Klimaschutzzertifikate über die eingesparten Treibhausgasen an Mettens Bürgermeister Erhard Radlmaier.

In Plattling wurde die LED-Umrüstung des Verwaltungs- und Betriebsgebäudes des Zweckverbandes für Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung mit rund 53.000 Euro durch die Kommunalrichtlinie der NKI gefördert. Die umfangreiche Sanierung der Innen- und Hallenbeleuchtung des Zweckverbandes wird in den nächsten 20 Jahren rund 3.031 Tonnen CO₂ eingespart. Die Umstellung fand von Oktober 2017 bis September 2018 statt.

Seit 2016 sind in Plattling bereits fünf Projekte aus der NKI mit rund 210.000 Euro gefördert worden. Unter anderem wurden Teile der Straßenbeleuchtung auf LED umgerüstet. Darüber hinaus wird derzeit die Innenbeleuchtung im Bürgersaal von Plattling saniert. Florian Pronold überreichte dem ersten Bürgermeister der Stadt Plattling, Erich Schmid, ein Zertifikat über die Einsparung

von Treibhausgasemissionen. In Landshut sind die Werkstatt des Bauhofs und das Montessori Kinderhaus auf LED-Beleuchtung umgerüstet worden. Dadurch werden in den nächsten 20 Jahren rund 945 Tonnen CO₂ eingespart. Die Gesamtausgaben betragen rund 115.000 Euro, das Bundesumweltministerium unterstützte die LED-Umrüstung mit knapp 34.000 Euro aus der NKI. Die Sanierung fand von März 2017 bis Juni 2018 statt.

Pronold übergab dem Oberbürgermeister der Stadt Landshut, Alexander Putz, ein Klimaschutz-Zertifikat über die Treibhausgasersparungen der neuen LED-Beleuchtung. Insgesamt wurden in Landshut bereits 24 Projekte im Rahmen der NKI mit einem Fördervolumen von rund 1,2 Millionen Euro bewilligt. 2010 erstellte die Stadt beispielsweise ein Energie- und Klimaschutzkonzept, das im Anschluss durch ein Klimaschutzmanagement umgesetzt wurde.

Umrüstung der Straßenbeleuchtung

Darüber hinaus wurden Teile der Straßenbeleuchtung auf LED umgerüstet und mehrere Fahrradabstellanlagen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur errichtet. Mit Unterstützung des Bundesumweltministeriums wird derzeit außerdem ein Radschnellweg mit LED-Beleuchtung gebaut.

Unter dem Dach der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) fördert und initiiert das Bundesumweltministerium seit 2008 in ganz Deutschland Klimaschutzprojekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Bislang wurden mehr als 25.000 Projekte durchgeführt. Kommunen profitieren ebenso wie Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen. Die Sanierung von Beleuchtungsanlagen wird im Rahmen der NKI durch die Kommunalrichtlinie gefördert.

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Förderschwerpunkten: www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie. □



Ilse Aigner begrüßte die Teilnehmer des Gründungsfestes im Senatssaal. Bildarchiv Bayerischer Landtag

übergreifenden Ansprechpartner für sein Ministerium. Die Gründung sei „ein historisches Ereignis – und wurde höchste Zeit.“

In seiner engagierten Rede versprach er neuen Schwung für die bayerische Energiewende. „Es muss wieder an den Stammtischen über die Energiewende geredet werden“, forderte der Minister. „Wir müssen die Menschen mitnehmen und für die Sache begeistern.“ Nur im gesellschaftlichen Konsens könne die Wende gelingen. Dabei verwies Aiwanger auch auf die noch immer gültige und im Koalitionsvertrag festgeschriebene 10H-Regelung für Windräder im Freistaat. Es sei für einen Kommunalpolitiker schwer, Windräder in seiner Gemeinde zu verkaufen. „Wir müssen die Akzeptanz zurück gewinnen“, betonte der Politiker. Geredet sei genug – „jetzt müssen wir es endlich umsetzen.“

Energiewende muss dezentral sein

Applaus bekam Aiwanger für seine Kritik am Ausbau der Übertragungsnetze. „Die Energiewende soll und muss dezentral sein – dann müssen wir auch nicht so viele teure Stromleitungen bauen.“ Damit der Umstieg auf die regenerativen Quellen klappt sei die Politik nun gefordert: „Es

haben ihre besonderen Stärken, die es optimal zu nutzen gelte. Spätestens mit dem Ausstieg aus der Atomkraft im Jahr 2023 muss die Lücke klimafreundlich gefüllt werden. Sie forderten von der Politik Planungssicherheit und Rückendeckung.

Musterbeispiel Praterkraftwerk

Die Gäste hatten vor dem Gründungsfest im Maximilianeum die Möglichkeit, das Praterkraftwerk zu besichtigen. Das unterirdische, geräuschlose und emissionslose Wasserkraftwerk, ein Gemeinschaftsprojekt der Stadtwerke München und der Green City AG, ist ein Musterbeispiel für eine zukunftsfähige Energieversorgung.

Zusammen mit Dr. Christoph Rapp Geschäftsführer des Praterkraftwerks, führten Green City AG-Vorstand Jens Mühlhaus und Unternehmenssprecher Martin Betzold die rund 90 Branchenvertreter in das unterirdische Kraftwerk. Stephanie Jacobs, Umweltreferentin der Landeshauptstadt München, machte deutlich, dass die Energiewende auch in München stattfinden kann und muss, sei es durch die Nutzung von Dachflächen für Solarstrom oder den Ausbau der Geothermie im Stadtgebiet. □

können maßgeblich zum Erreichen dieser Ziele beitragen. Ein weiterer Ausbau verbessert die Klimabilanz Deutschlands und verhindert weitere Umwelt- und Gesundheitsschäden sowie erhebliche Kosten an Schadensregulierungen bzw. Strafzahlungen an die EU, falls man die vorgegebenen Klimaziele nicht einhält.

Gleichzeitig ist angewandte Forschung für Geothermie entscheidend, um Erdwärme weiter international wettbewerbsfähig zu halten. Das geplante Fraunhofer Institut für Geothermie in Nordrhein-Westfalen ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Knappek erläutert: „Ohne Geothermie wird weder die Wärme- noch die Stromwende gelingen. Die Bundesregierung muss jetzt sicherstellen, dass sie die Energiewende voranbringt.“ Oberflächennahe und Tiefe Geothermie kann jetzt schon flächendeckend bei Wärmeversorgung und Stromerzeugung eingesetzt werden. □



Von rechts: Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, Günther Pfefferer, erster Bürgermeister in Monheim, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz.

40 Jahre günstige und nachhaltige Energieversorgung:

erdgas schwaben feiert gemeinsam mit Monheim

Seit 1978 versorgt erdgas schwaben die Stadt Monheim im Landkreis Donau-Ries zuverlässig und sicher mit umweltschonendem Erdgas. Heute verfügt Monheim über mehr als 30 Kilometer Rohrnetzleitungen und mehr als 500 Hausanschlüsse für Erdgas. Dadurch leisten die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Kommune und die Gewerbebetriebe in Monheim einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Vor kurzem begingen erdgas schwaben und die Stadt Monheim – die kleinste Stadt im Landkreis Donau-Ries – das Jubiläum „40 Jahre Erdgasversorgung“ mit einem gemeinsamen Festakt im Rathaus.

gas bieten wir eine nachhaltige Perspektive auch für kommende Generationen. erdgas schwaben war und ist dabei stets ein zuverlässiger Partner für uns.“

Gutschein und Spende

Zuverlässiger Partner

Günther Pfefferer, erster Bürgermeister in Monheim, sagt: „Mit der sicheren und nachhaltigen Energieversorgung mit Erdgas können unsere Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Gewerbebetriebe langfristig planen. Mit der zukunftsorientierten Entscheidung für die klimaschonende Energieversorgung mit Erd-

Pfefferer bedankte sich für die Spende von 1.000 Euro und den Gutschein für eine Vorstellung des Kinder- und Jugendtheaters Eukitea, die Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, beim Festakt übergab. Mit der Spende wird Monheim noch grüner: Das Geld wird für das Ansäen und Anpflanzen von Blühflächen im Monheimer Stadtbereich verwendet.

Wasserkraftwerk Schongau-Dornau:

Tauchen an Lechstaustufe im Rahmen einer „vertieften Überprüfung“

Seit erdgas schwaben im Sommer 2017 vom Papierhersteller UPM vier Wasserkraftwerke in Schwaben erworben hat, sieht sich der regionale Energieversorger neuen Aufgaben gegenüber. So fand jetzt im Rahmen der „vertieften Überprüfung“, die an Wasserkraftwerken alle zehn Jahre vorgeschrieben ist, ein Tauchereinsatz am Wasserkraftwerk Schongau-Dornau, direkt an der Wehrmauer der Lechstaustufe 6, statt. Es galt, die Zuläufe der Füllleitungen der beiden erdgas schwaben Turbinen abzudichten.

Um deren Funktion zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass an einem Wasserkraftwerk der „Antriebsstoff“, also das Wasser, nicht direkt nach unten in die Turbine läuft, sondern erst über einen sog. Heber im Dammbauwerk über das Niveau des oberen Staubereichs „gehoben“ wird und dann hinab zur Turbine fließt. So kann der Zulauf, falls nötig, schnell, sicher und dauerhaft unterbunden werden.

Zusätzliche Sicherheit

Um die Turbinen nach einem Stillstand für das Anlaufen wieder startklar zu bekommen, müssen die Triebwasserröhren

wieder befüllt werden. Hierzu sind die Füllleitungen wichtig, die unter dem Heber hindurch von der Basis der Staumauer zur Wasserzuleitung der Turbine führen. Nach etwa 60 Jahren im Betrieb war es jetzt an der Zeit, die Schieber auszutauschen – und als zusätzliche Sicherheit in jeder Leitung einen zweiten Schieber zu installieren.

Erfahrenes Team

erdgas schwaben hat den technischen Betrieb der Schongauer Turbinen weiterhin der Energie-Abteilung des dortigen Papierwerks übertragen, die auch diese Aktion steuerte. UPM hatte für den erdgas



Zustieg des Industrietauchers hinter der Rechenanlage.

Der nächste Energiediscounter meldet Insolvenz an:

erdgas schwaben fängt Kunden der BEV auf

Der Energiediscounter Bayerische Energieversorgung (BEV) aus München hatte über Wochen mit Negativschlagzeilen auf sich aufmerksam gemacht. Jetzt ist klar: das Unternehmen hat Insolvenz beantragt. Mehr als 500.000 Kunden sind von der Pleite des Billiganbieters betroffen. erdgas schwaben, der Energieversorger für Bayerisch-Schwaben und Teile Oberbayerns sorgt für die sichere Versorgung von geprellten BEV-Kunden.

Mit preisgünstigen Lockangeboten wurde um neue Kunden geworben. Doch die Rechnung ging nicht auf. Preisgarantien wurden nicht eingehalten, Guthaben nicht ausgezahlt sowie Vertragslaufzeiten missachtet. In der Folge kam es zu massiven Preiserhöhungen um z.T. mehrere 100 Prozent. Aufgrund zahlreicher Beschwerden eröffnete die Bundesnetzagentur Mitte Januar ein Aufsichtsverfahren gegen das Unternehmen. Jetzt hat das Unternehmen Insolvenz beantragt. Die jüngste Pleite ist bereits der zweite Ausfall eines Billiganbieters in kurzer Zeit.

Belieferung mit kostengünstigem Strom und Erdgas

Sicher und zuverlässig sorgt erdgas schwaben für die konti-

nuierliche Erdgas- und Stromversorgung in der Region. In den betroffenen Kommunen, Gewerbebetrieben und Haushalten laufen Heizungen und Produktion verlässlich weiter. Die Energie-Kunden und -Kundinnen der insolventen Anbieter in Bayerisch Schwaben müssen nicht befürchten, plötzlich ohne Strom oder Gas dazustehen. Die in vielen Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen als Energieversorger machen erdgas schwaben zu einem verlässlichen Energiepartner für private Haushalte, Unternehmen sowie Einrichtungen der öffentlichen Hand.

Sicher und zuverlässig seit 1857

„Zahlreiche Kunden sind betroffen“, sagt Jens Dammer, Prokurist erdgas schwaben. Er versichert: „Von dem Übergang merken sie erstmal nicht viel. Sie haben es auch bei winterlichen Wetterverhältnissen in jedem Fall warm, und die Produktion läuft weiter. Wir sind für die Menschen in Bayerisch Schwaben da und versorgen die betroffenen Kunden und Kundinnen zuverlässig.“

BDEW-Studie 2018 bestätigt:

Erdgas bleibt Wunschenergie Nummer eins

Bei Temperaturen nur knapp über dem Gefrierpunkt bibbert Groß und Klein, doch daheim ist es schön warm – am liebsten durch Erdgas. Die Energie der Wahl ist Erdgas.

Zu diesem positiven Ergebnis kommt die aktuelle Positionierungsstudie des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), zu der mehr als 500 Eigenheimbesitzer im gasbeheizten Gebiet der Republik, darunter auch unsere Heimat Schwaben, befragt wurden.

Dabei behauptet sich Erdgas erfolgreich im Wettbewerb der Energieträger und überzeugt neben dem Alleinstellungsmerkmal Komfort mit den entscheidenden Kriterien bei der Wahl des Heizungssystems – Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz.

Bereits seit 2007 lässt der BDEW jährlich diese Umfrage zum Thema „Image von Erdgas im Wärmemarkt“ durchführen und die daraus resultierenden Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. So würden unter anderem 90 Prozent der Eigenheimbesitzer, die ihre Immobilie bereits mit Erdgas beheizen, eine Kombination aus Erdgas und Solar wählen.

Erneuerbare Energien durch „Power-to-Gas“ brauchen politischen Rückhalt

Auch in Sachen umweltschonender und erneuerbarer Energie vertrauen die Befragten dabei auf Bio-Erdgas. Ein weiterer Aspekt für erdgas schwaben steht, denn nur mit Gas aus erneuerbaren Energien können die Klimaziele 2050 erreicht werden.

Das ist am preiswertesten mit einem breiten Technologiemix möglich, der Techniken wie etwa Power-to-Gas unbedingt mit einbezieht.

„Wir verfügen bereits über detaillierte Erfahrungen mit und ein umfassendes Wissen über Power-to-Gas“, sagt Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben. „erdgas schwaben war federführend an der Power-to-Gas-Demonstrationsanlage der Thüga-Gruppe beteiligt. Mit der hoch effizienten Technologie rückt die Energiewende in greifbare Nähe. Wenn die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft.“

Thermografie immer wichtiger

Äußerst zufrieden zeigen sich die Eigenheimbesitzer zudem in sämtlichen Bereichen, wobei die Punkte Fördermanagement, Finanzierung und Einmalförderung als die attraktivsten Zusatzleistungen rund um die neue Heizung wahrgenommen werden. Dabei spielt beispielsweise die Thermografie eine immer größere Rolle.

Tank neue Energie!

Komm zu erdgas schwaben!



Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

Wasserkraft hat Zukunftspotenzial

Solche aufwändigen Wartungsarbeiten stellen für Christian Arlt, den Sprecher der Geschäftsführung von schwaben regenerativ, einer 100-prozentigen Tochter von erdgas schwaben, den Erwerb der Wasserkraftanlagen nicht in Frage. „Wasserkraft hat als 100 Prozent regenerative Energie einen guten Ruf in der Region und ist voll grundlastfähig, liefert also rund um die Uhr Energie“, hebt Arlt hervor. Zudem habe Wasserkraft Zukunftspotenzial. Es sei also durchaus vorstellbar, dass erdgas schwaben bei Gelegenheit weiter in Wasserkraftwerk investiert.

Regionalkonferenz in Bayreuth:

„Energiewende Oberfranken“

Die Regierung von Oberfranken stellte im Rahmen ihrer diesjährigen Regionalkonferenz „Energiewende Oberfranken“ eine Auswahl von Schwerpunkten der kommunalen Energiewende vor. Vertreter der oberfränkischen Kommunen und Stadtwerke, der IHK für Oberfranken Bayreuth und der staatlichen Behörden informierten sich darüber, wie die Umsetzung der Energiewende auf kommunaler Ebene gelingen kann. Hierfür hatte die Regierung zahlreiche Fachreferenten und Experten aufgebildet, mit denen die Teilnehmer intensiv diskutierten.

Regierungsvizepräsident Thomas Engel wies eingangs darauf hin, dass es häufig zu beobachten sei, dass kommunale Energiekonzepte, die der Freistaat Bayern fördert – unabhängig von ihrer Qualität – in der Schublade landeten. „Heute wollen wir zeigen, wie die Konzeptumsetzung – und damit die Energiewende insgesamt – auf kommunaler Ebene gelingen kann“, betonte Engel.

„Energierregion Südliche Fränkische Schweiz“

Nachdem Gerd Schneider, Bürgermeister der Gemeinde Mermelsdorf, gemeinsam mit Dominik Böhlein von der Energievision Franken GmbH in Weißdorf die erfolgreiche Umsetzung des Energienutzungsplans in Mermelsdorf präsentiert hatte, zeigten Michael Breitenfelder und Ralf Deuerling (ebenfalls Energievision Franken GmbH) anhand des interkommunalen Energiekonzepts „Energierregion Südliche Fränkische Schweiz“, dass auch eine frühzeitige Einbindung der Bürger vor Ort ein Erfolgskriterium darstellt.

Aus der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz heraus haben sich hierfür die Stadt Gräfenberg, die Märkte Hiltlpoltstein und Igensdorf sowie die Gemeinde Weißenhohe zusammengeschlossen. Die Bedeutung der meist auf-

wändigen Datenerhebung dürfte dabei keinesfalls unterschätzt werden, um Potenziale in allen Sektoren – Strom, Wärme und Mobilität – sichtbar zu machen, hob Markus Ruckdeschel von der Energieagentur Nordbayern GmbH in Kulmbach hervor. Eine gute Datengrundlage sei zudem die Voraussetzung für weiterführende Fördermaßnahmen und lohne sich daher mehrfach.

Im Rahmen von Energiekonzepten wird die Kläranlage in aller Regel als größter Einzelstromverbraucher in der Gemeinde identifiziert. Stefan Bleisteiner vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg zeigte auf, wie ein großes Potenzial zur Energieeinsparung, aber auch zur Energieerzeugung in den Kläranlagen steckt – zum Beispiel durch Verstromung des Faulgases. Dieses Potenzial sei in vielen bayerischen Kläranlagen noch ungenutzt.

Sein Fazit: Kommunen können einen Beitrag zur Energiewende leisten und Kosten sparen, wenn sie die Energie im Abwasser nutzen und den Energiebedarf der Abwasseranlagen optimieren. Der Grundsatz müsse lauten, Anforderungen an die Abwasserreinigung nicht den Zielen der Energieeffizienz unterzuordnen. Auch unter dieser Prämisse seien bei Kläranlagen noch energetische Optimierungen möglich. Energiecheck und Energieanalyse seien sinnvolle Instrumente zur Steigerung der Energie-

effizienz auf Abwasseranlagen. Die Abwasserbeseitigung stelle nicht nur eine lästige Pflicht dar, sondern biete auch Gestaltungsmöglichkeiten.

Wie die Umsetzung in der Praxis auch wirtschaftlich funktioniert, demonstrierte Matthias Kraft von der Firma BAUR CONSULT in Pegnitz anhand zahlreicher Beispiele wie dem Ausbau und der Erweiterung der vorhandenen Kläranlage in Trockau im Jahr 2012.

Der Ausbau der Kläranlage (Ausbaugröße: 1.600 EW) wurde durch die gestiegene Abwasserbelastung und die erhöhten Anforderungen an die Ablaufqualität des Abwassers notwendig. Planungsziel war, eine energetisch weitest gehende optimierte Anlage zu konzipieren.

Kläranlage Trockau

Die Kläranlage Trockau wurde im Rahmen eines innovativen Ausbaukonzepts modernisiert und während des laufenden Betriebs beispielsweise mit zwei Behandlungsanlagen im Aufstaubetrieb erweitert. Der bei der Abwasserbehandlung entstehende Klärschlamm wird nicht mehr vor Ort behandelt, sondern in der Kläranlage in Pegnitz energetisch genutzt. Die Modernisierung der Anlage in Trockau ist ein wichtiger Schritt beim Umstieg auf eine effiziente, energiesparende Abwasserreinigung im Stadtgebiet. So bleiben die Betriebskosten weiterhin gering. Insgesamt wurden für den Umbau 1,4 Millionen Euro investiert. Im Rahmen des Innovationspreises Abwasser 2012 erhielt die Stadt Pegnitz für die Umplanung und Erweiterung der Kläranlage Trockau eine Sonderförderung.

Laut Michael Eckardt, Ge-

schäftsführer der Stadtwerke Rödental, ist das Know-how vorhanden, man muss es nur den richtigen Leuten vermitteln. In der oberfränkischen Stadt wird beispielsweise der Klärschlamm mit einer Presse entwässert und anschließend von der Sonne getrocknet. Dies spart hohe Entsorgungskosten und liefert nebenbei einen hervorragenden Brennstoff.

Elektromobilität

Nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Schadstoff- und Dieseldiskussion legen auch die Kommunen ihr Augenmerk zunehmend auf die Elektromobilität. Guido Weißmann von der Kompetenzstelle Elektromobilität Bayern in Nürnberg bezeichnete die gängigen Vorurteile als „Fake-News“. Im Betrieb seien Elektroautos beispielsweise wirtschaftlicher und langlebiger als die herkömmlichen Verbrenner. Claus Schwarzmann, Bürgermeister des Marktes Eggolsheim, bestätigte dies. Sein kommunaler Fuhrpark fährt bereits seit einigen Jahren elektrisch, mittlerweile sind sechs E-Fahrzeuge im Einsatz.

Wie man mittels Fuhrparkanalyse die Möglichkeiten zur Umrüstung ermittelt und welche kommunalen Elektrofahrzeuge es derzeit auf dem Markt gibt, darüber informierte Annette Schwabenhaus aus Lappersdorf, freiberufliche Beraterin für Elektromobilität (HWK). Wissenswertes über die Ladetechnik vermittelte Bernd Zeilmann, Obermeister der Innung für Elektro- und Informationstechnik Bayreuth.

Ergänzt wurde die Expertenrunde durch Frank Berlps von der Energievision Frankwald e.V. in Kronach (Projekt „E-Lenker sind Zukunftssender“), Andreas Eichhorn von der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung (Projekt „landmobile“) und Robert Martin, unter anderem Geschäftsführer der Klimaallianz Bamberg und der Regionalwerke Bamberg GmbH, der mit seinem 10-Punkte-Programm (zum Beispiel Einführung eines landkreisweiten kommunalen Carsharings) Maßstäbe gesetzt hat.

„WUNSIEDLER WEG“

Marco Krasser, Geschäftsführer der Stadtwerke Wunsiedel GmbH, stellte schließlich mit dem „WUNSIEDLER WEG“, der Gesamtkonzeption der Energiewende und ihrer Umsetzung in der Stadt Wunsiedel, ein best-practice-Beispiel aus Oberfranken vor, das Besuchergruppen aus aller Welt anzieht. Statt „Energiewende“ spricht Krasser lieber von „Energiezukunft“. Und diese müssten auch die vielen dezentralen Energieerzeuger wie die Kommunen mitgestalten.

Mit dem „Wunsiedler Weg Energie 2.0“ wird eine konsistente Klima- und Energiestrategie bis 2030 umgesetzt. Ziel ist eine weitgehend unabhängige Energieversorgung für die Region und der Ausbau der Stützfunktion für das übergeordnete Netz. Dafür werden die erneuerbaren Energien vor allem mit Bürgerbeteiligungsmodellen ausgebaut und durch mehrere Biomasse-BHKW hohe Regelleistungskapazitäten geschaffen, um Schwankungen in Netz auszugleichen und die Wärmeversorgung zu garantieren. So werden alle Erzeuger, Speicher und Verbraucher über das eigene glasfaserbasierte Kommunikationsnetz verbunden, um den Energiebedarf untereinander abzustimmen. Eine Vielzahl von Energieeffizienzmaßnahmen sowie das Engagement für den Ausbau der Elektro- und Gasmobilität runden den ganzheitlichen Ansatz der SWW Wunsiedel GmbH ab. **DK**



Günzburgs Oberbürgermeister Gerhard Jauernig (2.v.l.), Johann Stelze, Vorstand der Stadtwerke Günzburg (links), Landtagsabgeordneter Alfred Sauter (2.v.r.) und LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher (rechts) nehmen die neue Gleichstrom-Schnellladestation am Bahnhof in Betrieb. Sie ist eine von sieben neuen LEW-Ladestationen in Günzburg. Bildnachweis: LEW / Bernhard Weizenegger

Ladenetz in Günzburg deutlich erweitert

Lechwerke nehmen zwei Gleichstrom-Schnellladestationen und fünf Wechselstrom-Ladesäulen in Betrieb

Das Angebot an Lademöglichkeiten für Elektroautos wurde in Günzburg deutlich ausgebaut: Sieben Stromtankstellen mit insgesamt 13 Ladepunkten haben die Lechwerke (LEW) gemeinsam mit verschiedenen Partnern in Betrieb genommen: zwei Gleichstrom(DC)-Schnellladesäulen und fünf Wechselstrom(AC)-Ladesäulen. Sie werden alle über das „Bundesprogramm Ladeinfrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gefördert. Im Rahmen des Förderprogramms hat LEW in den vergangenen Monaten in der gesamten Region insgesamt rund 60 neue Ladestationen (= 120 Ladepunkte) errichtet, davon 18 Gleichstrom-Schnellladesäulen.

„Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur ist für den Erfolg der Elektromobilität ganz entscheidend“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Wir sind größter Betreiber öffentlicher Ladeinfrastruktur in der Region und Vorreiter in Sachen Elektromobilität. Mit unseren 270 Ladepunkten liegen wir beim Aufbau der Ladeinfrastruktur in unserer Region voll im Plan. Nun sind die Automobilhersteller am Zug, attraktive und bezahlbare E-Autos auf den Markt zu bringen. Dann wird sich die Elektromobilität in den nächsten Jahren sehr dynamisch entwickeln.“

Flächenkonzept

Das eigens entwickelte Flächenkonzept besteht aus einer Mischung von Gleichstrom-Schnellladestationen (DC-Ladestationen) entlang der Autobahnen und Fernstraßen sowie in Städten und Wechselstrom-Ladestationen (AC-Ladestationen) in den ländlichen Gebieten. Mit den neuen Stromtankstellen wird die Infrastruktur dem erwarteten zukünftigen Bedarf angepasst. Die Strommengen für alle LEW-Ladestationen werden ausschließlich regenerativ erzeugt, so dass CO₂-freies Fahren möglich ist.

Eine der beiden neuen Gleichstrom-Schnellladestationen in Günzburg steht beim Landgasthof Hotel Linde im Ortsteil Deffingen in der Hauptstraße 2. „Durch die unmittelbare Nähe zur A8 und B16 ist unser Standort ideal für eine Schnellladestation. Die Fahrer der E-Autos können sich in unserem Gasthof stärken oder eines von vielen anderen Angeboten nutzen, während sie ihr Fahrzeug laden“, sagt Elmar Iutzenberger, Eigentümer und Betreiber des Landgasthof Hotel Linde. Dank Schnellladetechnologie und einer Leistung von bis zu 50 Kilowatt dauert es an den neuen Gleichstrom-Schnellladestationen durchschnittlich nur 20 Minuten, bis der Akku eines Elektroautos zu 80 Prozent aufgeladen ist.

Die andere Gleichstrom-Schnellladestation befindet sich am Parkplatz vor dem Bahnhof (Ecke Siemensstraße). An diesem Standort steht außerdem eine der fünf neuen Wechselstrom-Ladestationen. Diese und zwei weitere Wechselstrom-Ladesäulen – eine vor dem Rathaus am Schlossplatz und eine am öffentlichen Parkplatz in der Schlachthausstraße – nahm LEW in Kooperation mit der Stadt Günzburg in Betrieb. Diese AC-Ladesäulen verfügen jeweils über zwei Ladepunkte mit einer Leis-

tung von jeweils bis zu 22 Kilowatt. In Kooperation mit den Stadtwerken Günzburg (SWG) ging eine weitere AC-Ladesäule beim SWG-Verwaltungsgebäude in der Heidenheimer Straße 4 in Betrieb sowie eine Ladebox mit einem Ladepunkt (ebenfalls mit einer Leistung von bis zu 22 Kilowatt) in der städtischen Tiefgarage am Stadtberg 26.

Mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur will die Stadt einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. „Als ausgezeichnete europäische Energie- und Klimaschutzkommune wollen wir die nötige Infrastruktur bereitstellen, damit mehr Leute auf Elektroautos umsteigen“, sagt Günzburgs Oberbürgermeister Gerhard Jauernig. „Mit der schnellen Umsetzung unseres Ladeinfrastrukturkonzepts nimmt die Stadt Günzburg eine Vorreiterrolle in Nord-Schwaben ein, vor allem in Bezug auf die Ladesäulendichte: 27 Ladepunkte stehen nun bereit.“

Weitere öffentliche AC-Ladestationen von LEW gibt es in Günzburg auf dem Parkplatz an der Kapuzinermauer, bei der Firma Axa beim Legoland und an der Fertighauswelt. Im Landkreis Günzburg sind weitere öffentliche LEW-Ladesäulen in Burgau (2), Gundremmingen, Ichenhausen (2), Jettlingen-Scheppach, Krumbach (4, davon eine 1 DC-Ladesäule), Offingen und Thannhausen zu finden.

Bezahlmodus

Bezahlen können Fahrer von Elektroautos das Laden mithilfe der App „eCharge“ von innogy über Kreditkarte oder Paypal. Alternativ können Kunden mit dem Vertrag „LEW Autostrom“ oder der „LEW Autostrom Monatsflat“ für einen Pauschalpreis diese Ladestation unbegrenzt nutzen, ebenso wie rund 4.900 weitere Ladepunkte des innogy-Ladeverbands. Auch Kunden mit dem Vertrag „LEW Business Autostrom“ können hier vertragsbasiert laden. Darüber hinaus ist die Ladesäule in das größte deutsche Roamingnetzwerk von Hubject eingebunden und kann somit auch von Kunden anderer Mobilitätsanbieter genutzt werden.

Die rund 60 neuen Ladesäulen, die LEW in der Region in Betrieb genommen hat, kosten insgesamt rund 1,5 Millionen Euro und werden im Rahmen der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge mit rund 640.000 Euro durch das Bundesverkehrsministerium gefördert. **□**

Sonnenkampagne des Landkreises Dillingen a.d. Donau

Interaktives Solarkataster liefert den Hausbesitzern ab sofort per Mausclick kostenlos Informationen zur Planung der eigenen Photovoltaikanlage

Ab sofort können alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Kommunen des Landkreises ein interaktives Solarkataster nutzen, um virtuell eine Photovoltaikanlage auf ihrer eigenen Immobilie zu planen. Damit setzt der Landkreis ein Projekt im Rahmen der Sonnenkampagne um, mit dem der Energiewende auf regionaler Ebene ein weiterer Impuls gegeben werden soll.

„Mit der Sonnenkampagne verfolgen wir das Ziel, die Energiewende in der Region weiter aktiv umzusetzen, das vorhandene Erzeugungspotenzial zu nutzen und damit die Wertschöpfung in der Region weiter zu erhöhen“, betonte Landrat Leo Schrell bei der offiziellen Vorstellung des Katasters. So ergab eine durch das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (ezal) erstellte Energiebilanz für den Landkreis Dillingen, dass Photovoltaikanlagen stromseitig das höchste Erzeugungspotenzial in der Region haben. Eine weitere Erkenntnis aus der Bilanz war, dass für ein Erreichen der Klimaschutzziele der Anteil der erneuerbaren Energien deutlich erhöht werden muss. Basierend auf der Energiebilanz wurde durch die Wirtschaftsförderstelle des Landratsamtes und ezal ein Konzept für eine Sonnenkampagne erstellt, das der Umweltausschuss des Landkreises in seiner jüngsten Sitzung zur Umsetzung beschlossen hat.

Christian Weber von der Wirtschaftsförderstelle betonte, „dass durch die Sonnenkampagne insbesondere die Privatbürger auf das Potenzial auf ihren Hausdächern aufmerksam gemacht werden sollen. Durch die Kampagne wird deutlich aufgezeigt, dass die Sonnenstromnutzung auf dem eigenen Hausdach nicht nur ökolo-

gisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich rentabel ist.“ So erläuterte Weber, dass die Preise für die PV-Module in den letzten Jahren stark gesunken seien, was insbesondere die Anlage in Kombination mit der Eigenstromnutzung zu einer lukrativen Investition in eine nachhaltige Zukunft mache.

Mit Solarkataster virtuell eigene PV-Anlage planen

Mit dem Solarkataster für den Landkreis Dillingen a.d. Donau können die Bürgerinnen und Bürger ab sofort virtuell eine eigene PV-Anlage planen. Es wird veranschaulicht, welche Potenziale das eigene Hausdach zur Nutzung der Sonnenenergie bietet und wie viel Strom selbst erzeugt werden kann.

Das Online-Kataster basiert dabei auf Laserscandaten, die von einem Flugzeug aus gewonnen wurden. Daraus entstanden interaktive Karten, auf denen für jedes Gebäude verzeichnet ist, wie geeignet es für die Gewinnung von Solarenergie ist. Jeder Hausbesitzer kann virtuell eine Photovoltaikanlage konfigurieren und simulieren und erfährt zudem mit dem Wirtschaftlichkeitsrechner, welche Renditen mit der Investition möglich sind. Das Solarkataster kann kostenfrei im Internet

unter www.landkreis-dillingen.de, Rubrik Wirtschaft & Energie, Menüpunkt „European Energy Award“ – Sonnenkampagne aufgerufen werden.

Landrat Leo Schrell kündigte anlässlich der offiziellen Vorstellung des Solarkatasters Informationsabende in fünf Landkreiskommunen an, die im Rahmen der Sonnenkampagne stattfinden werden. „Damit tragen wir die Kampagne in die Fläche und bieten den Bürgerinnen und Bürgern Informationsmöglichkeiten unmittelbar vor der eigenen Haustür“, so der Landrat. Mit der Freischaltung des Solarkatasters ist auch der offizielle Startschuss für die Informationsveranstaltungen gefällig, die u.a. im Rahmen der bewährten Vortragsreihe „Energiewende selbstgemacht“ gehalten werden. Die Vortragsabende unter dem Motto „Photovoltaik, Stromspeicher und Elektromobilität“ werden federführend durch das Energie- und Umweltzentrum Allgäu gehalten und befragen sich mit den elementaren Fragen rund um die Chancen der Eigenstromnutzung.

Landrat Leo Schrell dankte zudem der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen a.d. Donau für die finanzielle Unterstützung der Sonnenkampagne und des Solarkatasters. Ebenso dankte der Landrat dem Energie- und Umweltzentrum Allgäu sowie der LEW AG, der Erdgas Schwaben GmbH, der EnBW ÖDR und der GP Joule GmbH für die Bereitschaft, die Sonnenkampagne als Kooperationspartner zu unterstützen. **Hurler**

Projekt der Stadtwerke und der Wohnbaugruppe Augsburg:

Wenn „grüner“ Strom als Erdgas gespeichert wird

Die Stadtwerke Augsburg (swa) haben mit der Partnerfirma EXYTRON weltweit erstmals eine dezentrale Power-to-Gas-Anlage in eine bestehende Wohnanlage eingebaut und in Betrieb genommen. Damit kann eine Herausforderung der Energiewende gemeistert werden: Überschüssiger, regenerativ erzeugter Strom wird in synthetisches Erdgas umgewandelt und kann damit vor Ort gespeichert werden. Die Verbrennung erfolgt dann in einem marktüblichen Blockheizkraftwerk und Brennwertthermen. Damit werden in der seit 1974 bestehenden Wohnanlage der Wohnbaugruppe Augsburg über 180 Bewohner in 70 Wohnungen klimafreundlich mit Strom und Wärme versorgt.

„Ich freue mich, dass dieses wegweisende Projekt als Kooperation von zwei städtischen Unternehmen umgesetzt wird“, erklärt Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl bei der Inbetriebnahme. „Diese innovative Smart-Energy-Technologie ist ein enormer Gewinn für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung in Augsburg“, so Stadtwerke-Geschäftsführer Alfred Müllner. „Sie reduziert den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂), Stickstoffoxid und Feinstaub um bis zu 100 Prozent.“ Und die Anlage ermöglicht „die Energiewende für Alle“, so Müllner, auch für Mieter in Mietwohnungen.

In einem zunächst (nach KfW 100) sanierten Wohnblock mit knapp 5.400 Quadratmetern Wohnfläche der Wohnbaugruppe in der Augsburger Marconistraße wurde eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert. Der Strom wird bevorzugt direkt von den Mietern verbraucht oder dazu genutzt, um in einer Elektrolyseanlage Wasserstoff zu erzeugen. Dieser wird umgehend

mit dem Kohlendioxid aus der späteren Verbrennung zu synthetischem, regenerativem Erdgas umgewandelt und kann problemlos gespeichert werden. Bei Bedarf wird aus dem so gewonnenen Erdgas mit einem Blockheizkraftwerk und Brennwertthermen Wärme und Strom für die Mieter erzeugt.

Ein geschlossener Kreislauf

„Bei dem System handelt es sich um einen geschlossenen Kreislauf“, erklärt Stadtwerke-Projektleiter Karl-Heinz Viets. „Die Abwärme aus der Elektrolyse und Methanisierung wird ebenfalls als Wärme für das Haus genutzt und das freiwerdende CO₂ aus der Verbrennung im Blockheizkraftwerk und den Brennwertthermen wird aufgefangen und als Wertstoff ständig wieder für die Produktion von synthetischem Erdgas aus Wasserstoff eingesetzt. Zudem entstehen bei der Verbrennung von regenerativem Erdgas kein Stickoxid und keine Feinstäube.“

Nutzungsgrad von rund 90 Prozent

„Das Besondere: Der Strom aus der Photovoltaikanlage aber auch überschüssiger Strom aus dem Stromnetz, lässt sich so kurzfristig und saisonal mit dieser neuartigen Power-to-Gas-Anlage speichern“, erklärt Klaus Schirmer, Vertriebsleiter der ausführenden EXYTRON GmbH. „Und weil jegliche Wärme, die bei dem Prozess erzeugt wird, im Gebäude genutzt werden kann, ergibt sich ein bisher unerreichter Nutzungsgrad von rund 90 Prozent.“

Dieser von dem Rostocker Unternehmen EXYTRON entwickelte hocheffiziente Wirkungskreislauf, kann den CO₂-Fußabdruck des alten, sanierten Gebäudeblocks deutlich auf das vergleichbare Niveau eines im Bereich der Bestandsbauten bisher noch nicht erreichten Passivhaus Plus Standards absenken. Damit kann der erst für das Jahr 2050 vorgesehene Klimaschutzstandard der Bundesregierung sozial verträglich bereits heute für ältere Bestandsbauten umgesetzt werden.

Die Mieter sparen

„Der Vorteil liegt darin, dass sich die Anlage ohne großen Aufwand in bestehende Gebäude einbauen lässt. Als kommunale Unternehmen sehen wir uns in einer Vorreiterrolle, dieses innovative Projekt mitzugestalten. Und das Beste ist: Die Mie-

ter sparen noch dabei“, sagt Dr. Mark Dominik Hoppe. Der Geschäftsführer der Wohnbaugruppe Augsburg betont auch: Sollte der Selbstversorgerzyklus unterbrochen sein, sorgen Strom und Gasanschluss dafür, dass trotzdem Energie und Wärme für die Bewohner verfügbar sind.

Das Pilotprojekt, das die swa zusammen mit der Wohnbaugruppe in Zusammenarbeit mit der EXYTRON GmbH ausführt, wurde von der Projektentwicklungsgesellschaft „energy forever“ (Dr. Johannes Strasser, Gundelfingen) initiiert und begleitet. Die Arbeiten an der Anlage starteten im Frühjahr 2018 und wurden Mitte Februar 2019 in Betrieb genommen. □



V.l.: Alfred Müllner (Geschäftsführer Stadtwerke Augsburg), Dr. Mark Dominik Hoppe (Geschäftsführer Wohnbaugruppe Augsburg), Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl und Klaus Schirmer (Vertriebsleiter EXYTRON). Bild: swa / Thomas Hosemann

GEOVOL:

Bestmarke beim Verkauf von geothermischer Wärme

Das Jahr 2018 endete für den gemeindeeigenen Unterföhringer WärmeverSORGER GEOVOL mit einer neuen Bestmarke: Wie aktuelle Auswertungen der Betriebsdaten zeigen, wurden im vergangenen Jahr 54.650 Megawattstunden (MWh) geothermische Wärme verkauft, rund sieben Prozent mehr als 2017. Damit stieg der Wärmeabsatz in den vergangenen fünf Jahren um 23.315 MWh bzw. knapp 75 Prozent.

Der gestiegene Wärmeabsatz resultiert insbesondere aus dem Ausbau des Versorgungsnetzes. Nachdem der Norden Unterföhrings nahezu flächendeckend erschlossen ist, soll in den kommenden Jahren auch der Süden der Gemeinde komplett versorgt werden können. Bereits jetzt hat das Südnetz eine Länge von 13 Kilometern. Insgesamt versorgt GEOVOL inzwischen über 500 Kunden – vom Einfamilienhausbesitzer über Gewerbetreibende bis hin zu großen Unternehmen wie Allianz oder ProSiebenSat.1.

„In einigen Straßen haben wir inzwischen eine Anschlussquote von 100 Prozent“, freut sich GEOVOL-Kundenbetreuer Falko Faust.

Gerade bei Neubauten kann die Geothermie punkten: Mit einem Primärenergiefaktor der GEOVOL-Wärme von nur 0,3 lassen sich die aktuellen gesetzlichen Vorgaben zur Energieeffizienz und Verwendung erneuerbarer Energien spielend erfüllen.

Neben der Erweiterung des Netzes wurde 2018 auch intensiv in seine Instandhaltung investiert: So ist nicht nur die Druck-

haltung des Nordnetzes erneuert worden, es wurden auch mehrere hundert der insgesamt 800 im Netz verbauten Absperrschieber inspiziert und gewartet. Zudem stand eine ausführliche Begutachtung und Wartung der 2008/2009 erstellten Bohrlöcher an sowie ein Tausch von einer der beiden Tauchkreislaspumpen. „Mit diesen Instandhaltungsmaßnahmen investieren wir in die Zukunft Unterföhrings“, betont GEOVOL-Geschäftsführer Peter Lohr.

Trotz aller Investitionen wird sich die Geothermieanlage bald auch wirtschaftlich für die Gemeinde lohnen: 2023 wird es nach aktueller Prognose den ersten Jahresüberschuss des Unternehmens geben. Gut zehn Jahre später sollen sich alle Investitionen die Geothermie amortisiert haben. □



Prof. Dr. Frank Pöhler, Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH (6.v.l.), und Hans-Joachim Weirather, Landrat des Landkreises Unterallgäu und Präsident des Fischereiverbandes Schwaben e.V. (8.v.l.), übergeben die Spenden in Höhe von insgesamt 10.000 Euro. Bild: LEW/Bernd Feil

LEW Wasserkraft GmbH:

Spende für Umweltbildung und Jugendarbeit

Die LEW Wasserkraft GmbH (ehemals Bayerische Elektrizitätswerke GmbH) spendet insgesamt 10.000 Euro an die Umweltstation Unterallgäu und die Fischereivereine Memmingen und Neugablonz. Der Betrag stammt aus einem Preisgeld, das die LEW Wasserkraft GmbH 2018 erhalten hat: Der Wasserkraftwerksbetreiber wurde hier für seine Projekte zur ökologischen Verbesserung des Lebensraums an der Iller mit dem Umweltpreis der Bayerischen Landesstiftung ausgezeichnet.

Der Betrag geht zur Hälfte an die Umweltstation Unterallgäu in Legau. Dort fließt er in die umweltpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unter dem Themenschwerpunkt „Wasser und Iller“. Die anderen 5.000 Euro teilen sich die Fischereivereine Memmingen und Neugablonz. Hier wird das Geld für die Jugendarbeit verwendet.

Projekt zum Fischmonitoring

Die Spendenempfänger leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Verbesserung des Lebensraums an der Iller. So wirken die Fischereivereine beispielsweise an einem Projekt zum Fischmonitoring mit: Hier beobachten die Mitglieder der Vereine das Wanderverhalten der Fische und prüfen durch systematische Zählungen an den Fischwanderhilfen, ob diese von den Fischen angenommen werden.

Die 10.000 Euro hat LEW Wasserkraft mit der Verleihung des

Umweltpreises der Bayerischen Landesstiftung Ende letzten Jahres erhalten. Ausgezeichnet wurde das Unternehmen für Projekte an der Iller, die zur ökologischen Verbesserung des Flusses beitragen. „Wegweisende Projekte wie an der Iller lassen sich nur gemeinsam mit allen Beteiligten erfolgreich umsetzen. Wir haben hier neue Wege der Zusammenarbeit etabliert, von denen am Ende alle Interessensgruppen profitieren“, sagt Prof. Dr. Frank Pöhler, Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH.

Partner im besten Sinne

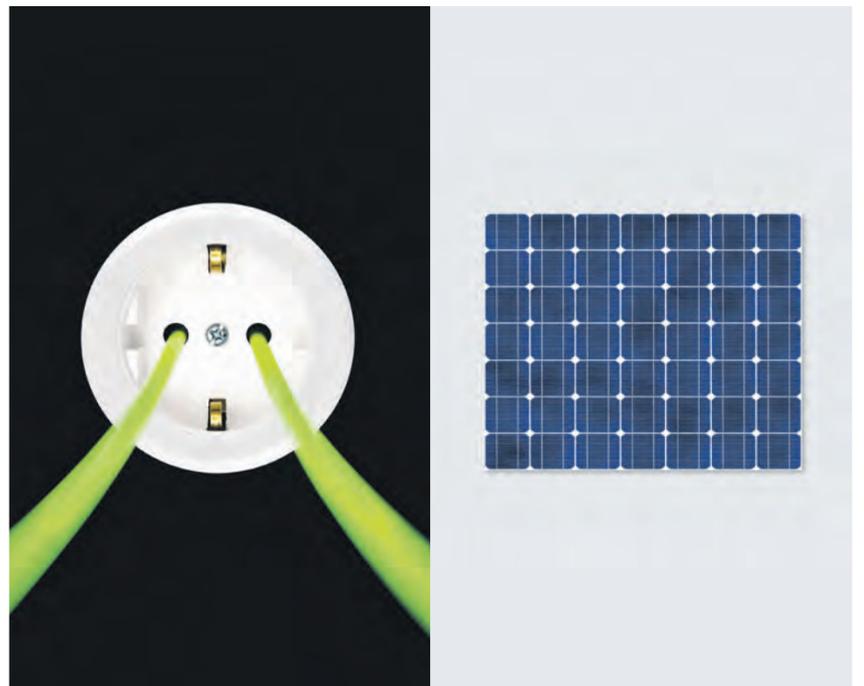
„Der Umweltpreis ist der Verdienst vieler Partner, dazu gehören auch die Umweltstation und die Fischereivereine. Mit unserer Spende möchten wir Danke sagen und den Projektpartnern etwas zurückgeben.“

LEW Wasserkraft ist der erste Wasserkraftwerksbetreiber, der diesen Preis erhält. Gewürdigt wur-

den das herausragende Engagement des Unternehmens sowie der beteiligten Projektpartner an der Iller. Von den Projekten profitierten Natur und Menschen vor Ort gleichermaßen, hieß es in der Laudatio. Die Maßnahmen zeigten, dass sich das Unternehmen seiner Verantwortung für die Ökologie der Iller und den Lebensraum Fluss bewusst sei. Herausgehoben wurde außerdem die vorbildliche Einbindung aller Beteiligten.

Aufgewertete Iller

„Die Projekte und Maßnahmen an der oberen Iller haben viel für die Region bewirkt: Wir konnten ökologisch wertvolle Lebensräume schaffen, die Iller als Ort der Naherholung aufwerten und die Menschen für diesen wertvollen Lebensraum sensibilisieren“, sagt Hans-Joachim Weirather, Landrat des Landkreises Unterallgäu und Präsident des Fischereiverbandes Schwaben e.V.. „Ich freue mich, dass dieses Engagement nun mit dem Umweltpreis gewürdigt wurde und finde es eine schöne Geste, dass LEW Wasserkraft das Preisgeld an diejenigen weitergibt, die sich vor Ort verdient gemacht haben.“ □



WIR FÖRDERN RUND UND ECKIG

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Die Energiezukunft ist dezentral:

Abensberg stellt die Weichen der Energiewende vor Ort

Im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierten Verantwortliche der Stadt Abensberg und der Bayernwerk Regio Energie GmbH als Kooperationspartner das Projekt „CO₂-freies Abensberg“. Unter der Marke „Naturstrom Abensberg“ wird zunächst ein regionaler Strommarkt aufgebaut, der lokale Stromerzeuger und Verbraucher vor Ort zusammenbringt. Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl: „Die Energiewende müssen wir gemeinsam vor Ort anpacken. Der lokale Strommarkt ist ein wichtiger Schritt hin zu einer CO₂-freien Kommune. Und der Auftakt für weitere Maßnahmen, um eine nachhaltige und energieautarke Gemeinde zu entwickeln.“

Die nächsten Schritte hat Abensberg bereits in einem ganzheitlichen Konzept gebündelt. Im gemeinsam mit dem Bayernwerk konkretisierten Projekt „CO₂-freies Abensberg“ werden die Weichen für die nahezu CO₂-freie Energiegewinnung und Energieversorgung der Stadt gestellt. Als wissenschaftlicher Partner fungiert dabei das Institut für

Energietechnik IfE GmbH, Amberg.

Im Fokus stehen zunächst die Bereiche Photovoltaik, lokaler Strommarkt, Mobilität und Wärme. Ziel des Projektes ist es, die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr so zu vernetzen, dass eine nahezu CO₂-freie Energieversorgung erreicht wird. Bürgermeister Brandl ist zuversichtlich, bald

weitere Meilensteine realisieren zu können. „Gemeinsam entwickeln wir Lösungsansätze und pilotieren Projekte, die als Grundkonzept für andere Kommunen genutzt und umgesetzt werden können. Das Bayernwerk steht uns dabei mit seiner Expertise und seinen Leistungen zur Seite. Abensberg bringt seine lokalen Kenntnisse und operative Unterstützung, etwa in den Bereichen Marketing und Bürgerbeteiligung, ein.“

Der Vorstandsvorsitzende des Bayernwerks, Reimund Gotzel, betonte, dass die Energiewende nun in die zweite Runde gehen muss. Nachdem der Fokus viele Jahre auf dem Zubau Erneuerbarer Energien lag und die Energiewende als reine Stromwende gesehen wurde, gelte es nun, Strom, Wärmenutzung, Verkehr, Wohnen und Leben konzeptionell zusammenzubringen.

Energie aus der Heimat

„Die Energiezukunft vernetzt unterschiedliche Wirtschafts- und Lebensbereiche. Wohnen, Mobilität und Energie verstehen wir als Teile ein- und desselben Systems. Das ist die energetische Zukunft Bayerns, die vor Ort beginnt. Sie ist regenerativ, digital, nah und vor allem ist sie menschlich. Es gibt ein Bedürfnis der Menschen nach Nachhaltigkeit, Klimaschutz, regionaler Nähe, Effizienz, aber auch nach Komfort und Wohlbefinden. Die Menschen wollen Energie aus der Heimat. Dort erzeugt, dort verbraucht“, so Gotzel.

Die Stadt Abensberg schlägt mit ihrem Konzept für eine nahezu CO₂-freie Kommune diesen Weg konsequent ein und werde so zu einem Symbol für die bayerische, dezentrale Energiezukunft. Reimund Gotzel: „Wir sind sehr stolz, als Partner den Abensberger Weg mit unserem EnergieMonitor und unserem lokalen Strommarkt technologisch zu begleiten. Gemeinsam schaffen wir ein nachhaltiges, klimafreundliches und innovatives Energiesystem, und das auf lokaler Ebene gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern. Das ist der alleinige Schlüssel zu einer echten Energiewende. Unser Konzept eines lokalen Strommarkts will genau das: vernetzen, zusammenführen und einbinden.“



V.l.: Thomas Oppelt (Bayernwerk Regio Energie GmbH), Dr. Alexander Fenzl (Mitglied der Geschäftsführung Bayernwerk Natur Energie GmbH, Bereichsleiter Unternehmensentwicklung Bayernwerk AG), Silvia Fränkel und Carolin Wohlgemuth (Stadtmarketing Abensberg), Reimund Gotzel (Vorstandsvorsitzender Bayernwerk AG), Dr. Uwe Brandl (Erster Bürgermeister Stadt Abensberg) und Hans Schmid (Leiter Stadtwerke Abensberg).

Bild: Ingo Knott, Stadt Abensberg

Strom-Konzession:

Adelzhausen schenkt Bayernwerk das Vertrauen

Die sichere Stromversorgung der Gemeinde Adelzhausen im schwäbischen Landkreis Aichach-Friedberg ist auch in Zukunft Aufgabe des Bayernwerks. Bürgermeister Lorenz Braun und Ursula Jekelius, Regionalleiterin Kommunalmanagement Bayernwerk, haben im Rathaus gemeinsam mit Kommunalbetreuerin Carolin Kaiser von der Bayernwerk Netz GmbH den neuen Konzessionsvertrag unterzeichnet. Die Laufzeit beginnt im November 2021 und beträgt 20 Jahre.

Die Gemeinde räumt mit der Vergabe der Konzession dem regionalen Netzbetreiber formal das Recht ein, ab 2021 weiterhin das Stromnetz auf ihrem Gebiet zu betreiben sowie Versorgungsanlagen und Leitungen auf gemeindlichen Wegen und Grundstücken für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und der örtlichen Wirtschaft zu errichten.

Wichtiger Schritt in die Energiezukunft

Für das Bayernwerk bedeute diese Verlängerung einen großen Vertrauensbeweis und sei auch ein wichtiger Schritt in die Energiezukunft, erklärte Ursula Jekelius. „Wir freuen uns, dass wir weiterhin der Wunschnachbar der Gemeinde Adelzhausen für den Betrieb des Stromnetzes sind und die Zusammenarbeit für eine sichere Versorgung der Bürgerinnen und

stelle die Leistungsfähigkeit der regionalen Verteilnetze im Zuge der Energiewende vor zunehmende Herausforderungen. „Die Grundlage einer umfassenden Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund der Energiewende sind kontinuierliche Wartung und Instandhaltung der Infrastruktur, der Einsatz innovativer Technologien, ein moderner Netzbetrieb und die strukturelle Nähe zum Netz“, so Kommunalmanagerin Jekelius.

Bürger mit Energie fortsetzen.“ Im gesamten Bayernwerk-Netz speisen insgesamt rund 280.000 dezentrale Erzeugungsanlagen Erneuerbare Energie ein. Dies



Bürgermeister Lorenz Braun und Kommunalmanagerin Ursula Jekelius unterzeichnen den Konzessionsvertrag. 20 Jahre bleiben die Gemeinde Adelzhausen und das Bayernwerk Partner.

Bild: Carolin Kaiser/Bayernwerk Netz GmbH

Energieberatungsgipfel im Oberland 2019

Um sich über den aktuellen Stand der Energieberatung im Oberland auszutauschen, trafen sich die Energieberaterinnen und Energieberater, die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Beratungsstützpunkte sowie die Klimaschutz- und Energiebeauftragten der Landkreise und Kommunen des Oberlandes zum Energieberatungsgipfel in der Stadthalle Penzberg. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Kompetenzzentrum der EWO gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Bayern.

Aktion „Energiekarawane“

Vertreter des Kompetenzzentrums Energie informierten über den derzeitigen Gebäudeenergieverbrauch, mögliche Szenarien und aktuelle Trends in der Region. Mit Zahlen und Fakten zum aktuellen Stand sowie konkreten Angeboten der Energieberatung konnten die Experten der Verbraucherzentrale aufwarten. So berichtete Sigrid Goldbrunner (Verbraucherzentrale Bayern) unter anderem, dass die „Energiekarawane“, wie sie beispielsweise schon in Holzkirchen oder

Unterammergau durchgeführt wurde, eine effektive Aktion sei, Hausbesitzer über Sanierungs- und Energiesparmaßnahmen zu beraten.

Neue Strategien

Bei dem anschließenden regen Austausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde über gemeinsame neue Kampagnen und Strategien beraten. Dabei sind sich alle einig: Das Ziel, den Energieverbrauch im Oberland weiter zu senken, darf nicht aus den Augen verloren werden.



Freuen sich über den Start des „EnergieMonitors“ in Grafenwöhr: Bürgermeister Edgar Knobloch (r.), Michael Wittmann (l.) und Markus Windisch (2. v. l.) vom Bayernwerk sowie Stadtbaumeister Hans Rettinger (2. v. r.).

Bild: Bayernwerk AG

Grafenwöhr behält Energiewende fest im Blick

Stadt schafft mit „EnergieMonitor“ des Bayernwerks Transparenz über örtliche Erzeugungs- und Verbrauchssituation

Grün und regional: Künftig soll auch der Strom am besten direkt vom Nachbarn kommen. Daran arbeitet ab sofort auch die Stadt Grafenwöhr (Landkreis Neustadt an der Waldnaab) mit dem sogenannten „EnergieMonitor“. Als erste Kommune in der Oberpfalz behält die Stadt künftig Energieerzeugung und -verbrauch vor Ort mit dem innovativen Online-Tool des Bayernwerks im Blick – mit klarem Kurs auf die Energiewende „dahoam“.

Möglichst grüne Energie lokal zu erzeugen und zu verbrauchen, dieses Ziel haben Energieversorger und ihre Kunden gleichermaßen. Um auf dem Weg in die Energiezukunft auf Kurs zu bleiben, brauchen Kommunen und Landkreise deshalb zuallererst einen aktuellen Überblick über ihre örtliche Energiesituation. „Mit unserem innovativen EnergieMonitor können wir diese Transparenz schaffen“, verspricht Michael Wittmann vom Bayernwerk, der das Online-Tool im Grafenwöhrer Rathaus präsentierte. „Ich erhoffe mir, dass wir mit dem EnergieMonitor unsere Bürgerinnen und Bürger nachhaltig für die Energiewende vor Ort begeistern“, sagte Bürgermeister Edgar Knobloch beim Startschuss.

Der EnergieMonitor stellt in einer online einsehbaren Übersicht, dem digitalen Dashboard, Energieerzeugung und -verbrauch in einer Kommune oder einem Landkreis übersichtlich dar. So lässt sich mit einem einzigen Blick erkennen: Wie unabhängig kann sich eine Region schon heute mit Energie versorgen? Und wie hoch ist dabei der Anteil erneuerbarer Energien? Die Echtzeiten zu Verbrauch und Erzeugung vor Ort werden dabei im 15-Minuten-Takt aktualisiert. Die Energiewende „dahoam“ kann quasi „live“ mitverfolgt werden. Am Ende eines Tages kann die Region zusätzlich Bilanz ziehen: Wie grün war der örtliche Energiemix heute?

Entwickelt hat der Energieversorger Bayernwerk den „EnergieMonitor“ gemeinsam mit drei Pilotkommunen. Angerei-

chert um die praktischen Erfahrungen aus der Gemeinde Furth, dem Markt Altdorf (beide Niederbayern) und der Stadt Schrobenhausen (Oberbayern) steht das innovative Online-Tool seit her allen Kommunen und Landkreisen im Bayernwerk-Netzgebiet offen. Die Stadt Grafenwöhr ist nun die erste Kommune in der Oberpfalz, die den „EnergieMonitor“ strategisch nutzen möchte.

Lokale Märkte schaffen

Denn der „Live“-Überblick über die örtliche Energiesituation ist nur der erste Schritt auf dem Weg in eine dezentrale Energiezukunft: Ausgehend vom EnergieMonitor möchte das Bayernwerk gemeinsam mit seinen derzeit mehr als 1.200 Partnerkommunen lokale Energiemärkte schaffen, die zum einen regenerative Energien vor Ort fördern und zum anderen die lokale Wertschöpfung unterstützen.

„Lokal erzeugten Strom, am besten direkt vom Nachbarn. Das ist die Vision, die wir mit dem EnergieMonitor und den anstehenden weiteren Schritten hin zum lokalen Energiemarkt vorantreiben“, erklärte Michael Wittmann vom Bayernwerk. „Mit dem EnergieMonitor ermöglichen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über den eingespeisten Energiemix in Grafenwöhr und fördern so gleichzeitig das Energiebewusstsein in der Bevölkerung“, sagte Bürgermeister Edgar Knobloch.

Landkreis Ebersberg ist Energiekommune des Monats

Der Landkreis Ebersberg wurde von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) als Energiekommune des Monats ausgezeichnet. Wie Nils Boenigk, stellvertretender Geschäftsführer der AEE betonte, setzen sich alle 21 Kommunen des Landkreises für die dezentrale Energieversorgung ein. So gelinge die Energiewende vor Ort.

Bis zum Jahr 2030 will der Landkreis Ebersberg bilanziell CO₂-neutral sein. Laut Landrat Robert Niedergesäß „nehmen wir es mit der Energiewende sehr ernst“. Einsparmöglichkeiten müssten ausgeschöpft und der verbleibende Energiebedarf schnellstens mit regenerativen Energien im Landkreis erzeugt werden.

Viruelles Kraftwerk

Auf Chancen weist ein gemeinsam erstellter Energienutzungsplan hin. Projekte werden u.a. von der kommunalen Energiegenossenschaft und den landkreisweiten Bürgerenergiegenossenschaften umgesetzt. Viele der einzelnen Erneuerbaren-Energien-Anlagen sind über ein virtuelles Kraftwerk vernetzt, das in Ebersberg Wasser-, Solar- und Biogasanlagen bündelt und somit zu jeder Zeit in der Lage ist, erneuerbaren Strom zu liefern.

Der Landkreis richtet sein Augenmerk aber auch auf die Erneuerbare Wärmeversorgung. So hat die Gemeinde Moosach in Zusammenarbeit mit der kommunalen Energiegenossenschaft, Bürgerenergiegenossenschaften und der Wirtschaft ein Nahwärmenetz mit Hackschnitzelheizwerk und einer großen Freiflächen-Solarthermieanlage eröffnet. DK

Von der Idee zur Umsetzung:

Technisches Versorgungskonzept für Vaterstetten

Viele Kommunen haben sich ambitionierte Ziele im Rahmen der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien gesteckt. Um diese zu erreichen, wurden häufig bereits Klimaschutzkonzepte sowie Energienutzungspläne erstellt. Um aus den Ergebnissen eines Energienutzungsplans zu einer technischen Umsetzung gelangen zu können, fehlt häufig ein Zwischenschritt in Form eines technischen Versorgungskonzepts, das die Brücke von der Idee zur Umsetzung schlägt.

Auch die Gemeinde Vaterstetten hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 ihre Wärme- und Stromversorgung zu 100 % aus erneuerbarer Energie zu decken. Vor diesem Hintergrund wurde gemeinsam mit der Team für Technik GmbH, München, ein technisches Energieversorgungskonzept erstellt. Dieses stellt für das gesetzte langfristige Ziel des Einsatzes Erneuerbarer Energien sowohl technische als auch wirtschaftliche Lösungen für den Endausbau dar.

Wichtiger Zwischenschritt

Die Ergebnisse des Konzeptes dienen der Gemeinde Vaterstetten als Entscheidungsgrundlage bei der Frage, welche Wärme- und Stromerzeugungskonzepte konkret umgesetzt werden sollen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Es dient daher als wichtiger Zwischenschritt zur konkreten Umsetzung.

Aufbauend auf dem künftigen Wärmebedarf wurden sinnvolle Wärme- und Stromerzeugungskonzepte für eine netzgebundene Wärmeversorgung entwickelt. Dabei wurde, um bereits bestehende konventionelle Wärme- und Stromerzeugungsanlagen in das Konzept integrieren zu können, der Zielwert des Anteils an erneuerbaren Energien an der netzgebundenen Wärme- und Stromerzeugung auf mindestens 75 % bis 2030 festgelegt. Im Feinkonzept wurden unterschiedliche Wärme- und Stromerzeugungskonzepte mit hohen solaren Deckungsgraden und hohen Anteilen von Umwelt-

wärme (Grundwasser) mit einer hauptsächlich auf Biomasse basierenden Wärme- und Stromerzeugung verglichen.

Die angestrebten hohen solaren Deckungsgrade werden dabei über dezentrale Großanlagen und eine Freiflächenanlage außerhalb des Siedlungsgebietes erreicht. Die Nutzung der Umweltwärme erfolgt über gleichmäßig im Netzgebiet verteilte dezentrale Wärmepumpen, die Grundwasser als Wärmequelle nutzen. Gleichzeitig wurde der Einfluss zweier unterschiedlicher Niedertemperatur-Wärmeverteilungen und einer klassischen Wärmeverteilung untersucht.

Grundlage des Einsatzes der Niedertemperatur-Netzvarianten ist eine Analyse der in den jeweiligen Siedlungsgebieten benötigten Vorlauftemperaturen für die Beheizung der Gebäude.

Ausgehend von der Auslegung der einzelnen Wärme- und Stromerzeugungsvarianten und einer Grobdimensionierung der Haupttrassen der Wärme- und Stromverteilung wurden die Investitions-, Betriebs-, Wartungs- sowie Energiekosten der Energieversorgungskonzepte ermittelt. Darauf aufbauend wurde die Wirtschaftlichkeit der Wärme- und Stromversorgung dynamisch über einen Zeitraum von 30 Jahren betrachtet und Wärme- und Stromgestehungskosten berechnet. So konnte gezeigt werden, dass innovative netzgebundene auf erneuerbare Energien Wärme- und Stromerzeugungskonzepte wirtschaftlich betrieben werden können. □

GeoTHERM 2019 in Offenburg:

Einblicke in die Praxis

Als Europas größte Geothermie-Fachmesse mit Kongress bot die GeoTHERM in Offenburg Raum für intensiven Austausch. In rund 40 Fachvorträgen wurden aktuelle Themen und Fragestellungen diskutiert. Dabei kombinierte die Veranstaltung gekonnt die Oberflächennahe sowie Tiefe Geothermie.

Aus der Praxis und im speziellen von der Erschließung der Erdwärme aus Altbergbau berichtete Stefan Pohl vom Ingenieurbüro geo consult. Zahlreiche aufgelassene Bergwerke befinden sich im näheren Umfeld von Bebauung. Die Wohnhäuser oder Gewerbebetriebe im Nahbereich können die im Bergwerk vorliegenden Wasser geothermisch zu Heiz- und ggf. auch Kühlzwecken nutzen.

Am Beispiel der Versorgung eines Rathauses (altes Gebäude mit hoher Vorlauftemperatur) wurde die Planung der Bergwerksgeothermie erläutert. Dazu wurden auch die Aspekte der Wirtschaftlichkeit bei den ursprünglich angenommenen hohen Vorlauftemperaturen erläutert. Von den Erkundungs- und Planungsanforderungen über die Auswahl der Wärmetauscher bis hin zu den Betriebserfahrungen bot Pohl detaillierte Einblicke in die Praxis.

Bayerisches Nachhaltigkeitsprojekt

Vorgestellt wurde überdies das mit dem Bayerischen Energiepreis 2018 ausgezeichnete Nachhaltigkeitsprojekt der Energiegenossenschaft ÜZ Mainfranken (Unterfränkische Überlandzentrale eG). Gemeinsam mit Kommunen entwickelt die ÜZ Mainfranken laut Alexander Wolf insbesondere die wärmetechnische Erschließung von Neubaugebie-

ten. Das Konzept der ÜZ beruht auf dem Einsatz von regional regenerativ erzeugtem emissionsfreiem Strom, der einer dauerhaften Nutzung zugeführt wird und damit seinen Wert behält.

Strategische Planungen zu einer nachhaltigen und gleichberechtigten Nutzung des Untergrunds erfordert die Verdichtung der Erdwärmennutzung in Ballungsgebieten. Diese muss den Besonderheiten der Technologie, der Planungssicherheit von Investoren und raumplanerischen Gesichtspunkten kommunaler Verwaltung gerecht werden. Dr. Joachim Poppe, CSD Ingenieure AG, befasste sich in seinem Vortrag mit aktuellen Aufnahmen und Prognosen der Untergrundnutzung durch das EWS in Zürich, mit der Charakterisierung des grundstücksflächenbezogenen Wärmebedarfs in kommunalen Bauzonen und deren Möglichkeiten und Grenzen der Bedarfsdeckung.

Bei der Erreichung nationaler und internationaler Klimaziele fällt der Geothermie unter den erneuerbaren Energieträgern eine besondere Rolle zu. Jedoch ergeben sich Unsicherheiten bei der Planung, Genehmigung und beim Betrieb geothermischer Anlagen auf Grund ihrer Komplexität und den langen Betrachtungszeiträumen. Es bedarf einer Systematik, mit der energetische Wechselwirkungen zwischen Stadtquartier und geother-



Geschäftsführer Dr. Markus Henle (l.) und Landrat Robert Niedergesäß. □

Landrat Robert Niedergesäß unter EBERstrom

Endlich ist es so weit: Seit 1. Januar kann EBERstrom, das regionale Stromprodukt für den Landkreis Ebersberg, von Bürgerinnen & Bürgern, Unternehmen und Institutionen beim EBERwerk bestellt werden.

Das EBERwerk ist im Auftrag von 19 Städten, Märkten und Gemeinden als Ausgründung der landkreiseigenen Energieagentur hervorgegangen. Der kommunale Energieversorger der Region hat es sich zum Ziel gemacht, mit EBERstrom mehr zu bieten als Ökostrom. Mit der regionalen Strommarke soll die Wertschöpfung der Energiegewinnung zurück in den Landkreis geholt werden. Das Vorhaben ist dabei zugeschnitten auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Region, um die Ressourcen vor Ort sinnvoll zu nutzen. Verbraucherinnen und Verbraucher können auf diesem Weg mit ihrer eigenen Nachfrage die lokale Energiewende merklich voranbringen.

„Das ist das Alleinstellungsmerkmal von EBERstrom. Kein anderes Ökostromprodukt ist so klar auf unseren Landkreis und unsere Energiewende ausgerichtet.“ findet auch Landrat Robert Niedergesäß.

Spätestens dann, wenn die Erzeugung vor Ort nicht mehr ausreicht, baut das EBERwerk grüne Kraftwerke hinzu und befähigt andere, es ihm gleich zu tun. So sind beispielsweise Kooperationen mit Bürgerenergiegenossenschaften und Grundstücksbesitzern im Landkreis geplant.

Dass auch Landrat Niedergesäß mit seiner Nachfrage einen Beitrag leisten will, stand für ihn als ideeller Mitgründer des EBER-

stroms schon ganz früh fest. „Die Kundennummer 1 habe ich aufgrund von Wechselrufen leider knapp verpasst. Der erste Landrat mit EBERstrom bin ich aber allemal.“ berichtet Niedergesäß mit einem Augenzwinkern.

Die Bestellung von EBERstrom dauert nur wenige Minuten und ist seit dem Jahreswechsel unter www.eberwerk.de möglich. Ähnlich wie bei der Rufnummern-Mitnahme eines Mobilfunkbetriebers übernimmt das EBERwerk die Kündigung beim Vorversorger und organisiert den reibungslosen Wechsel zu EBERstrom. □

Geothermisches Informationssystem

Diesem Bedarf widmet sich das Forschungsprojekt „GeTIS - Geothermisches Informationssystem zur Bemessung, Modellierung, Bewertung und Genehmigung vernetzter geothermischer Energiesysteme auf Gebäude- und Stadtquartiersebene“. Die Ziele des Vorhabens präsentierte schließlich Sebastian Weck-Ponts vom Lehrstuhl für Energieeffizientes Bauen der RWTH Aachen.

Bereits am Vortrag der GeoTHERM hatte der Bundesverband Wärmepumpe sein traditionelles Praxisforum Erdwärme veranstaltet. Thematisch wurde intensiv auf die Qualitätssicherung bei Erdwärmepumpen eingegangen, zudem wurden neue Entwicklungen und Anforderungen vorgestellt und die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch geboten. Die praxisnahe Schulung sprach insbesondere Mitarbeiter und Geschäftsführer ausführender Unternehmen an. Die Teilnehmer des Praxisforums erhielten Teilnahmezertifikate, die als Fortbildungsnachweis gemäß DVGW gelten. DK

Abwasserverband Mindel-Kammel:

LEW-Photovoltaiklösung ermöglicht hohe Einsparung

Mit einer rund 140 Kilowatt-Peak starken Solarstromanlage erzeugt der Abwasserverband Mindel-Kammel an der Kläranlage Offingen ab sofort mehr als 134.000 Kilowattstunden Strom pro Jahr selbst. Den Stromertrag kann die Kläranlage Offingen zu nahezu hundert Prozent direkt vor Ort nutzen. Über die Einsparungen bei den Energiekosten amortisiert sich die Anlage nach etwa sieben Jahren. Dies entspricht einem Drittel der Anlagennutzungszeit von mindestens 20 Jahren.

Mit der Anlagenlösung profitiert die Kläranlage Offingen in finanzieller und ökologischer Hinsicht: Dadurch, dass der regenerativ erzeugte Strom nahezu komplett selbst verbraucht wird, kann jedes Jahr ein 5-stelliger Betrag an Stromkosten eingespart werden. Zudem kann die Kläranlage ihre CO₂-Bilanz um jährlich rund 70 Tonnen verbessern.

Hoher Autarkiegrad

„Als Abwasserverband möchten wir einen Beitrag zu nachhaltiger Energieerzeugung und Klimaschutz leisten. Gleichzeitig spielt auch die Wirtschaftlichkeit für uns eine wichtige Rolle“, sagt Thomas Wörz, Vorsitzender des Abwasserverbandes Mindel-Kammel. „Mit den neuen PV-Anlagen erzielen wir einen hohen Autarkiegrad, der die Umwelt schon und sich wirtschaftlich auszahlt. Dazu kommt: Wir konnten das Projekt reibungslos realisieren, da LEW die komplette Planung und Umsetzung übernahm.“

„Mit Photovoltaik selbst Strom zu erzeugen ist auch für kommunale Einrichtungen ein gutes Geschäft“, sagt Thomas Petzuch, Projektleiter bei LEW. „Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Anlage sorgfältig geplant wird. Wenn die Unternehmen im ganzjährigen Durchschnitt möglichst

viel des erzeugten Stroms sofort selbst nutzen können, ist die Rentabilität der Anlagen am größten.“

Die PV-Anlage auf der Kläranlage Offingen installierte Energietechnik Stuhlenmiller GmbH & Co. KG im Auftrag des Abwasserverbandes. Die Wartung und die Betriebsführung übernimmt LEW. Die Betriebsdaten werden über einen Datenlogger an ein geschütztes Portal der Lechwerke übertragen und der korrekte Betrieb der Anlage durchgehend überwacht. Eventuelle Störungen können so schnell erkannt und behoben werden.

LEW plant die Anlagen für Unternehmen individuell, damit der Betrieb wirtschaftlich ist. Größe und Leistung der Anlagen werden auf den Eigenverbrauch ausgerichtet. Alles beginnt mit einer Potenzialanalyse: Zunächst werden der Stromverbrauch sowie die mögliche solare Erzeugung analysiert – falls möglich, gleich für alle Standorte eines Betriebs. Auf dieser Basis wird eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erstellt. Jetzt kann der Kunde entscheiden: Möchte er eine Anlage kaufen oder lieber pachten? Beauftragt er den Bau der Anlage bei LEW, übernimmt der Energieversorger die schlüsselfertige Projektumsetzung von der Bauabwicklung über die Inbetriebnahme bis hin zur Betriebsführung und zum Monitoring. □



Ihr Partner für die Energiezukunft.

Die Energieversorgung von morgen wird dezentral. Dafür ist das Bayernwerk gerüstet und entwickelt Lösungen für die neue Energiewelt in Bayern: von der Straßenbeleuchtung, über den EnergieMonitor bis zur effizienten Anlage zur Energieerzeugung und -verteilung. Wir sind der fachkundige Partner für Unternehmen, Privatpersonen oder Kommunen. Sprechen Sie uns bitte an, wir beraten Sie gerne!

www.bayernwerk.de

bayernwerk

„Zukunftsforum Automobil“:

Ruf nach nationalem Auto-Pakt

Ministerpräsident Dr. Markus Söder setzt sich für einen „nationalen Pakt zur Sicherung der Automobilindustrie“ ein. Deshalb lud er zum „Zukunftsforum Automobil“ nach München, an dem Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, die Chefs von Audi, BMW und MAN sowie Vertreter des Verbandes der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (vbm) und der bayerischen IG Metall teilnahmen.

In Bayern sind rund 200.000 Menschen in der Autoindustrie direkt beschäftigt, weitere 200.000 Arbeitsplätze bei Handwerkern und Dienstleistern hängen von ihr ab. Ziel des Autoforums war es deshalb, eine gemeinsame bayerische Gesamtstrategie für diesen bedeutenden Wirtschaftszweig zu entwickeln. Ministerpräsident Söder plädierte für einen Ausgleich zwi-

schon ökonomischen und ökologischen Interessen. Benötigt würden neue Technologien statt Verbote. Ziel sei eine dauerhaft gute Balance zwischen Ökologie, Mobilität und Lebensstil.

Für stabile Messverfahren

Notwendig sind aus Söders Sicht auch „stabileres und klarere Messverfahren“ für Emissionen.

Grenzwerte stünden in der Kritik, Stickoxid-Werte würden mitunter auch „an absurden Stellen gemessen“. „Wir wollen nicht Lobbyismus betreiben, aber Partner sein, um die unglaublich vielen Arbeitsplätze in unserem Land zu halten. Es geht nicht nur um die Industrie, sondern auch um die Interessen der Arbeitnehmer“, machte der Ministerpräsident deutlich.

Kraftakt für den Freistaat

Zudem wies Söder darauf hin, dass Bund, Länder und Gemeinden mehr Geld für den Nahverkehr in die Hand nehmen müssten. Dies sei ein Kraftakt, aber auch der Freistaat benötige „mehr Linien, einen besseren Takt auf die Linien und günstigere Tarife“.

Nach Auffassung von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer muss und wird der Diesel vor allem im ländlichen Raum Zukunft haben. Neben batteriebetriebenen Elektroautos könnten künftig auch synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff eine Rolle spielen. „Gleichwohl werden wir weiterhin den Verbrenner haben müssen“, erläuterte Scheuer. Mit E-Roaming sollten Elektroautos künftig alle Ladesäulen mit einer einzigen Karte nutzen können, schlug er vor.

„Wir wissen, dass wir zukunftsfähige Modelle brauchen. Aber wir retten das Auto. Autofahren ist in und muss in bleiben“, betonte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

ÖPNV-Bilanz und Ausblick

Einen erneuten Fahrgastrekord im Nahverkehr weist die ÖPNV-Bilanz 2018 aus. Insgesamt nutzten nach Angaben des VDV im vergangenen Jahr 10,4 Milliarden Kunden Busse und Bahnen und sorgten damit im 21. Jahr hintereinander für ein Rekordergebnis bei den Verkehrsunternehmen. Der Fahrgastzuwachs fiel mit einem Plus von 0,6 Prozent allerdings deutlich geringer aus als in den Jahren zuvor.

Einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV leisteten auch im vergangenen Jahr wieder die Fahrgäste: Die Ticketeinnahmen stiegen im Vergleich zu 2017 um 1,3 Prozent auf insgesamt 12,95 Milliarden Euro.

Der ÖPNV entwickelt sich in Deutschland zunehmend zum Rückgrat der Mobilität für die meisten Bevölkerungsgruppen. Im Schnitt fahren alle Bürgerinnen und Bürger 138 Mal pro Jahr mit Bus oder Bahn. 43 Prozent der ÖPNV-Kunden sind dabei in den 20 größten deutschen Städten unterwegs.

Maßvolle Preisgestaltung

Die Preise für Bus- und Bahntickets im Nahverkehr stiegen im vergangenen Jahr im bundesweiten Schnitt um 1,4 Prozent und lagen damit deutlich unter der allgemeinen Inflationsrate (1,9 Prozent). Für eine Fahrt im ÖPNV zahlen die Kunden aktuell im Schnitt 1,11 Euro. Ein Einzelticket kostet durchschnittlich 2,65 Euro, ein Monatsticket durchschnittlich 53,41 Euro. „Trotz wachsendem Finanzierungsbedarf sind die Ticketpreise in diesem Jahr nur moderat gestiegen. Durch eine maßvolle Preisgestaltung wollen wir sicherstellen, dass der ÖPNV auch weiterhin ein Mobilitätsangebot ist, das sich alle Bürgerinnen und Bürger leisten können“, hob VDV-Präsident Ingo Wortmann hervor.

Stichwort Elektrobusse im ÖPNV: Seit etwa vier Jahren setzen die deutschen Verkehrsunternehmen im städtischen Nahverkehr batteriebetriebene Elektrobusse ein, um den pro Fahrgast ohnehin schon geringen Emissionsausstoß im Linienbusverkehr weiter zu senken. Eine erste Zwischenbilanz des VDV zeigt, dass die Anzahl der bundesweit eingesetzten Elektrobusse kontinuierlich steigt und die neueste Fahrzeuggeneration technisch deutlich

wanger. Er kündigte an, fünf Arbeitsgruppen einzurichten, die bis Ende Mai Ergebnisse liefern sollen. Diese sollen sich um folgende Themenbereiche kümmern: Antriebstechnologien, Digitalisierung, die Einbindung von Zulieferern und Werkstätten in den Transformationsprozess, sowie neue E-Plattformen wie für das Carsharing und die Qualifizierung der Beschäftigten.

Laut Alfred Gaffal, Präsident des vbm, „sind wir uns alle darin einig, dass wir die Stärke unserer bayerischen Automobilindustrie erhalten und daher den Strukturwandel erfolgreich gestalten müssen. Insgesamt hängt in Bayern jeder 15. Arbeitsplatz direkt oder indirekt an unserem Auto-Cluster. Dazu muss der Staat vor allem innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen.“

Entscheidende Elemente sind Gaffal zufolge keine Fahrverbote, Technologieoffenheit bei den Antriebssystemen und vernünftig gesetzte Grenzwerte, sei es bei NOx oder bei CO2. Ziel müsse es sein, weltweit Leitregion für das Automobil zu bleiben. Gaffal: „Der konventionelle Antrieb und insbesondere der Diesel werden auf Jahre unverzichtbar sein. Es ist der Verbrennungsmotor, der in den nächsten zehn Jahren weiter Wachstum bringen wird. Ohne den Diesel können wir auch unsere CO2-Ziele nicht erreichen. Neben dem Bekenntnis zum Verbrennungsmotor brauchen wir die Weiterentwicklung alternativer Antriebstechnologien. Diese müssen unter der Maßgabe der Technologieoffenheit stehen.“ DK

MVV-Jahrespressegespräch:

Verkehrsentlastung außer Sichtweite

1972 gegründet, ist der MVV mit seinen rund 6.400 Streckenkilometern der Verbund in Deutschland mit den meisten Fahrten pro Einwohner. Zweck der Verbundgründung war „ein Netz, ein Fahrplan, ein Tarif“. Dr. Bernd Rosenbusch als neuen Geschäftsführer der MVV GmbH erwartet die Aufgabe, diese Vision auch 47 Jahre später voranzutreiben. Über seine konkreten Vorstellungen informierte er im Rahmen des MVV-Jahrespressegesprächs in München.

Tatsache ist: München erstickt im Verkehr. Die Landeshauptstadt ist Pendler- und Stauhauptstadt zugleich. Die monozentrale Stellung Münchens führt zu mehr PKW und weniger Platz, sprich zu mehr Stau. Der gesamte Ballungsraum ist mobil, gependelt wird im Umkreis von mehr als 50 Kilometern, das Problem beginnt also im Außenraum. Rosenbusch zufolge gibt es keine kurzfristige Lösung für das Verkehrsproblem, eine Entlastung ist erst in zehn bis 30 Jahren absehbar, die Stammstrecke kommt frühestens 2026.

„Rosinenpickerei“

Die Tatsache, dass sich fast alle neuen Mobilitätsformen im attraktiven Innenstadtbereich finden und dies statt einer Verkehrsentlastung sogar eine Ver-



Dr. Bernd Rosenbusch.

kehrszunahme zur Folge hat, bezeichnete Rosenbusch als „Rosinenpickerei“. Die vielen neuen Anbieter seien schließlich am Gewinn und nicht an Verkehrsentlastung ausgerichtet. Neben der Verkehrsleistung bestehe zudem ein großes Interesse an Daten und Informationen der Nutzer. Die Angebote stellten eine Konkurrenz zum ÖPNV dar mit einem häufig unkoordinierten Wachstum vieler Anbieter nebeneinander. Eigenwirtschaftliche Angebote in der Region bestünden nicht.

Nach Auffassung des MVV-Geschäftsführers muss der Aufgabenbereich hier regulierend wirken. Das heißt: Wer in der Innenstadt Geld verdienen will, muss auch im Außenraum anbieten. Das Problem für München sei nicht der Münchner, sondern der Pendler, der in die Stadt fährt.

„Die Verkehrswende kann nur über den öffentlichen Verkehr in Ballungsräumen gelöst werden“, fuhr Rosenbusch fort. In den Fernverkehr mit ICE sei genug investiert worden, „nun ist der Nahverkehr dran“. Es gelte, den Güter-

verkehr umzuleiten, die Schienenstrecken in den Ballungsräumen auszubauen und zu elektrifizieren und gezielt eine Ring-S-Bahn zu planen und umzusetzen. Auch müsse das Augenmerk auf den Ausbau von Busspuren und das Vorrecht des ÖPNV gesetzt werden. Ein Bus ersetze schließlich 100 Autos. Ferner plädierte der MVV-Chef dafür zu sorgen, dass Bus und Bahn mindestens alle 15 bis 30 Minuten fahren. Eine fahrgastfreundliche Sanierung der Infrastruktur sei überfällig.

An fehlenden finanziellen Mitteln könne der Missstand freilich nicht liegen, erklärte Rosenbusch; schließlich würden umweltschädliche Subventionen im Verkehrsbereich in großem Stil (28,6 Mrd. Euro!) getätigt: Allein 11,8 Mrd. Euro stünden für Begünstigungen des Flugverkehrs bereit. Hinzu kämen unter anderem Entfernungspauschalen und Kaufprämien für große Autos – Stichwort Begünstigung von Dienstwagen. „Wenn ich Verkehr verlagern will, muss ich Geld bereitstellen, das ist eine politische Entscheidung“, stellte der MVV-Geschäftsführer klar.

Kurzfristige Möglichkeiten sind laut Rosenbusch Tangentialverbindungen, damit die Leute nicht erst in die Stadt hineinfahren, weitere Busspuren, verbunden mit einem engen Bus-Takt sowie Park & Ride und eine sozialverträgliche, kreative Maut. „Nur wenn öffentlicher Nahverkehr so einfach wie Autoverkehr ist, bewegt man den Bürger zum Umsteigen“, unterstrich Rosenbusch.

Weißer Lücken in Südbayern

Auch die Vereinfachung im Tarif und Vertrieb sei ein Baustein zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Mit einem größeren Verbund könnten mehr Fahrgäste auf einem Ticket vom Start zum Ziel gelangen. Fast ganz Deutschland sei von Verbänden abgedeckt, nur in Südbayern fänden sich viele weiße Lücken. Der Fokus richte sich auf eine gemeinsame Online-Informationsplattform und eine modernere Bezahlmethode. Für Gelegenheitsfahrer solle das Bezahlen mit dem Handy in den nächsten Jahren deutlich einfacher werden. Demnächst sollen tausende Tester mit Handys ein- und auschecken. Die Fahrgäste drücken in ihrer App auf einen Button, wenn sie ein- und aussteigen. Und die App findet und bucht ihnen den besten Fahrpreis. Gespräche mit der Staatsregierung und allen anderen Verbundchefs stünden diesbezüglich an, berichtete Rosenbusch. DK

Gute Perspektive für Flughafen Memmingen

Der Flughafen Memmingen stärkt die regionale Wirtschaft in Bayern. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die sich im Auftrag des Bayerischen Wirtschaftsministeriums mit den wirtschaftlichen Effekten des Flughafens auseinandersetzt. Zurzeit profitiere vor allem das Allgäu von der Umwandlung des früheren militärisch genutzten Fliegerhorsts in einen Verkehrsflughafen.

„Der Memminger Flughafen ist ein wichtiger Standortfaktor für die Region. Er hat das Potenzial, den Münchner Flughafen und damit auch den Verkehr rund um die Landeshauptstadt zu entlasten. Er wird von Geschäftsreisenden aus der Region angenommen und über ihn können Touristen direkt ins Allgäu reisen. Das senkt nicht nur

den Zeitaufwand der Passagiere, sondern auch die Umweltbelastungen durch den sonst entstehenden Transitverkehr von und nach München“, bewertet Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die Ergebnisse der Studie. Rund 13 Prozent der regionalen Unternehmen nutzen den Flughafen Memmingen für Geschäftsreisen. □

Radverkehr auf der Überholspur

Landkreis Bamberg und Gemeinden arbeiten an einem Konzept für ein flächendeckendes Alltagsradwegenetz

Ein flächendeckendes Alltagsradwegenetz im gesamten Landkreis Bamberg soll den Anteil des Radverkehrs in der Region deutlich steigern. „Wir wollen unseren Beitrag zur Absicht des Freistaates Bayern leisten, den Anteil des Radverkehrs von bayernweit derzeit zehn auf 20 Prozent im Jahr 2025 zu erhöhen“, formulierte Landrat Johann Kalb bei der Auftaktveranstaltung im Landratsamt Bamberg das Ziel. Bis Ende 2019 wollen die Beteiligten das Konzept erstellen. Ab 2020 soll die Umsetzung erfolgen.

Im Alltagsradverkehr gehe es im Gegensatz zum touristischen Radverkehr - vor allem um direkte und schnelle Verbindungen, informierte der Geschäftsführer von top plan, Andreas Ampßler, die Projektbeteiligten. Die Radfahrer - ob zum Beispiel auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen - wollen vor allem schnell und sicher ans Ziel kommen. Hierfür müssten die entsprechenden Voraussetzungen, eine „Radkultur“, geschaffen werden. Wer hier langfristig investiere, werde erfolgreich sein, machte er am Beispiel von Kopenhagen fest. Dort liege der Anteil des Radverkehrs bei 45 Prozent.

Die Projektverantwortlichen bei der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Region Bamberg und beim Land-

kreis, Jochen Strauß und Markus Hamrich, informierten darüber, dass das Projekt mit LEADER-Mitteln gefördert wird. Man wolle zum Beispiel Lücken im Radwegenetz schließen, Gefahrenstellen beheben, den Radverkehr von Stadt und Landkreis optimal vernetzen und sichere Abstellmöglichkeiten schaffen. In 2019 werde mit den beteiligten Kommunen eine Entwurfsplanung für ein Alltagsradwegenetz erstellt.

Aus einer Befahrung dieses Netzes werde ein Prüfbericht mit Handlungsempfehlungen und einem Maßnahmenprogramm entstehen. Ab Frühjahr 2020 sollen dann die Radinfrastruktur verbessert und mit einem Marketingkonzept begleitet werden. □

München kippt als erste Stadt Fahrverbote

Eine gute Nachricht für alle Dieselfahrer in München, ein Anfang für den Rest der Republik. München distanziert sich als erste Stadt in Deutschland von Fahrverboten. Grund dafür sind die neuesten Ergebnisse von eigenen städtischen Messstationen, die deutlich bessere Luft in der Stadt darlegen, und erste Demonstrationen gegen Fahrverbote, bei denen bis zu 200 Personen auf die Straße gingen. Alle verklagten Städte der Deutschen Umwelthilfe (DUH) sollten unverzüglich dem „Modell München“ folgen und Fahrverbote endgültig beerdigen.

Kurz nach der ersten Ankündigung der Demonstration waren die neuesten Messergebnisse der Stickstoffdioxidbelastung der Landeshauptstadt München für 2018 veröffentlicht worden - und zwar die Ergebnisse von den 20 eigenen Messstationen, die von Stephanie Jacobs und ihrem Umweltreferat in der Stadt aufgestellt wurden, um die Messungen des Landesamtes für Umwelt zu überprüfen. Diese haben nämlich ergeben, dass fast an allen Messstellen die Grenzwerte um ein Vielfaches überschritten würden, weshalb Fahrverbote unausweichlich wären.

Die jetzigen Ergebnisse der neuen Messstationen sagen genau das Gegenteil: 16 der 20 Messwerte sind übers Jahr gesehen vollkommen im grünen Bereich und damit sauberer als vorher angenommen. Nur bei vier Messstellen besteht noch Handlungsbedarf, aber auch hier sind die Messwerte nur leicht über dem Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter.

Und man hatte Erfolg: Oberbürgermeister Dieter Reiter distanzierte sich nunmehr von Fahrver-

boten, die er kurz vorher noch für unausweichlich hielt. Und auch die CSU äußerte sich klar gegen Fahrverbote und dass diese nicht kommen werden.

Demonstrationen gegen Dieselfahrverbote und die Aufstellung neutraler Messstationen: Das ist das „Modell München“. Insgesamt wurden über 50 deutsche Städte von der DUH auf saubere Luft verklagt, eben wegen jener Messergebnisse, die jetzt in München widerlegt wurden. In all diesen Städten drohen ebenfalls Fahrverbote oder wurden bereits angeordnet.

Eine Sauerei“, sagt Dr. Michael Haberland, Präsident des Automobilclubs Mobil in Deutschland e.V. Er zweifelt schon lange an den Standplätzen der Messstationen und der Wissenschaftlichkeit der Grenzwerte: „Die Städte müssen das Ruder selbst in die Hand nehmen und sind jetzt gefordert, alles zu tun, um Fahrverbote abzuwenden. München macht es vor. Wir fordern daher alle Städte in Deutschland auf, das Modell München anzuwenden und aktiv zu werden. Die Autofahrer werden es ihnen danken.“ □



Unimogs in allen Varianten und für jeden Bedarf. Die Winter-Tour 2019 bot Lösungsvorschläge für jedes Problem.

Winter-Tour 2019 von Knoblauch und Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge:

Zukunfts-Technik für den Kommunaleinsatz

Unimog-Fahrzeuge aller Klassen und in jeder nur denkbaren Vielseitigkeit erlebten rund 500 Besucher in Bopfingen, der ersten Station der Winter-Tour 2019 von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge gemeinsam mit der Firma Knoblauch.

Vier Monate hatten sich Tim Oßwald, Geschäftsführer von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge und Thomas Winter, Prokurist und Vertriebsleiter der Firma Knoblauch intensiv auf die große Veranstaltung in Bopfingen, Wigratzbad, Schluchsee und Aspach vorbereitet.

Beide Unternehmen unterhalten inzwischen seit mehr als 65 Jahren Unimog-Generalvertretungen; man pflegt also lange und gute Beziehungen. Nicht zu-

letzt deshalb war Rolf Trampert, verantwortlich für den Unimog-Vertrieb Deutschland bei der Daimler AG, angereist.

Präsentiert wurden zudem eine Reihe weiterer Fahrzeuge und Anbaugeräte; auch elektrische Lösungen konnten in Augenschein genommen werden. Dr. Gunter Bühler, Bürgermeister der Stadt Bopfingen, wünschte in seinem Grußwort den zahlreichen Gästen – zu 80 Prozent waren es Vertreter von

Bauhöfen – „interessante Momente mit toller Technik“. Bei nahezu 50 Fahrzeugen mit unterschiedlichen Aufbauten und in allen Klassen und Kategorien, war jeder Bedarf abgedeckt.

Vortragsreihe

Zusätzlich zur Ausstellung wurde den Mitarbeitern von Kommunen, Bauhöfen, Dienstleistern und Lohnunternehmern in der Vortragsreihe „Zukunfts-Technologien in der Kommunaltechnik“ Fachwissen vermittelt. Themen waren Kehrtechnik der Zukunft, Elektromobilität und Telematik.

Doppelter Preis im Vergleich zum Verbrennungsmotor

Tobias Weissenrieder von Aebi Schmidt, St. Blasien, stellte die eSwingo Kehrmaschine vor. Die Vorteile liegen auf der Hand: Weniger Lärmbelastung, vor allem wenn die Straßen nachts gereinigt werden, und kein Stickoxid-Ausstoß, da das Fahrzeug komplettbatteriebetriebenläuft. Beim chemischen Aufbau wurde darauf geachtet, dass die Batterie nicht brennbar und explosionsicher ist.

Auf Sondertechnik wurde verzichtet: Alles, was in der Maschine verbaut wurde, ist bereits im

munaltechnik betreibt, lieferte die modernen Winterdienst-Vehikel. „Centrum Service haben wir als verlässlichen Geschäftspartner kennen gelernt, der genau rechnet aber dann auch schnell und zielgerichtet in die Umsetzung geht“, berichtet Tim Oßwald, Geschäftsführer von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge. Centrum Service konzentriert sich besonders auf den Winterdienst für größere Werks- und Betriebsgelände von Industrie und Gewerbe.

Darüber hinaus bietet das innovative Unternehmen diverse Handwerkerleistungen für Bauarbeiten, Sanierungen und Umbau sowie Leistungen in der Grün- und Außenanlagenpflege an.

Und auch die weiteren Stationen der Unternehmensentwicklung sind bereits fest angepeilt: In Hamburg wird im Frühjahr 2019 eine weitere Filiale eröffnet. Drei weitere Standorte in der Bundesrepublik, Köln, Frankfurt und Stuttgart, befinden sich gerade in der Sondierung. Die Zeichen stehen also weiter auf Wachstum.

Einsatz und entsprechend getestet. Die Fahrerkabine ist klimatisiert und kann nachts, solange das Fahrzeug am Strom hängt, vorgeheizt werden. Auch das Laden ist Standardtechnik, die Kehrmaschine braucht ca. vier Stunden, um komplett zu laden. Mit diesen Vorzügen ausgestattet ist der eSwingo ca. doppelt so teuer wie die Version mit Verbrennungsmotor.

StreetScooter

Michael Fauser präsentierte das Fahrzeug der Post-Tochter StreetScooter, das auch im kommunalen Einsatz Verwendung findet. Hier bekommt der Käufer sechs Jahre Garantie auf die Batterie, die zudem fast komplett recycelt werden kann bzw. als Stromspeicher für Solaranlagen Wiederverwendung findet,

da hier weniger Leistung verlangt wird.

Die Firma StreetScooter hat inzwischen eine Kapazität von 20.000 Autos pro Jahr, die Fahrzeuge sind durch den Einsatz bei der Deutschen Post intensiv erprobt und auf die Bedürfnisse der Fahrer angepasst. Kaputt gehen kann nicht mehr viel und wenn doch stehen 450 Service-Partner in Deutschland zur Verfügung.

Telematik-Lösungen

Hans-Peter Reeb, Geschäftsführer von Info-tech Solutions, stellte eine Telematiklösung vor, die inzwischen in über 3.000 Fahrzeugen verbaut ist. So lässt sich rechtssicher erfassen, was, wann, wo, in welcher Intensität und mit welchem Gerät erledigt wurde. Umgebungswerte von Boden und Luft werden automatisiert miterfasst. Flächen können festgelegt und somit dann auch genau abgerechnet werden.

Vielfältige Einsatzbereiche

Im Anschluss wurden die vielfältigen Einsatzbereiche des Unimog mit dem unterschiedlichsten Zubehör im Freien präsentiert. Bei winterlichen Verhältnissen wurde geräumt, gefräst, gestreut, Sole gesprüht, Schneeketten aufgezogen, gekehrt, gesaugt und vieles mehr. Bauhofmitarbeiter brauchen im Winter Fahrzeuge, auf die auch in schwierigen Situationen Verlass ist. Dank permanentem Allradantrieb, Differenzial-

sperren und Einzelbereifung sowie leistungsstarken mechanischen und hydraulischen Antrieben gehört der Einsatz gegen Eis und Schnee zu den Paradisziplinen des Unimog.

Sein Fahrzeugkonzept vereint ein kurzes Vorbaumaß und das große Sichtfeld (→ Kurzhauber) mit Spurtreue, ausgeglichtem Achslastverhältnis und einfachem Schneeketten-Einsatz. Der optional erhältliche Fahrertrieb EasyDrive ermöglicht den fliegenden Wechsel zwischen Hydrostat, für stufenlos einstellbare Geschwindigkeiten von 0 bis 50 km/h, und mechanischem 8-Gang-Getriebe für effizientes und kraftstoffsparendes Fahren bis 89 km/h.

Mit dem entnehmbaren Joystick werden neben den Grundfunktionen Heben/Senken und nach links oder rechts Schwenken viele weitere Funktionen angesteuert. Zum Beispiel Electronic Quick Reverse, die Arbeitsdrehzahl, die Anzeige des Textmenüs im Multifunktions-Display oder die Schneepflugentlastung.

65 Jahre Unimog

Seit mehr als 65 Jahren gibt es den Mercedes-Benz Unimog. Er kommt in den verschiedensten Branchen zum Einsatz – von der Landwirtschaft angefangen, über den Winterdienst, Mäheinsatz, aber auch im Feuerwehr- und Energiesektor. Dabei hat sich das „Universal-Motor-Gerät“ immer wieder neu erfunden und weiter spezialisiert.

CH



Kein Unfall, kein Versehen! Eine ganz normale Unimog-Aufgabe! □

Fünf auf einen Streich!

Centrum Service setzt auf Unimog im Winterdienst

In der Nähe von Augsburg wird hart gearbeitet, solide gewirtschaftet und es werden ehrgeizige Ziele verfolgt: Das Dienstleistungsunternehmen Centrum Service GmbH mit Sitz in Friedberg steht seit fünf Jahren für vielfältige Dienstleistungen und ist ein verlässlicher Partner für Industrie und Gewerbe. „Das vielschichtige Dienstleistungsangebot aus einer Hand, ausgeführt von zuverlässigen Mitarbeitern“ lautet das Erfolgsrezept.

Doch nicht nur im Raum Augsburg-Friedberg ist das Unternehmen Centrum Service GmbH aktiv, erklärt Geschäftsführer Gerhard Gruber – bis nach München reicht der Aktionsradius des quirligen Dienstleistungs-Unternehmens. Je nach Witterung sind am Stammsitz Friedberg eine schlagkräftige Truppe von 25-30 Mitarbeitern mit zehn Unimogs sowie fünf Traktoren und LKWs in der Region unterwegs. Ganz aktuell investierte die Firma in 5 nagelneue Mercedes-Benz Unimog U 216. Der kleinste Unimog aus der aktuell angebotenen Unimog-Baureihe verfügt über äußerst kompakte Abmessungen und überzeugt mit einem Radstand von nur 2.800 mm durch

einen Wendekreis, den man sonst nur von PKWs kennt. Als Schnell-Läufer braust der Unimog U 216 mit über 80 km/h zu den Einsatzorten nach München und in die Umgebung.

An- und Aufbaugeräte neuester Generation

Ausgerüstet sind die Unimog mit ebenfalls neuen Salz-Streugeräten des Herstellers Schmidt. Strenge Umweltzonen sind dabei für den Unimog mit modernster Euro6-Abgas-Technologie kein Thema. Die Unimog-Generalvertretung Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, die in Gersthofen bei Augsburg einen eigenen Service-Stützpunkt speziell für Unimog-Kom-



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrertrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0-50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Die „Neuen“ in der Flotte von Centrum Service: Fünf mal Unimog U 216. □

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Seit 40 bzw. 27 Jahren im Einsatz der kleinen Gemeinde Jachenau im Isarwinkel (Landkreis Bad Tölz): Mercedes-Benz Unimog U 1300 L (links) als Tanklöschfahrzeug, und das Löschgruppenfahrzeug Unimog U 1550 L. Der Dorfladen im Ortskern von Jachenau konnte dank der tatkräftigen Hilfe durch die Feuerwehr trotz Schneekatastrophe gut versorgt werden.

Bild: Daimler

Der Unimog im Dauerbetrieb:

Ein Alleskönner gegen Schnee und Eis

Sicherung der Lebensmittelversorgung
Zuverlässig auch nach jahrzehntelangem Einsatz

Jachenau / Kitzbühel – Zu Jahresbeginn hatte der Winter die Alpenregion fest im Griff. Die Helfer waren im Dauereinsatz. Wohndenen, die auf einen professionellen Fuhr- und Gerätepark zugreifen konnten.

Auch die kleinste bayerische Gemeinde mit eigener Verwaltung, Jachenau im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Die 842 Einwohner mussten wegen des starken Schneefalls in den Bayerischen Alpen von außen versorgt werden. Hilfe kam durch die Freiwillige Feuerwehr Jachenau. Mit ihrem Mercedes-Benz Unimog U 1550 L, Bj. 1992 (Baureihe 437), der als Löschgruppenfahrzeug (LF8) seit 27 Jahren im Dienst steht, gewährleistete sie die Lebensmittelversorgung und half bei Abschleppdiensten. Über zehn Mal fuhr die Feuerwehr in den Tagen der Isolation mit ihrem 100 kW (136 PS) starken geländegängigen Veteranen zum offiziellen Versorgungslager ins 35 Kilometer entfernte Krün. Dort wurden Lebensmit-

tel und andere Versorgungsgüter geholt.

Mobile Straßensperre

Der andere Unimog, ein langjährig bewährter U 1300 L, Baujahr 1979 (Baureihe 435), ein Tanklöschfahrzeug (TLF), wurde zur Straßensperrung benötigt, da viele Verbindungsstraßen im Isarwinkel wegen der Schneemassen unbefahrbar und von umsturzgefährdeten Bäumen bedroht waren. Feuerwehrrkommandant Andreas Demmel: „Die Entscheidung der Gemeinde, Unimog für uns anzuschaffen, hat sich schon in der Vergangenheit oft als richtig erwiesen. Wir konnten uns auch dieses Mal wieder zu 100 Prozent auf die Unimog verlassen.“



Jährlich finden im Skort Kitzbühel die berühmten Hahnenkamm-Skiereisen statt. In diesem Jahr waren die Vorbereitungen ein Kampf gegen den Schnee. Auch für die Männer vom Bauhof in Kitzbühel. Die Firmen Daimler und Kahlbacher halfen mit einem Unimog und einer Schneefräse aus. Rechtzeitig zum Skiereisen vom 21. bis 27. Januar war geräumt. Unimog U 530 mit Kahlbacher Fräschleuder KFS 950/asym.

Bild: Daimler



Wie gut, wenn man mit einem Produkt arbeiten darf, von dessen Qualität man so überzeugt ist, wie dies bei Unimog der Fall ist! Unser Bild zeigt das erfolgreiche Beuthauser-Team im Gelände. Hier wurde das ausgezeichnete Fahrverhalten des „Universal Motorgeräts“ demonstriert. Von links: Peter Pissors, Ludwig Rabe, Karin Gabler, Kerstin Zeise, Heino Pfauch gemeinsam mit dem Leiter Kommunaltechnik bei Beuthauser, Claus Artmayer.

Finanzspritze statt Kostenfalle

Auch für verunfallte Kommunalfahrzeuge findet Vebeg den Höchstpreisbieter

Gerät ein Kommunalfahrzeug in einen Verkehrsunfall, droht der wirtschaftliche Totalschaden. Zudem muss die Gemeinde das Fahrzeug kostspielig entsorgen lassen. Ein Finanzgrab für jede Gemeinde. Dabei können Kommunen über das Auktionsportal der Vebeg (Verwertungsgesellschaft des Bundes GmbH) ihren ausgemusterten Unfallfahrzeugen zu einem „zweiten Leben“ verhelfen und dem eigenen Finanzhaushalt etwas Luft verschaffen. Denn bei einer Vebeg-Versteigerung zahlen Käufer für verunfallte Kommunalfahrzeuge oftmals ein Vielfaches des zuvor ermittelten Fahrzeugrestwertes.

In einer Schrecksekunde im Sommer 2018 kommt der Citroën Jumper einer rheinischen Gemeinde auf die Gegenfahrspur und kollidiert mit einem Fahrzeug. Menschen kommen nicht zu Schaden, doch die Vorderachse des Jumpers bricht. Das Urteil der Gutachter steht schnell fest: Der leichte LKW, versehen mit einem Aufbau für den Kommunaleinsatz, hat nur noch Schrottwert, reif für die Abwrackhalde. Ein wirtschaftlicher Totalschaden.

Doch die Verantwortlichen der Gemeinde nehmen das Urteil der Versicherungsmathematiker nicht hin. Sie wenden sich an die Vebeg. Das staatseigene Unternehmen versteigert treuhänderisch im Auftrag von Kommunen deren ausrangiertes Material – darunter auch Unfallfahrzeuge wie der Jumper mit dem Vorderachsenbruch – und das mit äußerstem Erfolg. „Im Regelfall zahlen Bieter für verunfallte Kommunalfahrzeuge bei Vebeg-Auktionen ein Mehrfa-

ches des zuvor ermittelten Fahrzeugrestwertes“, sagt Claus Richter, Leiter Verkauf bei der in Frankfurt am Main ansässigen Vebeg.

Spezielle Marktsituation

Bei Kommunalfahrzeugen sei die gravierende Diskrepanz zwischen kalkuliertem Restwert und tatsächlich erzieltm Veräußerungserlös die Regel und keineswegs die Ausnahme, so Vebeg-Verkaufsleiter Richter.

Grund hierfür ist die spezielle Situation am Markt für gebrauchte Kommunalfahrzeuge. Auch als am PKW-Gebrauchtwagenmarkt ist die Zahl der Verkäufer gering und ihr steht eine zahlungskräftige Käuferschaft gegenüber.

Unter diesen Marktbedingungen entscheidet der Preisfindungsmechanismus darüber, ob Käufer oder Verkäufer ihre Preispräferenzen durchsetzen können.

Ziel: Höchstmöglicher Erlös

Das Auktionsverfahren der Vebeg zielt auf den höchstmöglichen Erlös ab. Denn beim sogenannten verdeckten Bieterverfahren ist den Kaufinteressenten bis zum erteilten Zuschlag das jeweils aktuelle Höchstgebot nicht bekannt. So besteht für jeden Bieter mit ernsthafter Kaufabsicht der Anreiz, ein Gebot in Höhe seiner maximalen Zahlungsbereitschaft abzugeben.

Damit unterscheiden sich Vebeg-Auktionen grundlegend von den gängigen Auktionen, bei denen das geltende Höchstgebot jederzeit ersichtlich ist.

Kein Kaufinteressent wird in einem solchen Verfahren seine tatsächliche Zahlungsbereitschaft offenlegen, sondern nur das vorherige Höchstgebot geringfügig überbieten.

Auch die enorme internationale Reichweite des Verkaufsportals der Vebeg kommt den Kommunen zu Gute. Denn potenzielle Käufer aus dem Ausland legen mitunter einen höheren Bewertungsansatz an als Erwerber aus Deutschland: Zum einen weil die Kostenätze gerade bei Instandsetzungen im Ausland niedriger sind als in Deutschland. Zum anderen können auch konjunkturelle Gründe für eine höhere Bewertung des Fahrzeugs im Ausland sprechen.

Rechtssicheres und transparentes Verfahren

Das Veräußerungsverfahren der Vebeg erfüllt sämtliche gesetzliche Transparenz-Anforderungen, die öffentliche Haushalte erfüllen müssen. „Der Betrag, den die Vebeg nach Auktionsende der Kommune überweist, entspricht dem haushaltsrechtlich geforderten vollen Wert“, so Vebeg-Verkaufsleiter Richter. Zudem ist die buchhalterische Abwicklung für die Kommunen äußerst simpel.

Citroën geht an Polen

Der verunfallte Jumper hat ein „zweites Dienstleben“ in Osteuropa gefunden. „Das ist nicht ungewöhnlich“, urteilt Claus Richter. Käufer aus Osteuropa seien in der Regel bereit, hohe Summen für ausrangierte Kommunalfahrzeuge zu zahlen. Für den leichten LKW aus dem Rheinland hatte ein Bieter aus Polen das Höchstgebot abgegeben. Der Jumper wurde instandgesetzt und ist seither wieder im Kommunaleinsatz unterwegs. □



Geht nicht, gibt's nicht bei den hochgeländegängigen Unimog.

Bild: Daimler

Run and Win in Graz:

Gipfeltreffen mit den Besten

Know-how, persönliches Engagement, Ehrgeiz und die Liebe zu Mercedes Benz Unimog – damit hat sich das Verkaufsteam der UGV (Unimog Generalvertretung) Beuthauser Kommunaltechnik das Siegerpodest erkämpft und somit den Titel als erfolgreichste Unimog Generalvertretung Deutschlands geholt – sowohl im Einzelwettbewerb, als auch im Teamwettbewerb!

Ludwig Rabe sicherte sich mit einem hohen Punktevorsprung im Einzelwettbewerb von „Run and Win“ den ersten Platz. In der Zeit von 01. Mai 2017 bis 31. August 2018 sammelte Rabe die meisten Punkte. Aber auch seine beiden Kollegen Heino Pfauch und Peter Pissors waren in diesem Zeitraum nicht untätig, denn als am Ende alle Punkte zusammen gezählt wurden, stand die Beuthauser Kommunaltechnik mit Sitz in Kulmbach und den Niederlassungen in Eisfeld, Neustadt/Orla und Weimar auch als Gesamtsieger im Teamwettbewerb fest.

Einladung in die Steiermark

Als Belohnung für diese herausragende Leistung reisten Claus Artmayer, Leiter Kommunaltechnik bei Beuthauser, die Verkäufer Heino Pfauch, Peter Pissors und Ludwig Rabe, sowie Karin Gabler und Kerstin Zeise vom Innendienst auf Einladung von Mercedes Benz nach Graz in die Südsteiermark.

Anfang November war es soweit: Vom Flughafen München ging es direkt nach Graz. Nach der Stadtführung durch die mittelalterliche Altstadt waren die Gäste zu einem gemeinsamen Abendessen im berühmten steirischen Weingut Buschenschank „Steinberghof“ geladen. Dort fand die feierliche Preisverleihung statt. Claus Roth, Geschäftsleiter der Daimler AG, Rolf Trampert, Verkaufsleiter Mercedes Benz Unimog und Regionalleiter Michael Remmler gratulierten den Gewinnern und überreichten feierlich die Urkunden für die ersten Plätze im

Einzel- und Teamwettbewerb.

Unimog Driving Experience

Am nächsten Tag stand ein weiteres Highlight auf dem Programm eine Unimog Driving Experience der Extraklasse am Voitsberg. Es ging mit dem Unimog durch Sand, Erde, Schlamm und Wasser und nach der „kleinen Aufwärmphase“ im Gelände, wurden die Teams ausgelost und die Challenge begann. Am Steuer eines Unimog mussten verschiedene Fahraufgaben – zum Teil mit verbundenen Augen und unter genauen Anweisungen von den Kollegen – durchgeführt werden. Für alle Offroad-Einsteiger und –Fans ein einzigartiges Erlebnis.

Mit der neuen G-Klasse über Stock und Stein

Am zweiten Tag wurden dann steile Abfahrten und extreme Steigungen zum Kinderspiel. Nach einer Werksbesichtigung bei Magna-Steyr in Graz ging es mit der neuen Mercedes Benz G-Klasse sprichwörtlich über Stock und Stein auf die Halterhütte bei Sankt Radegunde. Nach einem gemeinsamen Mittagessen mit österreichischen Schmankerln, konnte jeder selbst hinter Steuer und seinen Umgang mit der Differentialsperre perfektionieren. Auch hier zeigte sich Mercedes Benz dank modernster Technik wieder von seiner besten Seite.

In München gelandet, waren sich alle einig, dass sich die Anstrengungen gelohnt haben, denn das Mercedes Benz Gipfeltreffen war für alle ein Highlight.



Unser Bild zeigt die Kampagnenbotschafter gemeinsam mit Landtagsvizepräsident Karl Freller und Innenminister Joachim Hermann. □

„Doppelt engagiert“

HEINZ-Mitarbeiter als Botschafter der Ehrenamts-Kampagne

Moosburg – Im Rahmen der Ehrenamts-Kampagne „Doppelt engagiert“ stellte Bayerns Innenminister Joachim Hermann im Bayerischen Landtag eine Auswahl der neuen Kampagnen-Videos vor. Gerhard Kiermeier von HEINZ Entsorgung steht als Botschafter für die Kampagne und ist mit einem eigenen Video vertreten.

Die Kampagne legt den Fokus auf die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf. Sie soll das Thema ins öffentliche Bewusstsein rücken und mehr Menschen für das Ehrenamt begeistern. Sechs Ehrenamtliche und ihre Arbeitgeber kommen in den Kampagnen-Videos zu Wort und zeigen die große Bandbreite der Ehrenamtlichen im Freistaat.

Besonders wertvolle Mitarbeiter

Auch Gerhard Kiermeier, Berufskraftfahrer bei HEINZ Entsorgung und seit 19 Jahren ehrenamtlicher Löschmeister bei der Feuerwehr in Moosburg ist als Botschafter im Video der Kampagne zu sehen. „Ehrenamt und Beruf. Doppelt engagiert, doppelt wertvoll“ lautet der Slogan.

Verständnis beim Arbeitgeber

„Es kommt immer mal wieder vor, dass ich auf Einsätze geru-

fen werde – auch während der Arbeitszeit. Ich bin froh, dass mein Arbeitgeber dafür Verständnis hat und mich in meinem Ehrenamt unterstützt“, so Kiermeier.

Ausstrahlung über die Regionalprogramme

Otto Heinz, Geschäftsführer der HEINZ Entsorgung: „Menschen wie Gerhard Kiermeier, die sich im Ehrenamt engagieren, sind zuverlässig, teamfähig und verantwortungsvoll. Das macht sie auch als Mitarbeiter sehr wertvoll. Ich bin stolz, dass Menschen wie Gerhard in unserem Unternehmen arbeiten.“

Die Kampagnen-Videos werden in den nächsten Wochen in den Regionalprogrammen Bayerns ausgestrahlt. Sie werden auch auf Twitter, Facebook und YouTube verbreitet. Auch auf dem Youtube- und Facebook-Kanal der HEINZ Entsorgung sind das Video und das Interview zu sehen. □

10. Agrartag von GVB und BayWa AG

Bio ist auf Wachstumskurs

Landwirte und Genossenschaften diskutieren über Bio

„Wie viel Bio braucht der Markt?“ – unter diesem Motto stand dieses Jahr der von Genossenschaftsverband Bayern (GVB) und BayWa AG ausgerichtete Branchentreff „Agrarimpulse“ in Augsburg. An der Veranstaltung nahmen rund 1.000 Landwirte sowie Vertreter der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken teil.

„Keine Frage, Bio ist auf Wachstumskurs“, sagte GVB-Vorstand Alexander Büchel in seiner Eröffnungsrede. In Bayern sei der Ökolandbau eine Erfolgsgeschichte, an der die bayerischen Genossenschaften ihren Anteil hätten. Büchel begründete das unter anderem damit, dass gut ein Viertel der deutschen Bio-Milch von Molkereigenossenschaften aus dem Freistaat verarbeitet und vermarktet wird.

Bayern hat die größten Bioflächen

Nach Angaben der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft ist Bayern heute das Bundesland mit der größten ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche. Dabei sei die Bereitschaft der Er-

zeuger, auf ökologischen Landbau umzusteigen, ungebrochen, so Büchel. Sorgen bereite jedoch, dass gerade in den letzten beiden Jahren der Zuwachs auf der Verbraucherseite mit dem Wachstum auf der Erzeugerseite nicht Schritt halten konnte. Erforderlich sei die Bereitschaft der Verbraucher, für Bio-Ware „vernünftige Preise zu bezahlen“.

Ökologie und Ökonomie versöhnen

Der BayWa-Vorstandsvorsitzende Klaus Josef Lutz sagte in seinem Impulsvortrag: „Wenn wir den Herausforderungen, vor denen die Landwirtschaft weltweit steht, erfolgreich begegnen wollen, müssen wir den Graben zwischen konventionel-

ler und ökologischer Landwirtschaft überwinden.“

Eine Bewirtschaftung nach guter fachlicher Praxis, das Ergreifen der Chancen, die die Digitalisierung bietet, sowie mehr Offenheit gegenüber neuen Züchtungsmethoden seien die Stellschrauben, um den vermeintlichen Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie in der Landwirtschaft zu versöhnen. Dies gelte unabhängig von der Bewirtschaftungsform. Lutz: „Alte Feindbilder helfen uns hingegen nicht weiter.“

Plattform für fachlichen Austausch

Die „Agrarimpulse“ werden seit zehn Jahren vom GVB und von der BayWa AG ausgerichtet. Die bayerische Genossenschaftsorganisation bietet ihren Mitgliedern und deren Kunden mit der Veranstaltung eine Plattform für den fachlichen Austausch. □



Die Initiative „Teil des Kreislaufs“ ist eine gemeinsame Kampagne der privaten bayerischen Entsorgungsunternehmen mit dem Ziel, Berufskraftfahrer für die Entsorgungsbranche zu begeistern. □

Kampagne für neue Müllfahrer

Gemeinsam mit dem Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS) haben HEINZ Entsorgung und sieben weitere Betriebe eine Kampagne gestartet, um für den Beruf des Kraftfahrers in der Entsorgungsbranche zu werben. Denn offene Stellen für Berufskraftfahrer sind immer schwerer zu besetzen. Bei der Auftaktveranstaltung vergangenen Freitag stellten die Betriebe zusammen mit dem Verband die Kampagne mit eigener Website, Flyer und Imagefilm sowie weitere geplante Maßnahmen vor. Sie verdeutlicht die Vorteile der Beschäftigung in der Entsorgung.

Unter dem Motto „Teil des Kreislaufs“ macht die Initiative darauf aufmerksam, dass es längst nicht mehr nur darum geht, Abfall abzuholen und auf der Deponie abzuladen. Kreis-

laufpiloten liefern hochwertige Rohstoffe an die Industrie und führen sie somit dem Recycling-Kreislauf zu. Weil diese Fachkräfte dringend gesucht werden, sensibilisieren HEINZ

Entsorgung, der VBS und die weiteren beteiligten Unternehmen für die vielen Vorteile, die der Beruf mit sich bringt. „Als mittelständisch geprägte Branche bieten wir attraktive, feste Gehälter und geregelte Arbeitszeiten – und damit eine optimale Work-Life-Balance. Das ist der entscheidende Faktor, durch die wir bei Bewerbungen punkten“, erklärt Geschäftsführer Otto Heinz anlässlich der Auftaktveranstaltung. „Wer einen Lkw-Führerschein hat, aber trotzdem den Feierabend mit Familie und Freunden verbringen will, ist als Kreislaufpilot bestens aufgehoben.“

Fachkräftemangel

Auch für Umsteiger bietet das Projekt Kreislaufpiloten Optionen: Als IHK-zertifizierter Ausbildungsbetrieb ermöglicht HEINZ Entsorgung als Berufskraftfahrer durchzustarten – auch für Quereinsteiger und Fachkräfte aus dem Ausland. „Aufgrund des Fachkräftemangels ist die Entsorgungswirtschaft auf Umsteiger angewiesen. Den bestehenden Bedarf können wir nicht ausschließlich mit deutschen Arbeitnehmern decken. Unsere Branche ist auch auf die Integration ausländischer Fachkräfte angewiesen“, betont Otto Heinz. „Wichtig ist, dass die Fahrer Spaß an ihrem Beruf und dem Umgang mit Menschen haben und sich gerne in unserem Betrieb einbringen.“

Interessenten können unter www.kreislaufwirtschaft.bayern Interviews mit Mitarbeitern ansehen, zusätzliche Informationen herunterladen und direkt mit den Betrieben Kontakt aufnehmen.

Link-Tipp: www.youtube.com/watch?v=B_1fWVOZgco □



Praktischer Anschauungsunterricht während des Seminars.

Bild: Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landespflege

Straßenbäume für Stadt und Land

Seminar für Gemeindearbeiter zur Grünpflege

Der Wert des Großgrüns für die Ortschaften im Landkreis Bamberg stand Mitte Februar im Vordergrund eines Seminars für 60 Vertreter der kommunalen Bauhöfe des Landkreises. Alles drehte sich um das Thema Straßenbäume. Bürgermeister Jakobus Kötzner begrüßte die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer im Saal des Bauernmuseums Bamberger Land. Organisiert wurde die Veranstaltung von den Kreisfachberatern für Gartenkultur und Landespflege, Alexandra Klemisch und Claudia Kühnel, die in der täglichen Beratungspraxis oft mit Fragen zur Vitalität und zur Sicherheit von Straßenbäumen in Berührung kommen.

Das Verhältnis von Mensch und Baum ist nicht immer ganz einfach. Das zeigt sich auch im öffentlichen Grün: Wo Bäume bei der Pflanzung nicht ausreichend Raum zur Entwicklung bekommen, treten später Probleme auf. Vor allem im Wurzelbereich, dem neben der Krone wichtigsten Teil des Baumes, leiden viele Straßenbäume unter Einengung durch Kantensteine, Asphalt- und Pflasterbeläge, Bo-

denverdichtung, Luft- und Wassermangel.

Wie schlechte Standortbedingungen vermieden werden können und wie sich problematische Situationen auch bei älteren Bäumen noch verbessern lassen, stellte Dr. Philipp Schönfeld von der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau Veitshöchheim vor. Über die Arbeitssicherheit bei Baumschnittarbeiten informierte im

Anschluss Martin Thoma von der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (svlfg).

Demonstration am lebenden Objekt

Der praktische Teil des Seminars rundete am Nachmittag das Thema mit einer Neupflanzung von zwei Jungbäumen und Pflegearbeiten an älteren Straßenbäumen ab. Mit Unterstützung des Gartenpflagegruppens und des Landschaftspflegegruppens des Landkreises Bamberg konnte hier am „lebenden Objekt“ anschaulich erprobt werden, wie das wertvolle Großgrün entlang von Straßen und Plätzen in den Ortschaften fachgerecht eingesetzt und weiter gepflegt werden sollte. Die Neupflanzungen wurden in Kooperation mit dem Staatlichen Straßenbauamt Bamberg umgesetzt, für die Pflegeschnitte an älteren Bäumen stellte die Gemeinde Frensdorf Gehölze auf dem Parkplatz an den Sportanlagen zur Verfügung.

Die Schulung wird fortgeführt

Die Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege werden auch im kommenden Jahr eine Schulung für Leiter und Mitarbeiter der kommunalen Bauhöfe anbieten, um die Gemeinden mit Knowhow zu unterstützen. Fachgerecht gepflegtes und ökologisch hochwertiges öffentliches Grün ist eine Bereicherung für das tägliche Arbeits- und Lebensumfeld in unseren Siedlungen und nicht zuletzt ein vielfach unterschätzter Lebensraum für heimische Tier- und Pflanzenarten. □



Neu: Elektrotansporter von StreetScooter

BayWa

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern

Besuchen Sie uns auf unseren Winterdienst-Vorfahrttagen vom 14.–28.3.2019 und erleben Sie u. a. auch den StreetScooter Work L sowie unser eMobility-Angebot. Nähere Infos unter www.baywa.de/winterdienstvorfahrtage.

Lernen Sie StreetScooter WORK kennen – den praktischen Allrounder für Ihre Kommune. Mit BayWa eMobility erhalten Sie auch ganzheitliche Ladeinfrastruktur-Lösungen aus einer Hand.

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

www.baywa.de/kommunaltechnik
www.baywa-emobil.de

Anmeldung für europaweite Aufräumkampagne:

„Let's Clean Up Europe“ 2019

Hunderttausende Freiwillige in Städten, Parks und Natur gegen Littering unterwegs

„Let's Clean Up Europe“, die europaweite Aufräumkampagne, startet in die fünfte Saison. Freiwillige können sich anmelden, die zwischen dem 1. März und 30. Juni 2019 Aufräumaktionen auf die Beine stellen wollen.

Im vergangenen Jahr haben europaweit rund 800.000 Menschen aus 30 Ländern Straßen, Parks und Natur von Abfall befreit. Allein in Deutschland sammelten 245.000 Freiwillige rund 1.098 Tonnen Abfall – das entspricht dem Gewicht von rund 51 Millionen To-go-Bechern. Das europaweite Aktionswochenende findet vom 10. bis 12. Mai 2019 statt. In Deutschland koordiniert der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) diese Anti-Littering-Kampagne.

Littering stellt vielerorts ein Problem für Mensch und Umwelt dar. VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp begrüßt das europaweite Engagement: „Let's Clean Up Europe mobilisiert erfolgreich gegen Littering und aktiviert das Bürgerengagement in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Teilnehmerzahlen dokumentieren eindrucksvoll, wie wichtig eine saubere Umgebung in Städten und Gemeinden für unsere Lebensqualität ist.“ Gerade im Bereich der To-go-Verpackungen gebe es jedoch enormes Potenzial, mehr Abfall zu vermeiden. Zahlreiche Kommunen setzen deshalb bereits auf Mehrweglösungen als einfache, umweltfreundliche Alternative. Hersteller und Politik sieht Hasenkamp in der Pflicht. Es brauche Regelungen für verpackungsarmes und recyclingfreundliches Produktdesign. □

Informationen zu „Let's Clean Up Europe“ und Aufräumaktionen gibt es unter: www.letsclanupeurope.de/home/ □

Region bittet Ministerpräsident Söder um Unterstützung

Zwölf Landkreise und Kreisfreie Städte drängen auf substantielle und möglichst schnelle Angebotsverbesserungen beim Schienenpersonennahverkehr

Mit einem gemeinsamen Schreiben wenden sich zwölf Landkreise und Kreisfreie Städte aus der Oberpfalz sowie aus Straubing und Kelheim an Ministerpräsident Markus Söder, den für die Region dringend notwendigen Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs sowohl auf der Ebene des Freistaats Bayern aktiv voranzubringen als auch beim Bund die zwingend erforderlichen Ausbaumaßnahmen mit Nachdruck einzufordern. Nur so könne die Verkehrssituation des Großraums Regensburg als eine der wachstumsstärksten Regionen in Bayern bewältigt und die Zukunftsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsraumes sichergestellt werden.

Die Initiative der zwölf Landräte und Oberbürgermeister/Bürgermeister greift damit nochmals mit Nachdruck die „Wiesener Erklärung vom 03.07.2018“ auf. Dort hatten sich die Landräte aus Cham, Kelheim, Neu-

markt i.d.OPf., Regensburg und Schwandorf sowie die Bürgermeisterin der Stadt Regensburg in einer gemeinsamen Resolution an die damalige Verkehrsmi-

nisierung eines S-Bahn-ähnlichen Betriebs im Stadt/Umlandverkehr von Regensburg einzusetzen.

Handlungsfelder

Der kürzlich im Landratsamt Regensburg unterzeichnete Appell der Landräte Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach), Franz Löffler (Cham), Martin Neumeyer (Kelheim), Willibald Gailler (Neumarkt i.d.OPf.), Andreas Meier (Neustadt an der Waldnaab), Tanja Schweiger (Regensburg), Thomas Ebeling (Schwandorf) und Josef Laumer (Straubing-Bogen) sowie des 2. Bürgermeisters der

Stadt Amberg, Martin J. Preuß (in Vertretung für Oberbürgermeister Michael Cerny), der Bürgermeisterin der Stadt Regensburg, Gertrud Maltz-Schwarzfischer, des Oberbürgermeisters der Stadt Straubing, Markus Pannermayr sowie des Oberbürgermeisters der Stadt Weiden i.d.OPf., Kurt Seggewiß, bezieht sich auf zwei Handlungsfelder.

Ausbaumaßnahmen

Zum einen solle der Freistaat Bayern die in der Erklärung vom 03.07.2018 geforderten Angebotsverbesserungen möglichst bereits bei den anstehenden Neuausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr berücksichtigen, etwa schon bei den Ende 2019 geplanten Vergabeverfahren. Zum anderen solle der Ministerpräsident beim Bund die Umsetzung folgender, bereits im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthaltenen Ausbaumaßnahmen einfordern: Kapazitätssteigerung und Elektrifizierung Obertraubling – Regensburg – Hof-Ausbaustrecke Nürnberg/München – Schwandorf – Furth im Wald – Grenze – Ausbaustrecke Regensburg – Landshut – Mühldorf am Inn – Ausbaustrecke Nürnberg – Regensburg/Prüfening – Regensburg – Obertraubling (mit dem dritten Gleis Feucht – Neumarkt).

Von zentraler Bedeutung sei, so die zwölf Unterzeichner weiter, dass der Bund der Deutschen Bahn AG jetzt die Planungsaufträge für diese Infrastrukturmaßnahmen erteilt und auch die weiteren Planungs- und Bauleistungen ohne Zeitverzögerung finanziert. Dies sei die entscheidende Voraussetzung für einen leistungs- und damit zukunftsfähigen ÖPNV/SPNV, wie er für die erfolgreiche Weiterentwicklung der gesamten Wirtschaftsregion Regensburg unerlässlich ist.

flüchteten Teilnahmemöglichkeiten durch Mitarbeit in vielfältigen Einzelprojekten wie z. B. Grassauer Kleiderschrank, Deuschlotten, Radwerkstatt oder Sprach- und Infocafé.

„Sie zeigen mit Ihren herausragenden Initiativen eindrucksvoll, wie Integration vor Ort gelingen kann. Mit Ihrem Engagement sind Sie anderen ein leuchtendes Vorbild“, gratulierte Innenminister Joachim Herrmann den Preisträgern. Gerade die Ehrenamtlichen und die Zivilgesellschaft spielen laut Herrmann eine wichtige Rolle bei der Integration. „Sie sind diejenigen, die sich tagtäglich vor Ort für Integration einsetzen und sie mit Leben erfüllen. Daher ist es mir so wichtig, dass wir mit einer Vielzahl von Integrationsprojekten die Akteure vor Ort unterstützen.“

Regierungspräsidentin Maria Els freute sich über die Vielfalt der Projekte und dankte allen Bewerbern für ihr ehrenamtliches Engagement für Integration und friedliches Zusammenleben. Sie verdienten höchsten Respekt und Anerkennung für ihren vorbildlichen und nachahmenswerten Einsatz für die Gemeinschaft. DK

Freude bei sechs Initiativen

Sechs Initiativen aus Grassau, München, Saaldorf-Surheim/Freilassing, Trostberg und Weilheim i. OB sind in den Kategorien Kultur, Bildung, Soziales, Wirtschaft und Sport mit dem Oberbayerischen Integrationspreis, dotiert mit insgesamt 5.500 Euro, ausgezeichnet worden. Die Initiativen stehen stellvertretend für alle anderen Bewerber um den Integrationspreis, deren gesellschaftliches Engagement vorbildlich ist.

In der Kategorie Bildung wurde die „ArrivalNews“ – Zeitung für Neubürger*innen der ArrivalAid gUG geehrt. Das Münchner Projekt bietet eine kostenlose, monatliche Zeitung, speziell für Neubürger. Sie soll Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund helfen, sich in der neuen Kommune und Nachbarschaft zurechtzufinden. Die optisch ansprechend gestaltete Zeitung will die Neankömmlinge auf ihrem Weg zu gut informierten Bürgern unterstützen. Die Zeitung ist in einfachem Deutsch geschrieben, enthält ein Glossar schwieriger Vokabeln und einen Lernteil. Die Artikel informieren über Alltagsthemen wie Suche nach Schule oder Kindertagesstätte, Berufsbilder oder Hintergrundthemen.

Sieger in der Kategorie Wirtschaft ist das Projekt „Gewinnung und Begleitung von Migranten als rechtliche Betreuer für Migranten“ des Betreuungsvereins des H-Team e.V. in München. Es bietet Migranten die Möglichkeit, sich für den Beruf des rechtlichen Betreuers zu qualifizieren. Betreuer mit Migrationshintergrund haben den Vorteil, dass sie in ihrer Muttersprache mit dem Betreuten sprechen können und dessen Werte und sozio-kulturellen Hin-

tergrund selbst kennen. Dadurch können sich die Betreuer optimal in die Situation des Betreuten hineinversetzen und bestmögliche Entscheidungen treffen. Das H-Team e.V. arbeitet dazu eng mit der Landeshauptstadt München zusammen, die das Projekt auch finanziell fördert.

Kategorie Sport

Das Projekt „Migranten-Fußball-Team“ des TSV 1896 Freilassing e.V. als Gewinner in der Kategorie Sport führt Integrationsarbeit auf spielerische Art in der Freizeit durch. Die Fußballmannschaft hat sich ursprünglich aus dem Schulsport entwickelt. Die Schüler mit Migrationshintergrund wollten das Fußballspiel nach ihrem Schulabschluss fortsetzen. Weitere Interessenten kamen dazu. Das Team schloss sich dem TSV 1896 Freilassing e.V. an und kann sich nun zur großen Freude aller im regelmäßigen Spielbetrieb mit anderen Fußballmannschaften messen, austauschen und neue Kontakte knüpfen.

Einmal monatlich lädt das siegreiche Projekt in der Kategorie Kultur „Kino für Frauen aller Kulturen“ der Brückenschule Trostberg Frauen aller Nationalität-

ten, Glaubensrichtungen und Kulturen mit ihren Kindern ein, gemeinsam einen Film anzusehen. Der Eintritt ist für alle Frauen und Kinder frei. Zur Begrüßung gibt es einen kostenlosen sog. Pirat Buck (eine Spezialwährung), der in Popcorn oder ein Getränk umgetauscht werden kann. Das Frauenkino hat sich gut etabliert: Es findet schon seit über einem Jahr statt und lockt jedes Mal zwischen 40 und 60 Frauen zur Filmvorführung und Gesprächen an.

In der Kategorie Soziales behielt das Projekt „Schülercoaching Weilheim“ von Klauspeter Schneider die Oberhand. Dort werden engagierte Bürgerinnen und Bürger dann tätig, wenn sich bei Schülern an Mittelschule und Grundschulen in Weilheim Schulprobleme häufen. Ziel ist, den Kindern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das Team bietet dazu in enger Zusammenarbeit mit den Lehrkräften praktische Hilfe bei der Bewältigung des Schulalltags an, z. B. Hausaufgabenhilfe, Deutschtraining, Hinweise für effektives Lernen oder Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Viele Schüler haben mit Hilfe der Schülercoaches den Schulabschluss oder den Wechsel auf eine weiterführende Schule geschafft.

Sonderpreisträger

Als Sonderpreisträger wurde ebenfalls in der Kategorie Soziales das Projekt „Integer“ des Integrier e. V. – Verein für Bildung und Integration in Grassau – ausgezeichnet. Das Projekt setzt sich erfolgreich für ein soziales Miteinander in der Gemeinde Grassau ein. Die Angebote sind offen für alle Bürger der Gemeinde. Dabei werden auch Geflüchtete einbezogen und Begegnungsmöglichkeiten für Einheimische und Geflüchtete geschaffen. Das Projekt eröffnet Personen mit eingeschränktem Zugang zur Bildung neue Perspektiven und bietet Ge-

„Daheim im Landkreis Regensburg“

Unter dem Motto „Daheim im Landkreis Regensburg“ steht der neue Imagefilm des Landkreises Regensburg. Landrätin Tanja Schweiger sowie Renate Pollinger, Geschäftsführerin von TVA Ostbayern (TVA), präsentierten das 4:11 Minuten lange Werk, das von TVA in Kooperation mit der Produktionsfirma one4two umgesetzt worden war.

Über 200 geladene Gäste zeigten sich beim Präsentationsabend vom neuen Landkreisfilm begeistert.

„Nachdem 2018 das lang ersehnte Dienstleistungszentrum unter einem Dach ganz fertig gestellt wurde, soll der Film nun einen Einblick geben in das große Aufgabenspektrum des Landratsamtes. Kompakt und anschaulich präsentiert in einem modernen Kommunikationsformat soll der

neue Imagefilm aufzeigen, wie umfassend und alle Lebensbereiche betreffend das Aufgabenspektrum des Landkreises ist. Und, was noch wichtiger ist, der Film soll darstellen, wo überall das Landratsamt konkrete Hilfsangebote für die Landkreiskinder und Landkreiskinder vorhält“, sagte Landrätin Tanja Schweiger.

Der neue Landkreisfilm ist zu finden auf der Homepage des Landkreises und bei YouTube. □



Erste Reihe von links: Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer (Stadt Regensburg), Landrätin Tanja Schweiger (Landkreis Regensburg), Landrat Franz Löffler (Landkreis Cham), Landrat Willibald Gailler (Landkreis Neumarkt i.d.OPf.).

Zweite Reihe von links: Oberbürgermeister Markus Pannermayr (Stadt Straubing), Landrat Josef Laumer (Landkreis Straubing-Bogen), Landrat Martin Neumeyer (Landkreis Kelheim), Landrat Thomas Ebeling (Landkreis Schwandorf), 2. Bürgermeister Martin J. Preuß (Stadt Amberg), Hans-Jürgen Haas (Geschäftsführer Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach, in Vertretung für Landrat Richard Reisinger).

Bild: Landratsamt Regensburg, Beate Geier

14. Landshuter Umweltmesse:

Schauplatz für Innovation

Der Landshuter Messepark und die Flächen in und um die Sparkassenarena werden erneut zum attraktiven Schauplatz für Produkte, Dienstleistungen und Innovationen. Vom 29. bis 31. März 2019 haben die Besucher auf der Landshuter Umweltmesse Gelegenheit, innovative Produkte und Dienstleistungen mit den Schwerpunkten Natur und Technik, Bauen & Wohnen, Energie und Mobilität sowie Gesundheit und Ernährung zu bestaunen.

Die Umweltmesse zeigt bei freiem Eintritt, was Industrie, Handwerk, Forschung, Handel und Dienstleistung an umwelt-, klima- und gesundheitsfreundlichen Leistungen bieten. Wie die Organisatoren um den Geschäftsführenden Gesellschafter der Landshuter Umwelt GmbH, Rudolf Schnur, im Rahmen einer Pressekonferenz erläuterten, soll eine Plattform zum gegenseitigen Kennenlernen und Erfahrungsaustausch sowie zum Erleben der E-Mobilität in seinen vielen Facetten geboten werden. Interessierte E-Mobilisten seien erneut dazu eingeladen, die Messe im Zuge einer Sternfahrt mit dem eigenen Elektro- oder Hybridfahrzeug am 30. März zu besuchen. Kostenloses Ladestrom gibt es mit einer Vielzahl an Anschlussmöglichkeiten.

Sternfahrt mit dem eigenen Elektro- oder Hybridfahrzeug

Den ganzen Tag über können die E-Mobilisten untereinander und mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft Erfahrungen austauschen. Die Teilnehmer an der Sternfahrt präsentieren ihre E-Mobile (gerne auch Hybrid-Mobile) auf reservierten Parkplätzen mit Lademöglichkeit. Durch Probefahrten mit den Produkten der Aussteller auf dem eigens angelegten Parcours wird E-Mobilität erfahrbar gemacht.

Krönung des Tages ist eine Preisverleihung mit den teilnehmenden E-Mobilisten in den Fahrzeugkategorien „Größte gemeinsam mit E-Fahrzeugen angereiste Gruppe“, „Weiteste Anfahrt mit einer E-Limousine“, „Weiteste Anfahrt mit einem E-Kompakt-Pkw“, „Weiteste Anfahrt mit einem E-Motorrad“, „Weiteste Anfahrt mit einem E-Bike“ und „Außergewöhnlichstes E-Fahrzeug“. Interessierte Sternfahrer werden um Voranmeldung unter info@umweltmesse.LA gebeten.

Vieleisig ist auch heuer wieder das Umweltbildungsprogramm für Schulen: Für Grundschulen werden die Module „Abfallwirtschaft“ durch den Zweckverband Müllverwertung Schwandorf (ZMS) und „Tiere erleben/Naturmaterialien verarbeiten“ (Alpakahof Holzner) angeboten. Das Bildungsangebot für mittlere Jahrgangsstufen besteht wiederum aus einem

Elektromobilitäts-Quiz und der Fahrt auf einem eigens für Kinder auf dem Freigelände angelegten Parcours.

Die Leihreinheit hat zum Ziel, den Kindern und Jugendlichen einen Wissensvorsprung zum Thema Elektroauto zu erteilen. Zusammenhänge zwischen Strom, Ladesäulen, Elektrofahrzeugen und Umwelt werden mit den Teilnehmern erarbeitet und visualisiert. Höhepunkt ist die praktische Übung, ein Fahrzeug aufzutrommeln.

Zum dritten Mal auf der Messe vertreten ist auch der Sektor „Pilgern und Wandern“. Mit der Fußwallfahrt von Landshut nach Altötting soll dabei der spirituelle Aspekt des Pilgerns hervorgehoben werden.

Neben Ausstellungen, Vorträgen und Vorführungen enthält das vielfältige Rahmenprogramm Kunst- und Kulturbeiträge. Ein breites Angebot an ökologischen Schmankerln aus der Region und eine unentgeltliche umweltpädagogische Kinderbetreuung runden das Programm ab.

Große Werbewirkung

Neben Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ist Oberbürgermeister Alexander Putz Schirmherr der Umweltmesse. Er verwies auf die große Werbewirkung für die Stadt Landshut. Die Stadt nebst Stadtwerken präsentiert sich mit den Aufgaben Naturschutz und Mobilitätsmanagement als moderne Kommune. Als Aufsichtsrat der Messe GmbH freut sich Putz besonders über die zahlreichen Besucher (zwischen 35.000 und 38.000), die jährlich den Messtermin wahrnehmen. Die Veranstaltung zeige, dass nachhaltiger Lebensstil auch zum Lifestyle gehören kann.

„Wir haben es endlich erreichen können, Aussteller nicht nur, und das ist nicht abwertend, aus Italien und Österreich zu begrüßen, sondern dieses Mal auch aus Tschechien und Polen“, betonte Rudolf Schnur. Dies sei umso erfreulicher, machten doch Klimaschutz und Umweltschutz nicht an den Grenzen Halt. „Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, umweltfreundlich durchs Leben zu gehen“, so Schnur. Dies funktioniere allerdings nur im Falle einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. DK

E-MOBILE STERNFAHRT

Landshuter Umweltmesse™
im Messepark
Eintritt frei
29. - 31. März 2019

Bauen & Wohnen
Natur & Technik
Energie & Mobilität
Gesundheit & Ernährung

www.Umweltmesse.LA

SAMSTAG
30. MÄRZ 2019
www.Umweltmesse.LA

LEW startet Pilotversuch Inno.Live in Stadtbergen und Königsbrunn

Digitale Steuerung für Kommunen verbessert Abläufe und reduziert Kosten
Wichtiger Baustein auf dem Weg zur Smart City

Sie überwachen Rettungswege, melden volle Müllbehälter oder erkennen, wann Blumenbeete gegossen werden müssen: Sensoren, die Vorgänge messen und die Daten über ein Funknetzwerk übermitteln, sind zentraler Bestandteil eines Projekts, das die Lechwerke AG (LEW) in Königsbrunn und Stadtbergen startet. Der Pilotversuch Inno.Live bildet einen wichtigen Baustein für die vernetzte und intelligente Stadt der Zukunft (Smart City). Gemeinsam mit den Stadtverwaltungen werden dabei Abläufe und Services intelligent vernetzt und digital gesteuert. Dadurch können die Kommunen ihre Arbeitsabläufe optimieren, den Bürgerservice verbessern und Kosten einsparen.

Die Partner testen im Pilotversuch verschiedene Anwendungen, die jedoch auf dem gleichen Prinzip basieren: Sensoren messen unterschiedliche Vorgänge oder Zustände. Sie können zum Beispiel erfassen, ob Behälter voll sind, erkennen Bewegungen oder messen Feuchtigkeit. Diese Daten werden von den Sensoren an ein sogenanntes LoRa-Gateway (LoRa - Long Range: große Reichweite) übermittelt.

Der Pilotversuch in Königsbrunn und Stadtbergen startete im November und läuft bis April 2019. Gerade bei winterlichen Wetterbedingungen soll die Technik einem Härtestest unterzogen werden. Dazu haben die LEW-Experten in Königsbrunn und Stadtbergen jeweils drei LoRa-Gateways an Straßenlaternen angebracht und zunächst insgesamt 35 Sensoren für verschiedene Einsatzbereiche installiert.

Kostengünstiges Funknetzwerk

Dabei handelt es sich um ein besonders kostengünstiges und energiesparendes Funknetzwerk mit einer Reichweite von rund drei Kilometern im städtischen Bereich. Über das LoRa-Gateway werden die Daten in einem weiteren Schritt per Mobilfunk in eine zentrale Datenbank übertragen und dort aufbereitet. Über ein Online-Portal stehen die Informationen den Nutzern zur Verfügung.

Härtestest

So erfassen Sensoren an Hundetoiletten, ob die Abfallbehälter voll sind oder Tüten nachgefüllt werden müssen. Sensoren messen in Blumenbeeten oder Pflanzkübeln die Feuchtigkeit und Bewegungssensoren überwachen Rettungswege. In Stadtbergen werden zudem 25 Straßenleuchten umgerüstet, die über das LoRa-Funknetzwerk gesteuert werden können.

„Wir starten mit ausgewähl-

ten Einsatzbereichen und wollen im Laufe des Pilotversuchs weitere Anwendungen und Kommunen mit hinzunehmen. Die Einsatzmöglichkeiten der Sensoren und des LoRa-Funksystems sind vielfältig“, betont LEW-Projektleiter Christian Mayr. Neben den bereits genannten Anwendungen im Pilotversuch können damit zum Beispiel auch Umweltdaten erfasst, Wasserstände an Kanälen oder Unterführungen gemessen, Verkehrsschilder an Baustellen überwacht oder Fahrplananzeigen im öffentlichen Personennahverkehr gesteuert werden.

Datenbank und Online-Portal sind Herzstück von Inno.Live

Das Herzstück von Inno.Live bilden die eigens von LEW entwickelte Datenbank und das Online-Portal. „Unser Ziel war es, eine möglichst einfache, flexible und komfortable Anwendung für die Nutzer zu entwickeln und dabei gleichzeitig einen sehr hohen Sicherheitsstandard zu garantieren“, erläutert LEW-Projektleiter Martin Thoma, verantwortlich für die IT-Entwicklung. Die von den Sensoren erfassten und über die LoRa-Gateways übermittelten Daten werden in der Datenbank verarbeitet und anschließend den Nutzern über ein mobilfähiges Online-Portal zur Verfügung gestellt.

Die Mitarbeiter der Stadtverwaltungen können diese Informationen abrufen und ihre Arbeitsabläufe zielgerichtet steuern. Damit können beispielsweise Fahrtrouten optimiert werden und Routineerledigungen von halbleeren Hundetoiletten oder regelmäßige Kontrollen von Rettungsweegen zukünftig entfallen. So lassen sich Kosten reduzieren, der Service für die Bürger verbessern und durch weniger Fahrten auch die Umwelt schonen.

Baustein für Smart City

„Die Digitalisierung bietet den Städten und Gemeinden neue Möglichkeiten. Inno.Live ist ein Baustein für die intelligente und vernetzte Stadt“, sagt Josef Wagner, Leiter Kommunalmanagement von LEW. „Wir sind überzeugt, dass smarte Lösungen nicht nur für Großstädte relevant sind, sondern auch kleineren Städten und dem ländlichen Raum Vorteile bieten. Die Ergebnisse unseres Pilotversuchs werden in die Weiterentwicklung dieser smarten Anwendung für Kommunen einfließen.“

Königsbrunn's Erster Bürgermeister Franz Feigl: „Das Konzept von Inno.Live ist hier in Königsbrunn entwickelt worden. Da war es für uns keine Frage, dass wir für einen Pilotversuch zur Verfügung stehen. Die Technologie ist kostengünstig und flexibel nutzbar. Wir sehen für Königsbrunn durchaus weitere Einsatzmöglichkeiten, um unsere Abläufe und den Service für die Bürger weiter zu verbessern.“

Stadtbergen's Erster Bürgermeister Paulus Metz: „Als innovative Stadtverwaltung wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um unsere Abläufe weiter zu optimieren. Unsere Mitarbeiter können mit der neuen Technologie ihre Fahrten und Kontrollgänge noch effizienter steuern. Auch die umweltpolitischen Aspekte der CO₂-Einsparung sind ein wichtiger Beitrag.“



V.I.: Josef Wagner, Leiter Kommunalmanagement von LEW, Königsbrunn's Erster Bürgermeister Franz Feigl, Stadtbergen's Erster Bürgermeister Paulus Metz und die LEW-Projektleiter Christian Mayr und Martin Thoma präsentieren den Pilotversuch Inno.Live und präsentierten die wichtigsten Komponenten: Sensoren, die einen bestimmten Zustand messen, Gateways, die die Daten aufnehmen und in eine zentrale Datenbank übertragen, und Endgeräte wie beispielsweise ein Tablet, auf dem die Infos bequem abgerufen werden können. Bild: LEW/Christina Bleier

Tausch-Kreis-Pfaffenhofen:

Neue Form organisierter Nachbarschaftshilfe

Im Herbst vergangenen Jahres ist der Startschuss für den neuen Tausch-Kreis Pfaffenhofen a. d. Ilm gefallen. Die Idee zu tauschen, wie es sonst nur unter Freunden und Nachbarn üblich ist, wird zur Freude der Verantwortlichen sehr gut angenommen.

Wie funktioniert der Tausch-Kreis? Wie kann ich Mitglied werden? Wie sieht der Tausch in der Praxis aus? Diese oder ähnliche Fragen werden an dem Abend vom Organisationsteam des Tauschkreises beantwortet. Mitglieder, die bereits untereinander getauscht haben, können nach ihren Erfahrungen befragt und Interessenten gerne an dem Abend schon Mitglied werden.

Der Tausch-Kreis Pfaffenhofen ist eine neue Form organisierter Nachbarschaftshilfe für den gesamten Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm. Vor kurzem konnte bereits das 50. Mitglied begrüßt werden, rund 120 Angebote und Gesuche wurden schon eingestellt. Und nun wird fleißig getauscht. Neben sozialen und handwerklichen Dienstleistun-

gen werden z.B. aktuell Faschingskostüme zum Verleih, Strick- und Häkelauftragsarbeiten und der Verleih von Langlaufskiern für Damen und Herren angeboten.

Gesucht werden z.B. Personen, die spanisch oder schwedisch sprechen bzw. beim Erlernen der Sprachen oder beim Spielen eines Keyboards unterstützen wollen. Gemeinsam mit Ehrenamtlichen, dem Bündnis für Familie des Landkreises Pfaffenhofen und dem Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement am Landratsamt Pfaffenhofen (KOBE) wurde die Idee in den letzten Monaten in die Tat umgesetzt. Wer Interesse am Tausch-Kreis Pfaffenhofen hat, findet unter www.tausch-kreis-paf.de.

Ortskern aktiv!

Neue Projekte für Bürger und Kommunen bei der Innenentwicklung

Im Rahmen des Konversionsmanagements unterstützte der Landkreis Donau-Ries seit 2015 mit einem Modellprojekt Kommunen bei ihrer Innenentwicklung. Nun wird es mit neuen Maßnahmen für Kommunen weitergehen. Für Bürgerinnen und Bürger sind in den nächsten Jahren innovative und kostenlose Projekte geplant.

Das Modellprojekt Flächenmanagement und Innenentwicklung läuft im Landkreis Donau-Ries bereits seit April 2015. Da es eine solche Initiative bisher nur wenige Male in Bayern gibt, hat der Landkreis Donau-Ries eine Vorreiterrolle inne. Mit einem innovativen Konzept werden nun in den nächsten Jahren die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger bei der Innenentwicklung unterstützt. In den letzten Monaten wurde intensiv an der Umsetzung gearbeitet.

Unter dem Motto „Ortskern aktiv!“ werden bis 2021 zahlreiche neue Maßnahmen durchgeführt. So wird es ab sofort Gutscheine für eine kostenlose Erstbauberatung geben. Eigentümer, oder Personen denen ein Erwerbsinteresse nachgewiesen werden kann, können für Leerstände und Baulücken in den historisch gewachsenen Ortskernen eine Erstbauberatung durch vier Architekturbüros landkreisweit erhalten. Für die Jahre 2019 und 2020 stehen jeweils 20 Gutscheine zur Verfügung. Der genaue Ablauf, sowie die Antragstel-

lung, kann unter www.donauries.bayern/wohnen eingesehen werden. Die Beratungssuchenden sollen in ihrem Vorhaben, im Ortskern zu bauen, zu sanieren oder nachzuverdichten, bestärkt werden. Zudem soll für die regionale Baukultur sensibilisiert werden. Bei einem Beratungsgespräch mit einem Architekten oder einer Architektin können erste Informationen über die Möglichkeiten zur Gestaltung eingeholt werden. Bei Fragen und Unklarheiten kann eine Hilfestellung gegeben werden.

Kostenlose Vortragsreihe

Um die Belebung und Entwicklung der Orts- und Stadtkerne zukunfts- und erfolgreich gestalten zu können, sind in den nächsten Jahren umfangreiche Informationsangebote für alle Bürgerinnen und Bürger geplant. So wird es im Jahr 2019 eine kostenlose Vortragsreihe zu den Themen „Barrierefreie Wohnen“, „energetisches Sanieren“ und „Erwerb und Sanierung im Bestand“ geben. Die ge-

nauen Termine werden rechtzeitig durch die Presse bekannt gegeben. Zudem wird ein Empfang für Innenentwickler Ende des Jahres durchgeführt. Hierbei werden gute Beispiele im Bestand vorgestellt und die Personen, die einen Leerstand oder eine Baulücke saniert oder bebaut haben, geehrt.

Die guten Beispiele der Innenentwicklung werden außerdem landkreisweit vermarktet. Ab sofort steht unter www.donauries.bayern/wohnen auch eine Immobilienbörse für innerörtliche Leerstände und Brachflächen zur Verfügung. Interessierte können sich auf der neuen Plattform umfassend über den Kauf informieren. Es stehen Exposé von Leerständen und Baulücken in den Ortskernen zur Verfügung. Die Plattform kann von den Kommunen kostenlos genutzt werden. Konversionsmanagerin Barbara Wunder dazu: „Für eine nachhaltige und aktive Innenentwicklung sind vielfältige Maßnahmen und eine Verstärkung des Prozesses notwendig. Mit der Weiterführung des Projektes hoffen wir, wertvolle Impulse für die Entwicklung der Ortskerne zu setzen.“

Für eine nachhaltige positive Entwicklung der Ortskerne ist es notwendig, die Kommunen weiterhin zu unterstützen und Serviceangebote bereitzustellen, betont Landrat Stefan Rößle. So werden für die Kommunen in den nächsten Jahren eine detaillierte Wohnraumstudie erstellt, Schulungen für die neu geschaffene Immobilienbörse und die Flächenmanagementdatenbank des Landesamtes für Umwelt angeboten sowie Beratungen zu modernen Steuerungsmöglichkeiten der Innenentwicklung durchgeführt. Dieser Service ist für die Kommunen kostenlos.

Das Konversionsmanagement steht als Servicestelle für Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger rund um das Thema Flächenmanagement und Innentwicklung zur Verfügung. Ansprechpartnerin ist Konversionsmanagerin Barbara Wunder (barbara.wunder@donauries.bayern). □



Landrat Stefan Rößle (l.), Stabsstellenleiter Günther Zwinger und Konversionsmanagerin Barbara Wunder bei der Vorstellung der neuen Maßnahmen für die Belebung von Ortskernen.

Bild: Stefanie Fieger, Konversionsmanagement Landkreis Donau-Ries

TV BAYERN
LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de



Mit seinem Projekt „Migranten-Fußball-Team“ führt der „Turn- und Sportverein 1896 Freilassing e.V.“ Integrationsarbeit auf spielerische Art in der Freizeit durch. Der Verein wurde dafür jetzt mit dem Oberbayerischen Integrationspreis 2018 ausgezeichnet. Unser Bild zeigt die Preisträger u.a. mit Innenminister Joachim Herrmann (5.v.r.) und Freilassings Bürgermeister Josef Flatscher (2.v.r.).

Freilassings Bürgermeister Josef Flatscher:

„Wir machen Betroffene zu Beteiligten“

Lange bevor das Thema „Integration“ in aller Munde war, hat man sich in Freilassing darüber Gedanken gemacht, wie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in der Stadt gestärkt werden kann und wie Menschen mit Migrationshintergrund in die Gemeinschaft integriert werden können.

„Für mich galt schon immer das Motto, Betroffene zu Beteiligten machen“, so Bürgermeister Josef Flatscher, der sein Amt im Jahr 1999 antrat. Freilassing hatte speziell in einem Stadtteil, in dem auch viele Menschen mit Migrationshintergrund leben, Probleme verschiedenster Art. Arbeitslosigkeit, Unverständnis der Volksgemeinschaft, Vandalismus, Kleinkriminalität und vor allem die fehlende Integration sind die Probleme, die auch andere Städte kennen. „Eine meiner ersten Aufgaben war es, einen Sicherheitsbeirat ins Leben zu rufen, in dem Bürgerinnen und Bürger aus allen Bereichen unserer Gesellschaft vertreten sind.“

Der Sicherheitsbeirat hat die Aufgabe, den Stadtrat und die Verwaltung in Sachen Sicherheit und öffentliche Ordnung zu beraten, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und vor allem vorbeugende Maßnahmen vorzuschlagen. Ein Vorschlag zur Integration ausländischer Mitbür-

ger war, ein „Kulinarisches Nationenfest“ zu veranstalten, in dem sich verschiedenste Nationen präsentieren können.

Das Kulinarische Nationenfest wurde dann auf Initiative des Sicherheitsbeirats und des Wirtschaftsverbands der Stadt ins Leben gerufen. Inzwischen hat sich ein Team von Frauen aus verschiedensten Nationen gebildet, die sich selbst organisieren und das Fest eigenständig veranstalten. Waren es anfänglich nur einige wenige Nationen, so sind inzwischen 15 Nationen aus der ganzen Welt dabei und verwöhnen seit 12 Jahren beim alljährlich stattfindenden Fest die Besucher mit Spezialitäten aus ihrer Heimat. Sie erhielten für ihre Aktivitäten bereits den Integrationspreis der Regierung von Oberbayern.

Die Gruppe des „Nationen-Teams“ trifft sich auch privat und zu anderen Veranstaltungen. So initiierte die Gruppe zum Beispiel die „Grenzenlosen Spiele“ in Freilassing, bei denen die einzel-

nen Stadtteile sich spielerisch im Wettstreit messen. Auch hier sind die ausländischen Mitbürger mit dabei! Die „Grenzenlosen Spiele“ wurden ebenfalls mit dem Integrationspreis der Regierung von Oberbayern ausgezeichnet.

Migranten-Fußball-Team

Aber auch weitere Gruppierungen oder Vereine engagieren sich für die Integration ausländischer Mitbürger, wie zum Beispiel der „Turn- und Sportverein 1896 Freilassing e.V.“. Sein Projekt „Migranten-Fußball-Team“ führt Integrationsarbeit auf spielerische Art in der Freizeit durch. Der Verein wurde dafür jetzt mit dem Oberbayerischen Integrationspreis 2018 ausgezeichnet (siehe Seite 16).

„Sie zeigen mit Ihren herausragenden Initiativen eindrucksvoll, wie Integration vor Ort gelingen kann. Mit Ihrem Engagement sind Sie anderen ein leuchtendes Vorbild“, gratulierten Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann, die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Gudrun Bren-

del-Fischer, und Regierungspräsidentin Maria Els den Preisträgern.

In dem ehemals sehr problematischen Stadtteil hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten viel getan: Es wurde dort ein Quartiersbüro installiert – das KON-

TAKT. Es ist ein Bürgerzentrum und Mehrgenerationenhaus für alle Bürgerinnen und Bürger. Das Ziel war und ist es, die Wohn- und Lebenssituation im Stadtteil gemeinsam mit den Anwohnern zu verbessern, das Engagement und die Initiative der Menschen zu fördern, Begegnungsmöglichkeiten zu bieten und Ratsuchende zu unterstützen.

Ebenfalls wurde ein großer Spielplatz mit Veranstaltungsmöglichkeiten und Aktivspielertreff in diesem Viertel geschaffen. Der große Pluspunkt dabei ist, dass sich die Anwohner und Anwohnerinnen, also vor allem auch diejenigen mit Migrationshintergrund, dort selbst einbringen. So ist der Platz „ihr“ Spielplatz und Treff und es findet kaum noch Vandalismus statt. Insgesamt hat sich die Situation im Stadtteil deutlich verbessert; viele der früheren Probleme konnten gelöst werden.

Das KONTAKT wird von der Stadt koordiniert, aber es lebt von den vielen Freiwilligen und denjenigen, die sich dort engagieren. Weitere Informationen unter www.kontakt.freilassing.de. So gelingt Integration!

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

Migranten werden „Fit in Deutsch“

Für Migrantinnen und Migranten startete im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen vor kurzem ein einmaliges, kostenfreies Sprachlernprojekt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Möglichkeit, ihre Sprachkenntnisse individuell zu verbessern. Das Projekt richtet sich insbesondere an Frauen, Berufstätige in Wechselschichten und Personen aus Herkunftsländern, die keinen Zugang zu einem Integrationskurs haben.

In Altmühlfranken leben derzeit rund 9.000 ausländische Bürgerinnen und Bürger. Für einen Großteil stellt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zum Erwerb und zur Verbesserung der Deutschkenntnisse Integrationskurse zur Verfügung. Doch diese sind nur einem bestimmten Personenkreis zugänglich. Damit alle Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit erhalten, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern, wird von Seiten der „Zukunftsinitiative altmühlfranken“ ein flexibles und individuelles Lernkonzept angeboten.

Das Konzept fußt auf zwei Komponenten, die aufeinander abgestimmt sind: Zum einen lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Hilfe einer Sprachhapp und einem Lehrbuch individuell je nach Sprachniveau unter der Woche selbstständig Deutsch. Zum anderen wird das Gelernte am Wochenende unter Anleitung von qualifizierten Lehrkräften vertieft. In den Unterrichtseinheiten geht es vor allem darum, die mündlichen Fertigkeiten zu optimieren. Der Unterricht findet in den Räumlichkeiten der Volkshochschule Gunzenhausen statt.

Am Ende des Sprachkurses kann jeder Teilnehmer einen offiziellen Abschlusstest (Telc) ablegen und sich damit sein Sprachniveau zertifizieren lassen. Dank der großzügigen finanziellen Unterstützung durch die HERMANN GUTMANN STIFTUNG werden keine Teilnahmegebühren erhoben. Auf Berufstätige können lediglich Kosten für das Zertifikat zukommen. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Mehr Bürgernähe für den Klimaschutz

Energieagentur Ebersberg-München eröffnet zweiten Standort

Eine gezielte und auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmte Beratung ist notwendig, will man die vielfältigen Chancen der Erneuerbaren Energien optimal nutzen. Mit einem neuen Büro in Unterhaching kann das Team der Energieagentur Ebersberg-München diese Unterstützung nun auch deutlich besser im Landkreis München anbieten.

„Durch das Büro in Unterhaching sind wir jetzt näher dran an den Menschen im Landkreis München. Wir können damit flexibler auf Anfragen aus dem Landkreis München reagieren und leisten durch kürzere Anfahrtswege zu unseren Kunden auch einen Beitrag zum Klimaschutz“, so Hans Gröbmayer, Geschäftsführer der Energieagentur Ebersberg-München.

Durch die Büroräume in Unterhaching wird jetzt geographisch sichtbar, was sich bereits seit 2017 aus dem Namen herauslesen lässt: Die einst nur für den Landkreis Ebersberg gegründete Energieagentur arbeitet inzwischen landkreisübergreifend und unterstützt und berät bei Energiefragen in beiden Landkreisen.

Professionelle Beratung vor Ort

Landrat Christoph Göbel zeigt sich über die neue Geschäftsstelle hoch erfreut. „Durch die stärkere Präsenz im Landkreis München können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Energieagentur die Energiewende im Landkreis München noch wirkungsvoller anschieben. Und die Landkreisbürger haben ab sofort die Chance, sich direkt vor Ort von den Profis der Energieagentur beraten zu lassen.“

Auch der Ebersberger Landrat Robert Niedergesäß sieht diese Entwicklung positiv: „Ich freue mich sehr, dass unsere Energieagentur Ebersberg-München jetzt neben dem Hauptsitz Ebersberg eine Außenstelle im Landkreis München beziehen kann. Diese Präsenz der Energieagentur im Landkreis München stärkt die Kooperation beider Landkreise für unser gemeinsames Ziel: den Klimaschutz.“

Ihre neuen Räume im Landkreis München hat die Energieagentur Ebersberg-München bei der Geothermie in Unterhaching gefunden. Dadurch können langfristig betrachtet auch Synergieeffekte genutzt und Unterhaching als Standort regenerativer Energien im Landkreis München gestützt werden: „Die Energieeffizienz ist bei der Nutzung erneuerbarer Wärmequellen ein unverzichtbarer Erfolgsbaustein des Klimaschutzes“, sagt Wolfgang Geisinger.

Der Geschäftsführer der Geothermie Unterhaching GmbH & Co. KG ergänzt: „Mit dem neuen Standort und ihren kompetenten Beratern bietet die Energieagentur unseren Kunden eine erstklassige Adresse, um die Wärmenutzung im Haus zu optimieren und so langfristig Geld zu sparen und die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen.“

Auch Unterhachings Erster Bürgermeister Wolfgang Panzer sieht den Einzug der Energieagentur positiv: „Mit der Energieagentur Ebersberg-München gewinnen wir in Unterhaching einen hochgeschätzten und anerkannten Partner beim Ausbau und der Förderung regenerativer Energien und der Energieeffizienz“, sagt er und betont ebenfalls die sich bietenden Synergieeffekte.

In Unterhaching bietet das Team das gleiche Beratungsportfolio wie am Stammsitz in Ebersberg. Dazu gehören Erstberatungen für Privatpersonen, Kommunen und Unternehmen rund um Themen wie Elektromobilität, LED-Umrüstung, Energie- und Verbrauchsschecks, aber auch die Organisation und Durchfüh-

rung von Informations- und Bürgerveranstaltungen, in denen Impulse und Hintergrundinfos gebündelt vermittelt werden.

Das die Energieagentur Ebersberg-München noch vor dem Start ihrer Arbeit in Unterhaching bereits vor Ort so wohlwollend aufgenommen wird, verdeutlicht wie gut die Entscheidung für diesen Standort war.

„Wir von der Bürger-Energie-Genossenschaft Unterhaching sind hocherfreut darüber, dass die Energieagentur Ebersberg München ihr neues Büro für den Landkreis München in Unterhaching eröffnet. Auf unterschiedlichen Wegen verfolgen wir das gemeinsame Ziel die Energiewende im Landkreis voranzubringen, wobei jeder seine individuellen Kompetenzen und Ressourcen einbringen kann. Wir freuen uns auf einen regen Austausch von Ideen und Vorschlägen und vielleicht auch auf das eine oder andere gemeinsame Projekt“, so Dipl.-Ing. Wilfried Taetow, Vorstand Technik der Bürger-Energie-Unterhaching EG.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse

GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bibliothekszentrum in Hösbach:

Erfreuliche Bilanz

Auf ein erfolgreiches Jahr 2018 kann das Bibliothekszentrum des Landkreises Aschaffenburg in Hösbach zurückblicken. Von den 3.253 aktiven Lesern hatten sich 674 erst in 2018 neu angemeldet, es gab somit gut 50 mehr Neuanmeldungen als im Jahr zuvor. Erfreulich auf 135 gestiegen ist die Zahl der Schulklassen, die 2018 ins Bibliothekszentrum kamen. Etwas zurückgegangen ist hingegen die Jahresausleihe.

Der Ausleihrückgang betrifft alle Bereiche mit Ausnahme der Kinder- und Jugendbücher sowie der eMedien. Die Kinder-CDs erzielten dennoch mit über 14 Entleihungen pro Scheibe den höchsten Umsatz. Die Onleihe (digitale Ausleihe) stieg auch im vergangenen Jahr an. Diese wurde von knapp 23 % der aktiven Leser genutzt.

Verringert hat sich hingegen die Zahl der Entleihungen der DVDs bzw. Blu-rays, Musik-CDs und Hörbücher. Die Hörbücher konkurrieren mit den eAudios der Franken-Onleihe, während die Musik-CDs und DVDs eine starke Konkurrenz durch die Streamingdienste haben.

In 2018 wurden rund 800 Schülerinnen und Schüler in die Benutzung der Bibliothek oder in die Medien- bzw. Internetrecherche eingeführt. Als offizielles Wahllokal der U18-Bundestagswahl empfing das Biblio-

thekszentrum im Oktober 2018 rund 550 Kinder und Jugendliche. Insgesamt wurden 80 Veranstaltungen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche mit rund 3.000 Besuchern durchgeführt.

Die jährlich steigenden Anfragen zeigen, dass persönliche Beratung in der Bibliothek eine große Rolle spielt und die Kunden sie schätzen. Seit 2018 können sich interessierte Leserinnen und Leser durch einen monatlichen Newsletter über Veranstaltungen, Neuigkeiten und Aktionen aller Art informieren lassen. Diesen Service nehmen bereits rund 80 Kunden in Anspruch.

Auch im vergangenen Jahr hieß es in den Sommerferien wieder „Lesen was geht“. Das ist das Motto des bayernweiten Sommerferienleseclubs, der im Bibliothekszentrum zum neunten Mal stattfand und 219 Anmeldungen verzeichnete. DK



Vierteljährlich treffen sich die Netzwerkteilnehmer für die gemeinsame gute Sache, denn Energieeffizienz bedeutet in erster Linie auch Klimaschutz.
Bild: Energieagentur Südostbayern GmbH

Energieeffizienz-Netzwerk:

Schulhaussanierung Thema beim Treffen der Kommunen

Traunstein. Zum zweiten Netzwerktreffen kamen die Vertreter der Kommunen des Energieeffizienz-Netzwerks Südostbayern an der Beruflichen Oberschule in Traunstein zusammen. Das Schulgebäude dient als Vorzeigeprojekt in Sachen „Schulhaussanierung unter Einbezug der Gebäudeleittechnik“, wie Oberbürgermeister Christian Kegel in der Begrüßung betonte.

Bei den Vertretern des Landratsamts Traunstein bedankte sich das Stadtoberhaupt für die Unterstützung und Bereitschaft, die FOSBOS Traunstein den Netzwerkteilnehmern vorzustellen.

Als Netzwerk-Moderator fasste Dr. Willie Stiehler von der

Klimaschutzmanager der Stadt. Auch in der Gemeinde Kirchanschöring soll einiges in Sachen Energie geschehen, berichtet Sabine Strohhammer von der Fachbereichsleitung Finanzen und Bau. Man wolle das technische Potenzial einer Freiflächen-Photovoltaikanlage eben-

Sie erläuterte den Netzwerkteilnehmern, dass ursprünglich ein „Referenzgebäude 100“ geplant war. Durch die starke Förderung aus Mitteln der „BayernLabo“ konnte letztlich aber sogar ein „KfW-Effizienzgebäude 55“ realisiert werden. Zudem wurden Förderprogramme des „Projektträgers Jülich“ genutzt, um ein „Lüftungsgerät A+“ und die Sanierung der Innenbeleuchtung mit LEDs mit Tageslicht- und Präsenzsteuerung zu verwirklichen. Insgesamt wurden diese Projekte mit knapp zwei Millionen Euro gefördert.

Anforderungen an die Fassade

Rasmus Dotzler, Architekt bei der Lechner Lechner Architekten GmbH, referierte zu den Maßnahmen an der Gebäudefassade, wobei die vielen unterschiedlichen Anforderungen von Schulräumen eine besondere Herausforderung darstellten. Als positiv hob Dotzler hervor, dass die vorhandene Bausubstanz und Kubatur des Schulhauses dem Erreichen des Effizienzhausstandards sehr dienlich waren.

Die Haustechnik mit Heizung, Lüftung und Elektrik fiel in den Zuständigkeitsbereich des Ingenieurbüros Lackenbauer. „Die prinzipielle Leitungsführung wurde erhalten, daher auch Heizkörper und keine Fußbodenheizung, wie sonst üblich“ beschrieb Inhaber Andreas Lackenbauer.

Priorität bei der Lüftung

Entscheidend für eine Schule ist aber die Lüftungsanlage. Priorität haben dabei die Luftqualität hinsichtlich des CO₂-Gehalts zur Konzentrationsfähigkeit und der sommerliche Wärmeschutz. Für die Lüftung der Klassenzimmer wird das über drei Stockwerke offene Treppenhaus genutzt, in das die frische Luft einströmt und durch Lüftungskanäle in die Klassenräume transportiert wird.

Exakte Mess-, Steuerungs- und Regeltechnik

Über die Mess-, Steuerungs- und Regeltechnik können alle Komponenten im erneuerten Schulhaus erfasst und effizient geregelt werden, berichtete Franz Eichinger vom Sachgebiet Hochbau des Landratsamts. Die Gebäudeleittechnik bezieht dabei die Belegungszeiten der einzelnen Klassenräume ein – eine enge Abstimmung mit der Schule ist hier selbstverständlich Voraussetzung.

Durch die Sanierungsmaßnahme konnten beträchtliche Einsparungen in den Bereichen Wärme und Wasser (ca. 40 Prozent) und trotz neuer Lüftungsanlage sogar im Bereich Strom (ca. 10 Prozent) realisiert werden. Das Projekt kann somit als nachhaltig erfolgreich bezeichnet werden. □

GZ

GESTERN
hat mein Chef gesagt ...

„Ja kommt denn jetzt jedes Gespenst des 20. Jahrhunderts, das wir gehofft hatten nie mehr sehen zu müssen, aus seinem modrigen Loch heraus? Nationalismus, Isolationismus, Fremdenfeindlichkeit und jetzt auch noch der Antisemitismus, der sich in Europa breit macht.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sah ernst und besorgt aus, wie ich es noch selten bei ihm erlebt habe.

Es war doch mit die eindeutigste Lehre, die wir Deutschen, aber mit uns auch der Rest der Welt aus dem Zivilisationsbruch des Dritten Reichs und dem Menschheitsverbrechen der Shoah ziehen konnten: Die dumpfen Vorurteile, die Stereotypen, der Hass auf die Juden als Bevölkerungsgruppe hatte vor nunmehr 85 Jahren einen Prozess der

„Der Antisemitismus ist die Furcht vor dem Menschsein“

Entmenschlichung in Gang gebracht, der fanatisierten Verbrechern ihren Vorwand für blindes Morden lieferte und Millionen dazu brachte, wegzuschauen, das Offensichtliche nicht sehen zu wollen und geschehen zu lassen, was niemals hätte geschehen dürfen.

Nie wieder sollte es erlaubt sein, Menschen allein aufgrund ihrer Religion, ihrer Volkszugehörigkeit oder einem sonstigen Merkmal auszugrenzen, auszustoßen oder ihre Rechte zu negieren. Egal ob Juden, Roma oder eine andere Bevölkerungsgruppe. Und viele Jahre war es uns vergönnt, dass dieser Grundstein der zweiten deutschen Demokratie auch gelebte Realität in unserem Lande war. Deutschland wurde sogar zu einem Land, in dem sich Menschen jüdischen Glaubens, zum Beispiel aus Osteuropa, wieder ansiedelten und es zu ihrer Heimat machten.

Heute aber häufen sich die Nachrichten, dass man in Deutschland, speziell in unserer Hauptstadt Berlin, wieder Angst haben muss, als Jude erkannt zu werden. Männer, die Kippa tragen, werden auf offener Straße angegriffen, Schüler jüdischen Glaubens an Schulen gemobbt, koschere Lokale werden Ziele von Angriffen und Brandsanschlägen. Ehrlich, mir jagt es bei solchen Nachrichten regelmäßig einen Schauer über den Rücken.

Dabei ist es keineswegs so, dass nur rechtsradikale Schwachköpfe und Skinheads, die nicht mehr Verstand im Hirn als Haare auf den Kopf haben, zu solchen Scheußlichkeiten neigen. Weit verbreitet sind dem Vernehmen nach Übergriffe von Menschen aus islamischen Ländern, die glauben, bei uns die Judenfeindlichkeit, die in ihren Herkunftsländern teilweise zur Staatsräson gehört, ausleben zu können.

Neben diesem importierten Antisemitismus gibt es aber auch den Judenhass von links, der sich sehr oft das Mäntelchen der Israelkritik umwirft. Da wird das Bild vom reichen Juden gepflegt, der die Banken kontrolliert und es wird – vorgeblich wegen der israelischen Besatzungspolitik im Westjordanland – zum Boykott von Waren aus Israel ausgerufen. „Kauft nicht beim Juden“ reloaded.

Aber auch jenseits der deutschen Grenzen ist diese Entwicklung zu beobachten. In Frankreich, einem Land, das schwer unter der Nazi-Besatzung gelitten hat, tauchen Hakenkreuze auf jüdischen Friedhöfen auf. Welch bitteres Bild! In Großbritannien tobte eine Debatte über Antisemitismus in der Labour-Partei und sogar in den USA muss man über antisemitische Tweets einer Parlamentarier diskutieren.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ratlos, wie in unserer informierten, aufgeklärten, kritisch jedes Vorurteil hinterfragenden Zeit solche mittelalterlichen Stereotypen wieder aufleben können. Waren sie nur durch eine im Endeffekt zu dünne Firniss der Zivilisation verdeckt und brechen jetzt auf? Etwa wegen der Einwanderung von Muslimen, die ja selbst mit Vorurteilen zu kämpfen haben? Jedenfalls tut Gegenwehr und Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürgern jetzt dringend Not.

Wahrscheinlich hat Manfred Weber Recht, der einen europäischen Pakt gegen Antisemitismus fordert, denn wenn so viele Länder von diesem Ungeist reinfiziert sind, müssen alle zusammen nach einem Gegengift suchen. Als Überschrift könnte der Satz von Jean Paul Sartre dienen: „Der Antisemitismus ist die Furcht vor dem Menschsein.“

ihre
Sabrina



Im Bild (v.l.): Landrat Florian Töpfer, Thomas Benz (Arbeitsbereich Mobilität und Energie, Landratsamt Schweinfurt), Bürgermeister Friedel Heckenlauer, Franz Rinner, Oswald Seufert und Joachim Blenk.
Bild: Landratsamt Schweinfurt, Uta Baumann

Genossenschaft produziert Wärme und Strom

Landrat Töpfer besuchte Bioenergiedorf Wettingen

Landkreis Schweinfurt. Ein Dorf „kapselt“ sich ab und der Bürgermeister und der Landrat finden es gut. Dass dies kein Widerspruch ist, sondern tatsächlich funktioniert, beweist Wettingen, ein Gemeindeteil des Marktes Stadtlauringen im Landkreis Schweinfurt, seit ziemlich genau fünf Jahren ziemlich gut. Wettingen ist eines von etwa rund 180 Bioenergiedörfern in Deutschland.

Der Ort deckt einen großen Teil seines Strom- und Wärmebedarfs unter der Nutzung von regional bereitgestellter Biomasse selbst. In Wettingen geht das nur dank eines enormen ehrenamtlichen Engagements. Landrat Florian Töpfer machte sich gemeinsam mit Stadtlauringens Bürgermeister Friedel Heckenlauer selbst ein Bild davon.

Zu den Gründervätern der Energiegenossenschaft gehören die Vorstandsmitglieder Joachim Blenk, Oswald Seufert

und Franz Rinner und Harald Winkler. Getreu dem Grundsatz von Friedrich Wilhelm Raiffeisen „Von der Gemeinschaft für die Gemeinschaft“ plante man ein Nahwärmenetz als in den 2000er-Jahren klar war, dass Wettingen im Rahmen der Dorferneuerung runderneuert werden sollte. Die Straße sollte ohnehin aufgerissen werden. Somit konnten mit überschaubarem Aufwand Heizleitungen verlegt werden.

Im Juni 2011 wurde die Ge-

nossenschaft gegründet, 2014 ging die Anlage in Betrieb. Mittlerweile sind insgesamt 35 Hausanschlüsse in einem 1,8 Kilometer langen Netz verlegt und damit über die Hälfte des Dorfes versorgt.

Besonders interessant ist die innovative Technik, wie Joachim Blenk erklärte. Das Holz wird verschwelt. So werden Wärme und Holzgas gewonnen. Ein Gasmotor verwandelt das Gas in elektrische Energie. Diese wird in das öffentliche Stromnetz zu marktgerechten Konditionen eingespeist.

Rund 1,1 Millionen Euro wurden investiert, hierfür wurden aus öffentlichen Fördermitteln für den innovativen Ansatz rund 348.000 Euro Zuschüsse gezahlt. Auch der Markt Stadtlauringen ist Teil der Genossenschaft und beheizt zwei gemeindeeigene Liegenschaften. Für Bürgermeister Friedel Heckenlauer ist dies ein wichtiges Signal für regionales Wirtschaften und Anerkennung für die ehrenamtliche Arbeit.

Auch wenn die Anlage mittlerweile gut und zuverlässig läuft, bedeutet dies nach wie vor viel Arbeit. Franz Rinner erläuterte, dass viel ehrenamtliche Arbeit es ermöglicht, die Kosten für Anschluss im erträglichen Rahmen zu halten.

Landrat Töpfer zeigte sich begeistert und sieht ein Signal mit Vorbildcharakter: „Während andersorts viel geredet wird, gestalten Sie die Energiewende vor Ort, nachhaltig und für alle wahrnehmbar. Schön zu sehen, dass dies von einer ganzen Dorfgemeinschaft getragen wird.“ □

BR-TV-Tipp:

Bayerns schöne Straßendörfer

„In der Welt der Straßendörfer“ war unter der Leitung von Dr. Michael Zehetmair ein BR-Redaktionsteam aus dem Programmbereich Kultur im Freistaat unterwegs. Ziel war es, die Vielfalt und Schönheit bayerischer Straßendörfer zu vermitteln.

Erstmals gezeigt wird der Film am Samstag, 9. März 2019, von 16.45 Uhr bis 17.30 Uhr auf 3sat. Natürlich steht das Werk anschließend in der Mediathek zur Verfügung.

Zum Filminhalt: Bayerns Herzschlag besteht (auch) aus tausenden von kleinen und kleinsten Orten. Vier davon besuchte das Team – pars pro toto.

Die Journalisten redeten mit den Leuten, horchten rein in deren Lebensgefühl. Vorgestellt werden:

- Kleinhohenried (Gemeinde Karlshuld) in den endlosen Weiten des Donaumooses,
- Bergen (Gemeinde Nußdorf am Inn) in der üppigen Lebensfreude einer Bauernfamilie im bayerischen Inntal,
- ein in sich ruhender Ort – Eisenfelden (Gemeinde Winhöring) – am Rande von Neutötting.
- Und auch ganz im Norden von Oberfranken fand der BR ein sehr schönes Straßendorf, Steinbach an der Haide, bei Ludwigsstadt, direkt an der Grenze zu Thüringen. □

Energieagentur Südostbayern das erste Netzwerktreffen nochmals kurz zusammen und verwies auf die laufenden Projekte im Netzwerk auf der eigenen Homepage. Mit dabei im Energieeffizienz-Netzwerk sind die vier Traunsteiner Kommunen Kirchanschöring, Ruhpolding, Traunstein und Trostberg, der Zweckverband Achengruppe, der Landkreis Traunstein selbst und darüber hinaus die weiteren bayerischen Kommunen Deggendorf, Pförring und Sauerlach.

Erste Projekte

Gemeinsam mit den Vertretern der jeweiligen Kommunen stellte Maximilian Conrad, energietechnischer Berater des Netzwerkträgers, dem Institut für Energietechnik (IfE) die ersten Projekte der teilnehmenden Kommunen kurz vor.

So möchte die Stadt Deggendorf prüfen lassen, ob sich ihr geplantes Wärmenetz auf weitere kommunale Liegenschaften ausweiten lässt, da gerade im Rathaus Deggendorf eine Heizungssanierung ansteht.

Auch Johann Stalleicher stellt sich Wärmeverbundlösungen für die Stadtteile von Trostberg vor. „Wenn die großen Baugenossenschaften ihre Bereitschaft signalisieren, an ein Wärmenetz anzuschließen, könnte auch bei den Eigenheimbesitzern angefragt werden“ so der

so prüfen lassen wie eine Photovoltaikanlage für das Rathaus mit Batteriespeicher.

BHKW geplant

In der Stadt Traunstein hingegen werden derzeit Überlegungen angestellt, ob ein mobiles Blockheizkraftwerk (BHKW) zur Einbindung in das Wärmenetz Sinn macht, so Stefan Will, Geschäftsführer der Stadtwerke Traunstein.

Zum Abschluss des Einführungsstells stellte das IfE aktuellen Aufrufe zur Nutzung von attraktiven Fördermitteln speziell für Kommunen vor und wies auf interessante Informationsveranstaltungen, Wettbewerbe und Konferenzen für die Netzwerkteilnehmer hin.

Zum Einstieg in den fachlichen Teil beschrieb Schulleiterin Barbara Spöttl den sanierungsbedürftigen Zustand der Schule vor der Maßnahme, betonte die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Landkreis als Bauträger, den jeweiligen Gewerken sowie dem Schul-Hausmeister, der die komplexe Technik nun bedient.

Unterstützung durch die BayernLabo

Petra Zechel vom Sachgebiet Hochbau des Landratsamts Traunstein stellte die Zertifikate vor, mit denen die Schulhaussanierung ausgezeichnet wurde.

Jugendforum Schwaben:

Gegen Populismus, Fake News & Co.

Kampfansage mit pädagogischen Mitteln

Datenschutz-Skandale, Fake-News, Populismus und weitere Schattenseiten unserer mediatisierten Gesellschaft stellen die Bildungsarbeit vor neue Herausforderungen. Nötig ist eine stärkere Verzahnung von Medienpädagogik und Politischer Bildung. Wie diese konkret aussehen und gelingen kann, damit setzte sich heuer das Jugendforum des Bezirks und Bezirksjugendrings Schwaben auseinander.

„Unsere Gesellschaft verändert sich: Wenn ein US-Präsident mit Twitter-Botschaften Schlagzeilen macht und diese anschließend unüberprüft als Wahrheit angesehen werden, ist die Demokratie in Gefahr“, stellte Bezirkstagspräsident Martin Sailer bei seiner Begrüßung der rund 40 Gäste aus Landes- und Bezirkspolitik und aus der Jugendarbeit fest. Entsprechend gelte es, Kinder und Jugendliche stark zu machen.

Reflektierte Entscheidungen treffen

Wie genau dies geschehen kann, erläuterte Katharina Gmeinwieser von der Medienfachberatung Schwaben (Bezirk Schwaben / Bezirksjugendring Schwaben) und Lorenz Semmler, Referent für Politische Bildung beim Bezirksjugendring Schwaben. Eigene Vorstellungen drückten viele Jugendliche im Internet bereits mit Online-Petitionen und Beiträgen in sozialen Netzwerken aus; gleichzeitig organisierten sie sich via Internet zu Protestaktionen, beispielsweise zu Demonstrationen gegen den Klimawandel. Dies sei jedoch nicht bei allen Jugendlichen der Fall - und das Verständnis der Technik bei weitem nicht alles.

Wichtig sei es entsprechend, durch Ansätze der Medienpädagogik und der politischen Bildung die Entwicklung der Mündigkeit zu unterstützen. Dies gelinge unter anderem dadurch, gemeinsam mit den Jugendli-

chen Systeme und Machtverhältnisse zu entdecken und zu hinterfragen – beispielsweise, was Internet-Großkonzerne wie Facebook mit den gesammelten Daten machen, oder wie ei-



Bezirkstagspräsident Martin Sailer.

Bild: Stephan Reichl.

ne öffentliche Verwaltung funktioniert. „Auf dieser Grundlage können Jugendliche später reflektierte Entscheidungen für ihr eigenes Handeln treffen“, erklärt Gmeinwieser. Für beide Beispiele haben die Medienfachberatung und die Fachstelle für Politische Bildung bereits die Projekte entwickelt, in denen die pädagogischen Bereiche ineinander greifen: „Big Up 4 Big Data“ und „Bezirk Schwaben erleben!“

Eine solche Verzahnung müsse nun noch weiter ausgebaut werden, sowohl in den Fachbe-

reichen als auch in ihrer Zusammenarbeit: Die Medienpädagogik müsse die politischen Aspekte stärker als bisher in den Blick nehmen, indem sie beispielsweise bei technischen Werkzeugen Alternativen zu den Marktführern anbiete und eine klare Haltung gegen Hassrede und Populismus zeige. Gleichsam müssten in der politischen Bildung die Wechselwirkungen zwischen Medien und Gesellschaft Beachtung finden und Medien, die fester Teil der Lebenswelt der Jugendlichen seien, stärker didaktisch eingesetzt werden.

„Die Nutzung von Medien bietet eine zusätzliche Motivation sowie bei kreativer Arbeit die Möglichkeit, mit sich selbst in Kontakt zu kommen und Selbstwirksamkeit zu erfahren“, so Semmler. Auch an die Politik stellten Gmeinwieser und Semmler Forderungen: Sie sollten unter anderem Räume für Beteiligungsprozesse öffnen, Plattformen wie den Netzwerktag Politische Bildung Schwaben und das Schwäbische Kinder- und Jugendfilmfestival weiter fördern und für die nötigen technischen und personellen Ressourcen sorgen.

Medien kreativ einsetzen

Beispiele, wie Medien kreativ und für die politische Bildungsarbeit eingesetzt werden können, konnten die Gäste selbst ausprobieren: Unter anderem konnten sie bei einer Fotostation ein Statement gegen Hassrede abgeben und an einem mediengestützten politischen Quiz teilnehmen.

Zwei der Betreiber der sieben Info- und Mitmachstationen stellten ihre Arbeit anschließend noch näher vor. Anna Heiland und Mirko Zeisberg vom Kreisjugendring Ostallgäu zeigten, wie sie mit ihrem Projekt „What's UP?! – Aktive Jugendbeteiligung im ländlichen Raum“ mit einer Kombination aus Treffen und digitalen Werkzeugen den Ideen jugendlicher Gehör verschaffen. Die Bandbreite geht dabei von Abstimm-Tools im Internet über im umgebauten Kleinbus auf-

genommene Video-Statements bis hin zur Neugestaltung des Jugendtreffs mit dem virtuellen Baukasten des Spiels Minecraft. Entscheidend sei bei allem Medieneinsatz zwar der Einstieg durch einen persönlichen Kontakt, dennoch biete der Einsatz von Medien eine gute Motivation, sich mit Politik zu beschäftigen - auch bei der digitalen Schnitzeljagd durch den Ort, bei der Jugendliche Europa in ihrer eigenen Lebenswelt erleben.

Ebenfalls beim Projekt „myDemokratie!“ von Pareaz e.V. waren Medien ein wichtiges Werkzeug: Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund organisierten sich, um die „Lange Nacht der Demokratie“ im September 2018 in Augsburg vorzubereiten, zu bewerben und zu begleiten. Laut Projektleiterin Susanne Thoma sei beispielsweise das Führen von Interviews in deutscher Sprache für einige der Jugendlichen eine „Mutprobe“, der Erfolg dabei ein wichtiger Schub für das Selbstbewusstsein gewesen.

Begeisterte Gäste

Von diesem Feuerwerk der Projekte und dem anschaulichen Überblick durch die Fachstellen des Bezirks und Bezirksjugendrings beim Jugendforum zeigten sich neben der Jugendbeauftragten des schwäbischen Bezirkstags, Renate Deniffel, auch die weiteren Gäste begeistert: Nach dem Ostallgäuer Vorbild schwebt nun auch Thomas Wilhelm vom Stadtjugendring Kempten ein Jugendparlament, das bei der örtlichen Politik Gehör findet, sowie die Einrichtung eines Kleinbusses für Video-Statements vor. Und Benjamin Gloeckner von der THW-Jugend Schwaben bestätigt: „Es waren Projekte dabei, die man vor Ort fast eins zu eins umsetzen kann, und mit denen man die Beteiligung aktiv einfordern kann. Man muss sie nur an die jeweilige Situation und Zielsetzung anpassen.“

Die Vortragsfolien zum Jugendforum 2019 sind unter www.bezirk-schwaben.de/jugendforum2019 einsehbar; Weitere Informationen zur pädagogischen Arbeit gibt es bei der Medienfachberatung Schwaben unter www.medienfachberatung-schwaben.de und beim Bezirksjugendring Schwaben unter www.bezjr.de

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH unsere Einladung zum Bayerischen Infrastruktur-Forum 2019 „Lebendige Ortsmitte“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Jugendbefragung 2019:

Dein Leben im Landkreis München

Der Kreisjugendring München-Land startet die erste landkreisweite Jugendbefragung zu den Bedürfnissen junger Menschen

Was ist für Jugendliche an deinem Wohnort wichtig? Wo triffst du dich mit deinen Freunden? Für was oder wen engagierst du dich in deiner Freizeit? Diese und viele weitere Fragen zum Alltag junger Menschen beinhaltet die Online-Umfrage des Kreisjugendring München-Land (KJR). Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 21 Jahren aus dem Landkreis München können unter www.jb19.de bis zum 31. März 2019 an der Befragung teilnehmen.

Mitgestalten in der Gemeinde

„Die Jugendbefragung 2019 läuft unter dem Dach der jugendpolitischen Kampagne ‚Stimme der Jugend‘, welche vom KJR-Vorstand initiiert wurde“, erklärt KJR-Vorsitzender Jan Museler. „Für Kinder und Jugendliche ist die Umfrage eine Möglichkeit der Partizipation, die zum Mitgestalten in der Gemeinde anregt“, sind sich Landrat Christoph Göbel, Jan Museler und Projektleitung Blandine Ehl einig. Denn Politik fängt schon im Alltag und in der Auseinandersetzung mit Themen in der eigenen Gemeinde an.

Nach dem Leitprinzip der Partizipation wurden junge Menschen bereits bei der Erstellung des Fragebogens beteiligt. Auch im Anschluss werden die Erkenntnisse der Jugendbefragung gemeinsam aufgearbeitet. Deswegen gibt es im Sommer und Herbst 2019 Vertiefungsveranstaltungen für Kinder und Jugendliche, bei denen die Ergebnisse der Umfrage noch genauer besprochen sowie Handlungen und Forderungen erarbeitet werden.

„Wir können natürlich im Nachhinein nicht alle Details und Anliegen der Jugendlichen direkt um-

setzen, aber es ist uns möglich die Stimmungslage abzufragen und dann in den einzelnen Gemeinden ganz konkret dort anzuknüpfen, wo Bedarfe sichtbar werden“, erklärt Schirmherr Christoph Göbel. Auch Sarah Stadler (Jugendhilfeförderung, Landratsamt München) betont die Relevanz der Umfrage, „denn sie liefert wichtige O-Töne der jungen Menschen für Verantwortliche in der Jugendarbeit.“ Die Ergebnisse sollen die Politiker und ihre Parteien nach den Kommunalwahlen 2020 auf Themen aufmerksam machen, die für Jugendliche besonders wichtig sind. Des Weiteren verfolgt die Jugendbefragung 2019 das Ziel einer bedarfsgerechten Anpassung der Jugendhilfe im gesamten Landkreis München.

Die Teilnahme an der Umfrage ist selbstverständlich anonym und das Ausfüllen des Fragebogens unter www.jb19.de dauert rund 15 Minuten. Mitmachen lohnt sich, denn im Anschluss gibt es ein großes Gewinnspiel. Die glücklichen Gewinner machen erlebnisreiche Ausflüge mit vier Freunden in die Bavaria Filmstadt, das hunt4hint Live Escape Game, den Wildfreizeitpark und Waldseilgarten Oberreith oder den AirHop Trampolinpark. Zusätzlich gibt es noch Eventgutscheine von München Ticket und Kinogutscheine zu gewinnen. Festival-Feeling dürfte bei den Jugendlichen aufkommen, die Karten für das Oben Ohne Open Air 2019 gewinnen.

Im Befragungszeitraum bis 31. März 2019 organisiert das Projektteam Mitmachaktionen in Einrichtungen und bei Veranstaltungen – wer besucht werden möchte, kann sich gerne bei Projektleitung Blandine Ehl (b.ehl@kjr-ml.de) melden. □

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 21. März 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser · Abwasser
- Kommunaler Bau
- Sicherheit · Arbeitsschutz
- Brand- und Katastrophenschutz · Extremwetterereignisse

LIEFERANTEN

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Abzeichen

FAHNEN
KOBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN
KOBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

**FAHNEN
KÖSSINGER**
Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale
Themen direkt mit Personen,
die ähnliche Herausforderungen
meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Recyclingbaustoffe



Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592
einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht
„Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

Veranstaltungsort

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
Oberanger 32, 80331 München

Termin

Freitag, 15. März 2019, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Veranstalter

Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das 4. Bayerische InfrastrukturForum

→ ÖPNV: U-Bahn-Haltestelle Sendlinger Tor
ca. 400 m Fußweg

→ PKW: Parkhaus Oberanger 27 (gegenüber)

Aufgrund der schwierigen Parksituation empfehlen wir die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 4. Bayerischen InfrastrukturForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische GemeindeZeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-11
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-infrastrukturforum.de



Regierung von Oberbayern



Ländliche Entwicklung in Bayern



Bayerische
Architektenkammer



Langmatz



maierwoelfert
bau immobilie energie



4. BAYERISCHES INFRASTRUKTUR FORUM

LEBENDIGE ORTSMITTE

Freitag, 15. März 2019

Einlass 9:00 Uhr

in den Räumen des

Bayerischen Bauindustrieverbands e.V.

Oberanger 32, 80331 München

www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die Themenübersicht.
Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-infrastrukturforum.de

ab 09:00 Eintreffen | Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Theresa von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Städtebauförderung für lebendige Stadt- und Ortsmitten in Bayern

Armin Keller | Ministerialrat

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Krapfen statt Donut - Dorferneuerung für lebendige Ortsmitten

Leonhard Rill | Leitender Ministerialrat

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ortskernrevitalisierung und Leerstandsmanagement – Strategien und Instrumente

Matthias Simon | Referatsleiter Baurecht und Landesentwicklung, Bayerischer Gemeindetag

Aktive Innenentwicklung im Landkreis Donau-Ries

Barbara Wunder | Konversionsmanagerin

Landkreis Donau-Ries

Digitale Werkzeuge für eine aktive Innenentwicklung

Stefan Müller-Schleipen | immovativ GmbH

EOF und KommWFP - Chancen für mehr Wohnraum für alle

Dr. Lore Mühlbauer | Regierung von Oberbayern

Wolfgang Schmidt | BayernLabo

Quartiere als Hotspot für die Energie- und Mobilitätswende

Herbert Köpplinger | MRK Management Consultants GmbH

Zwei Ortsmittenentwicklungen (Ebermannsdorf und Kümmersbruck) aus der Oberpfalz - ein Werkstattbericht über maßgeschneiderte Planungsverfahren für kleinere Orte
Martina Dietrich | Stadt und Raum

Gemeinschaftliches Standortmarketing in Wolfratshausen

- **Standortmarketingstrategie der Stadt**
Dr. Stefan Werner | Stadtmanager Wolfratshausen
- **Perspektive des Einzelhandels**
Ingrid Schnaller | Vorsitzende des Werbekreises Einkaufsstadt Wolfratshausen e.V.
- **Cross-Mediales Standortmarketing**
Julia Menzel-Härpfer | City Points

Grundstücksbeschaffung für kommunalen Wohnungsbau – bezahlbares Wohnen für die Mitte der Gesellschaft ist möglich
RA Dr. Christoph Maier |
maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB

Starker Städtebau - starke Ortsmitte
Zur Rolle von Architektur und Städtebau bei der sozialen und wirtschaftlichen Funktion der Ortsmitte
Michael Leidl | Architekt BDA, Stadtplaner, Arc Architekten Partnerschaft mbB, Bad Birnbach

Neuordnung der Ortsmitte
Walter Bauer | 1. Bürgermeister, Markt Eging a. See

Verabschiedung, Austausch und Ausklang
ca. 17:15 Ende der Veranstaltung

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten • Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr • Regierung von Oberbayern
Akademie Ländlicher Raum • Arc Architekten Partnerschaft mbB • Bayerischer Bezirkstag • Bayerischer Gemeindetag • BayernLabo • Bayerische Architektenkammer • City Points • Gemeinde Ebermannsdorf • Gemeinde Kümmersbruck • immovativ GmbH • KfW Bankengruppe • Landkreis Donau-Ries • Langmatz GmbH • maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB • Markt Eging a. See • MRK Management Consultants GmbH • Netcom-Tec GmbH • Stadt und Raum • Stadt Wolfratshausen • Werbekreis Einkaufsstadt Wolfratshausen

Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 4. März 2019 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 15. März 2019 am 4. Bayerischen InfrastrukturForum teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion |

Dienstanschrift

Telefonnummer

eMail



Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als

Kommunalvertreter
kostenfrei

GZ-Abonnent
55,-€
Kd.Nr.: _____

Wirtschaftsvertreter
95,-€